D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 1
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

8. Januar 1982
Preis 1,80 DM

Brokdorf-Prozeß: 6 Wochen umsonst verhandelt
Richter Selbmann muß Verhandlungstage wiederholen, an denen er die Presse ausgesperrt hat. Der Haftbefehl gegen M. Duffke bleibt in Kraft .... S. 6



Was die Unabhängigen Sozialdemokraten wollen
In Hessen haben sie sich als Arbeitsgemeinschaft konstituiert. Ein Mitglied erläutert die Perspektiven einer neuen sozialistischen Partei .... S. 3

Zwei Millionen Arbeitslose und Maschinen stehen still
Eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zeichnet sich ab. Politiker und Kapitalisten werden noch dreister werden .... S. 10/11

Zu wenig ,,Solidarität mit Solidarność" beim DGB
Der DGB hat beim Militärrat protestiert und eine Spendensammlung initiiert. Aber viele sind mit den bisherigen Aktivitäten unzufrieden .... S. 14

Die Ordnung von Jalta überwinden!

Von Bernhard Peters

Polen, laßt alle Hoffnung fahren! So tönt es ringsum: Der Westen hat 1945 in Jalta zugestimmt, Europa in Einflußsphären aufzuteilen. Jeder Versuch, dieses Machtgleichgewicht zu verändern, könnte Krieg bedeuten! (Bundeskanzler Helmut Schmidt) Die Sowjetunion wird es nicht zulassen, daß ein Staat des Warschauer Pakts aus dem kommunistischen Machtbereich ausbricht. Sollte das polnische Militär die polnische Situation nicht beherrschbar machen, muß in Polen mit Interventionen von außen gerechnet werden. Dies wiederum bedeutet Zusammenbruch aller Abrüstungsverhandlungen über Jahre. Am stärksten betroffen wäre das geteilte Deutschland! (SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz) Europa wird nur gemeinsam überleben. Gemeinsam heißt in diesem Fall in und mit den Bündnissen. Mit und nicht gegen die Führungsmächte! (SPD-Abrüstungsexperte Bahr) Ein unruhiges Polen bedeutet auch immer Kriegsgefahr für Europa! (Spiegel-Augstein)

Die Bundesregierung demonstriert ,,Realpolitik"; die SPD-Spitzen, mit der Logik des ,,kleineren Übels" vertraut, assistieren; der Spiegel-Herausgeber spricht es offen aus: Polens Freiheit muß sterben, damit Europa leben kann; Frieden auf Erden, wenn es nicht anders geht, durch Friedhofsruhe in Polen. Nicht, daß die Zitierten dies gewollt hätten! Nicht, daß sie nicht von Herzen die Rückkehr zur ,,Normalität" in Polen wünschten! Aber, die Verhältnisse, die sind nun mal so, und um Schlimmeres zu verhüten: Keine harten Worte gegenüber der Sowjetunion und Festhalten (wider besseres Wissen) an der Fiktion, die Sowjet-

Sowjetunion wird es nicht zulassen, daß ein Staat des Warschauer Pakts aus dem kommunistischen Machtbereich ausbricht. Sollte das polnische Militär die polnische Situation nicht beherrschbar machen, muß in Polen mit Interventionen von außen gerechnet werden. Dies wiederum bedeutet Zusammenbruch aller Abrüstungsverhandlungen über Jahre. Am stärksten betroffen wäre das geteilte Deutschland! (SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz) Europa wird nur gemeinsam überleben. Gemeinsam heißt in diesem Fall in und mit den Bündnissen. Mit und nicht gegen die Führungsmächte! (SPD-Abrüstungsexperte Bahr) Ein unruhiges Polen bedeutet auch immer Kriegsgefahr für Europa! (Spiegel-Augstein)

Die Bundesregierung demonstriert ,,Realpolitik"; die SPD-Spitzen, mit der Logik des ,,kleineren Übels" vertraut, assistieren; der Spiegel-Herausgeber spricht es offen aus: Polens Freiheit muß sterben, damit Europa leben kann; Frieden auf Erden, wenn es nicht anders geht, durch Friedhofsruhe in Polen. Nicht, daß die Zitierten dies gewollt hätten! Nicht, daß sie nicht von Herzen die Rückkehr zur ,,Normalität" in Polen wünschten! Aber, die Verhältnisse, die sind nun mal so, und um Schlimmeres zu verhüten: Keine harten Worte gegenüber der Sowjetunion und Festhalten (wider besseres Wissen) an der Fiktion, die Sowjet-

union sei nicht der Anstifter oder jedenfalls Verursacher der Lage in Polen, damit sie nicht *offen* eingreift, damit der Weg zum Kompromiß nicht verbaut wird ...

Wie beschämend ihre beschwichtigenden Stellungnahmen waren, ist der Regierung und der SPD-Spitze schon von den verschiedensten Seiten, von Befugten und Unbefugten vorgehalten worden. Nun wäre es auf klare Worte sehr wohl angekommen – aber was wäre darüberhinaus die *praktische* Alternative, die man von der Regierung zu fordern hätte?

Die US-Regierung hat eine Alternative vorgeführt. Sie hat Sanktionen verhängt, zuerst gegen Polen, dann gegen die Sowjetunion. Man weiß, daß die USA nicht selbstlos die Freiheit Polens im Auge haben. Man muß der US-Regierung, die einige der schlimmsten Militärdiktaturen der Welt aushält, das moralische Recht auf Verurteilung der polnischen Militärdiktatur absprechen. Aber man kann die Taten der US-Regierung nicht allein nach ihren offenbaren oder möglichen Absichten beurteilen. Man muß auf ihre Wirkungen sehen. Ist es nicht angebracht, dem Militärregime in Polen die Unterstützung zu sperren und der Sowjetunion durch wirtschaftliche Maßnahmen zu demonstrieren, daß ihre faktische Einmischung nicht hingenommen wird? Die Antwort fällt nicht leicht. Die Folgen von wirtschaftlichen Sanktionen sind schwer einzuschätzen: Treffen sie mehr die Herrschenden oder die Beherrschten? Führen sie nicht eher zu einer Verstärkung des Drucks im östlichen Block, statt zur Lockerung? Allerdings werden die Wirkungen der von den USA jetzt verhängten Sanktionen allgemein als mäßig eingeschätzt, sowohl in bezug auf Polen wie in bezug auf die Sowjetunion. Reagan hat den empfindlichsten Punkt: die Agrarexporte in die Sowjetunion, nicht berührt. Die EG-Staaten wollen die Sanktionen nicht unterstützen und die Nahrungsmittelhilfe für Polen fortsetzen. Dabei spielen wirtschaftliche Interessen, speziell bei der BRD, eine Rolle. Es können aber auch bessere Gründe für eine solche Haltung angeführt werden: Eine Einstellung der Hilfe an Polen könnte zu einer katastrophalen Lage für die Massen dort führen. Wahrscheinlich ist ein Mittelweg von den Regierungen zu fordern: Hilfe mit Bedingungen, Hilfe, deren Verwendung kontrolliert wird, Hilfe, die an bestimmte, notwendig begrenzte Zugeständnisse geknüpft wird.

In bezug auf wirtschaftliche Beziehungen, staatliche Hilfen oder Sanktionen ist die Alternative zur Regierungspolitik also kaum eindeutig. Diese Probleme sind aber auch nicht entscheidend. Auch in der Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den USA spielen sie eine mehr symbolische Rolle. Die US-Regierung will bei dieser Gelegenheit die Bundesrepublik erneut fest auf ihren Konfrontationskurs mit der UdSSR verpflichten. Die Bundesregierung versucht, die Vorstellung zu verteidigen, eine Balance der Blöcke könnte als Ausgangspunkt für Entspannung und Abrüstung dienen, und versucht von daher, ihre beschwichtigende Haltung gegenüber der Sowjetunion zu rechtfertigen.

Aber *diese* Entspannungspolitik hat dazu beigetragen, ihre eigenen Voraussetzungen zu untergraben. Sie war ge-

nicht unterstützen und die Nahrungsmittelhilfe für Polen fortsetzen. Dabei spielen wirtschaftliche Interessen, speziell bei der BRD, eine Rolle. Es können aber auch bessere Gründe für eine solche Haltung angeführt werden: Eine Einstellung der Hilfe an Polen könnte zu einer katastrophalen Lage für die Massen dort führen. Wahrscheinlich ist ein Mittelweg von den Regierungen zu fordern: Hilfe mit Bedingungen, Hilfe, deren Verwendung kontrolliert wird, Hilfe, die an bestimmte, notwendig begrenzte Zugeständnisse geknüpft wird.

In bezug auf wirtschaftliche Beziehungen, staatliche Hilfen oder Sanktionen ist die Alternative zur Regierungspolitik also kaum eindeutig. Diese Probleme sind aber auch nicht entscheidend. Auch in der Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den USA spielen sie eine mehr symbolische Rolle. Die US-Regierung will bei dieser Gelegenheit die Bundesrepublik erneut fest auf ihren Konfrontationskurs mit der UdSSR verpflichten. Die Bundesregierung versucht, die Vorstellung zu verteidigen, eine Balance der Blöcke könnte als Ausgangspunkt für Entspannung und Abrüstung dienen, und versucht von daher, ihre beschwichtigende Haltung gegenüber der Sowjetunion zu rechtfertigen.

Aber *diese* Entspannungspolitik hat dazu beigetragen, ihre eigenen Voraussetzungen zu untergraben. Sie war ge-

richtet auf einen ,,Wandel (der beiden Blöcke mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen) durch Annäherung". Sie ist dabei geendet, daß sie den Wandel in den Blöcken fürchtet (den sie zeitweise, in bezug auf den östlichen Block, begünstigt hat): vor allem dann, wenn diese Wandlungen nicht harmonisch verlaufen. Und das tun sie nicht, schon gar nicht im sowjetischen Imperium. Freiheitsbewegungen im Osten erscheinen in dieser Sicht ebenso als Bedrohung von ,,Stabilität" wie Bestrebungen zur Blockfreiheit im Westen. Das ist schlimmer als zynisch, es ist illusionär.

Der französische Staatspräsident Mitterrand hat zu Neujahr geäußert, es sei eine Gefahr, daß die beiden Supermächte seit bald vierzig Jahren im Glauben lebten, die Teilung der Interessenssphären könne eine tragfähige Grundlage abgeben. In der westeuropäischen Friedensbewegung hat die Konzeption einer solchen ,,Aufhebung von Jalta", die Perspektive eines unabhängigen, blockfreien Europa allmählich Gestalt angenommen. Die Ratlosigkeit der westeuropäischen Regierungen (einschließlich der französischen) angesichts der polnischen Krise, ihr Schwanken zwischen markigen Worten und beschwichtigenden Gesten macht deutlich, welche Bedeutung der Weiterentwicklung und Verbreitung der Perspektive eines blockfreien Europa zukommt. Das ist, neben den eigentlich selbstverständlichen Akten des Protestes, der moralischen und praktischen Unterstützung – unsere wichtigste Verpflichtung auch gegenüber dem polnischen Volk.



Panzer in den Straßen Polens. – Gesichtspunkte zur Lage, Augenzeugenbericht und Dokumente der Linken auf den Seiten 8 und 9. Informationen über die Solidarität in den westdeutschen Gewerkschaften und die Haltung der Schriftsteller.

Krach zwischen Bonn und Nürnberg

Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit lehnt Verantwortung für Haushalt ab / Frage der Selbstverwaltung aufgeworfen

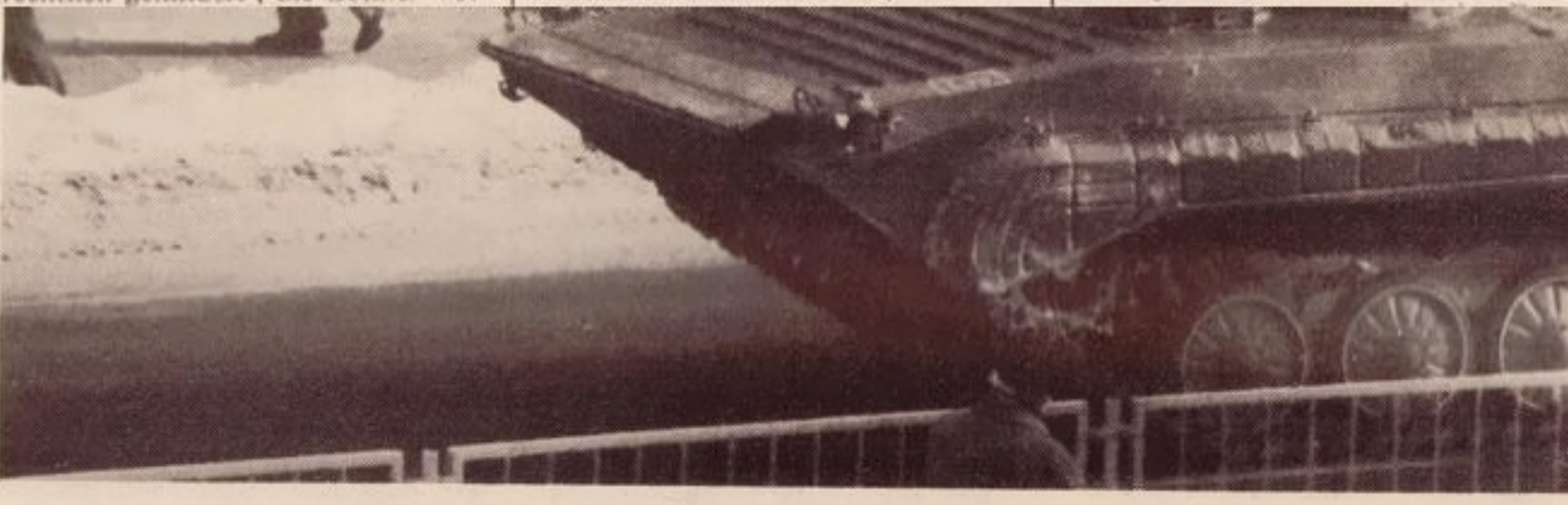
Von Günther Kruse

Mit deutlich vernehmbarem Murren und einem Protest an die Bonner Adresse hat der Verwaltungsrat der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit den vom Arbeitsministerium vorgeschriebenen Haushalt für 1982 in Kraft gesetzt. ,,Alle Vorgaben und Berechnungen seien nicht nachzuprüfen. Darüberhinaus sei der Verwaltungsrat ,rechtlich gehindert', die Bonner Vor-

dem vom Bundesarbeitsministerium diktierten Haushaltsplan um schätzungsweise 2 Mrd. DM niedriger angesetzt, als dies der Verwaltungsrat der Bundesanstalt im Juli (als er noch von niedrigeren Arbeitslosenzahlen ausging) in einem ersten Haushaltsentwurf für 1982 getan hatte, die Kürzungen machen also etwa ¼ der in diesem Bereich bereitgestellten Mittel aus (zu den Haushaltsmaßnahmen S. 15). Nun war

die von der Regierung vorgegebene Marschlinie kritisiert. In einer von der DGB-Pressestelle in Düsseldorf veröffentlichten Stellungnahme wurde davor gewarnt, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesanstalt auf die Finanzierung und Verwaltung von Arbeitslosigkeit zu degradieren.

Die Auseinandersetzung wirft aber ein viel grundsätzlicheres Problem auf: die sogenannte Selbstverwaltung der



Panzer in den Straßen Polens. – Gesichtspunkte zur Lage, Augenzeugenbericht und Dokumente der Linken auf den Seiten 8 und 9. Informationen über die Solidarität in den westdeutschen Gewerkschaften und die Haltung der Schriftsteller.

Krach zwischen Bonn und Nürnberg

Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit lehnt Verantwortung für Haushalt ab / Frage der Selbstverwaltung aufgeworfen

Von Günther Kruse

Mit deutlich vernehmbarem Murren und einem Protest an die Bonner Adresse hat der Verwaltungsrat der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit den vom Arbeitsministerium vorgeschriebenen Haushalt für 1982 in Kraft gesetzt. ,,Alle Vorgaben und Berechnungen seien nicht nachzuprüfen. Darüberhinaus sei der Verwaltungsrat ,rechtlich gehindert', die Bonner Vor-

gaben durch eigene Einschätzungen zu ersetzen", so berichtete die ,,Frankfurter Rundschau". Die Bundesanstalt für Arbeit teilte offiziell mit: ,,In seinem Haushaltsbeschluß wies der Verwaltungsrat darauf hin, daß die Zahl von 900000 Arbeitslosengeldempfängern ,mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren' behaftet ist. Das gleiche gelte für die aufgrund des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes im Haushaltsgenehmigungsschreiben der Bundesregierung eingesetzten Einsparungen. Insoweit könne der Verwaltungsrat daher weder eine Verantwortung für die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen noch für die Richtigkeit der Einschätzung übernehmen."

Dabei geht es um zwei Konfliktpunkte: Zum einen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und damit der für Arbeitslosengeld benötigten Mittel. Seit über einem Jahr waren die Haushaltsansätze der Bundesanstalt, ständig auf regierungsoffiziellen Daten basierend, immer zu niedrig. Vor der Bundestagswahl wurde schon gar kein Haushaltsansatz vorgelegt, danach die Arbeitslosenzahlen bis zur Verabschiedung des Haushaltes der Nürnberger Anstalt im Dezember auf 1,06 Mio. (Annahme) gesteigert. Im Juli wurde die Arbeitslosenzahl dann auf durchschnittlich 1,2 Mio. geschätzt und für Arbeitslosengeld zusätzlich 2 Mrd. DM bereitgestellt, herauskommen werden eher ca. 1,3 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.

Zum zweiten: Die Ausgaben für Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulung, berufliche Bildung etc. sind in

dem vom Bundesarbeitsministerium diktierten Haushaltsplan um schätzungsweise 2 Mrd. DM niedriger angesetzt, als dies der Verwaltungsrat der Bundesanstalt im Juli (als er noch von niedrigeren Arbeitslosenzahlen ausging) in einem ersten Haushaltsentwurf für 1982 getan hatte, die Kürzungen machen also etwa ¼ der in diesem Bereich bereitgestellten Mittel aus (zu den Haushaltsmaßnahmen S. 15). Nun war

es schon seit einiger Zeit die Politik der Bundesanstalt, gerade in diesem Bereich mehr Möglichkeiten zu suchen, wenn auch nicht unbedingt einheitlich von allen Vertretern. Beispielsweise hatten die Kapitalistenvertreter im Verwaltungsrat schon beim letzten Haushalt moniert, daß er zu optimistische Annahmen mache, mit dem deutlichen Hintergedanken, man sollte Maßnahmen wie Umschulung und berufliche Förderung einschränken. Gerade in der jetzigen Arbeitsmarktlage, in der, was sich aus der Strukturuntersuchung von September 1981 ergibt, auch zunehmend Facharbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen sind, seien aber die jetzt per Gesetz eingeschränkten Maßnahmen besonders wichtig, so der Vorstand jetzt. Vor allem die Vertreter der Gewerkschaft hatten in diesem Punkt

die von der Regierung vorgegebene Marschlinie kritisiert. In einer von der DGB-Pressestelle in Düsseldorf veröffentlichten Stellungnahme wurde davor gewarnt, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesanstalt auf die Finanzierung und Verwaltung von Arbeitslosigkeit zu degradieren.

Die Auseinandersetzung wirft aber ein viel grundsätzlicheres Problem auf: die sogenannte Selbstverwaltung der

Arbeitslosenversicherung ist eine Farce, und das sogar ganz unabhängig von der Zusammensetzung von Vorstand und Verwaltungsrat, die zu je einem Drittel aus Vertretern des Staates, Vertretern der Kapitalisten und Vertretern der Lohnabhängigen bestehen. In Wirklichkeit kann diese ,,Selbstverwaltung" nur die Politik der Bundesregierung ausführen und selbst dort, wo keine gesetzlichen Regelungen existieren, wo also die Bundesanstalt ,,selbstverwaltet" sein könnte, verwalten die Vertreter von Staat und Kapitalisten die Versicherten, die Lohnabhängigen. Was haben die Staatsvertreter in den Gremien der Arbeitslosenversicherung zu suchen? Sind sie dort nur, weil der Staat auch noch mittels Gesetzen hineinregiert? Was sollen die Kapitalisten in den Gremien der Versicherung, nur weil sie die Produktionsmittel in den Händen halten und damit auch die Lohngelder durch ihre Hände gehen?

Was Wunder, daß gerade solche Maßnahmen, die es den Arbeitslosen erleichtern würden, wieder in Arbeit zu kommen, am ehesten auf der Strecke bleiben dann, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und die Mittel rar werden. Hier, oder auch in der Beratung der Arbeitslosen, hätte die Arbeitslosenversicherung durchaus wichtige Aufgaben zu erfüllen, stattdessen werden trotz der rasch steigenden Arbeitslosenzahlen nicht mehr Stellen für die Bewältigung dieser Aufgaben bereitgestellt. Es bleibt gerade noch das Versprechen Stingls, die Arbeitslosengelder würden dennoch zügig ausbezahlt, auch wenn an der Erfüllung weiterer Aufgaben gestrichen werden muß.

Erhöhung des Preises der KVZ

Mit dieser Ausgabe der KVZ kostet das Einzelexemplar 1,80 DM, das Jahresabonnement 90 DM, das Halbjahres-Abo 46 DM und das Vierteljahresabo 23 DM (jeweils einschließlich Porto).

Bisher war der Preis der KVZ nicht kostendeckend. Die Herstellung der Zeitung mußte also von den Mitgliedern des KBW aus Beiträgen unterstützt werden. Diesen Zustand wollen wir nicht aufrechterhalten. Die Zeitung soll sich selbst tragen – das heißt, da wir kaum Anzeigeneinnahmen haben, aus Verkaufserlösen. Deshalb sind wir jetzt zu einer so drastischen Steigerung gezwungen. Wichtig für die Sicherung der materiellen Basis der Zeitung: Erhöhung der Zahl der Abonnenten.

„Die Deutschen könnten im Dunkeln sitzen"

Von Gerd Heinemann

Vom nächsten Spitzengespräch im öffentlichen Dienst hat der ÖTV-Vorsitzende H. Kluncker vom Dienstherrn eine Rücknahme der Kürzungen der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten gefordert. Äußerstenfalls könne noch eine Erklärungsfrist von einer Woche eingeräumt werden. Falls dann keine „einklagbaren" Ergebnisse herauskämen, seien Streikmaßnahmen unvermeidlich.

Die großen Zeitungen sehen die Lichter ausgehen. Die CSU sah Kluncker „in blankem Machtdenken befangen". Die liberale Süddeutsche Zeitung griff auf kaiserliche Rechtsbegriffe zurück und qualifizierte diese Ankündigung als „Klunckers Erpressungsversuch". Sie „provoziere die Forderung nach gesetzlicher Einschränkung der Tariffreiheit im öffentlichen Recht". Die Zeitung erkannte, „der erpresserische Charakter eines Streiks im öffentlichen Dienst kommt auch daher, daß dessen Betriebe meist ein Monopol haben und deren Ausfall die Gesellschaft total trifft". Dem Ulmer Oberbürgermeister Lorenser, Verhandlungsführer der Gemeinden, schwant: „Die Gewerkschaft kenne die wunden Punkte" und wisse, „wo sie uns packen kann"! Deshalb erklärte er schon mal vorab mit dem Hinweis auf die von der ÖTV vom Streik ausgeschlossenen Krankenhäuser („Selbst die Notstromaggregate reichen nur für einen Operationssaal") Stromabschaltungen für unzulässig.

Lorenser hat erklärt, er sei sicher, daß es zu einem „Gentlemenagreement" komme und daß man am 19. 1.1982 behutsam vorgehen solle. Was heißt hier ‚Gentlemen'? Bisher war das Vorgehen wie von Feudalen gegen ihre Leibeigenen: Mit politischem Zwang soll ein Teil des Einkommens gestrichen werden. Die Tarifgemeinschaft von DAG, Beamtenbund etc. bietet sowas wie einen Ausweg oder ein Agreement an: Die Kosten für die erforderliche zweimalige Berechnung der Gehälter sei so hoch, daß sich die Kürzung zum 1.3. nicht lohne und man besser alles mit einem Mal in den Tarifverhandlungen abmache. Nach allem, was bisher von Baum zu hören gewesen ist, geht es ihm um mehr als die Kosten. Und ließe er sich jetzt auf sowas ein, könnte er auch gleich seinen Hut dazu nehmen. Ganz abgeshen davon, daß es der Mehrheit im Bundestag, der dies ja auch beschlossen hat, ums Prinzip geht.

Die DAG hat erklärt, daß sie das Mittel Arbeitskampf nur einsetzen wolle, wenn nicht „ordnungsgemäß" in den Tarifverhandlungen über die Sparpläne geredet wird. Egal was dies bedeutet, will die DAG „keinen harten Arbeitskampf, bei dem die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird".

Die ÖTV richtet sich wohl darauf ein, die Entscheidung in der Frage der Kürzungen zu suchen, weil sie zu Recht hier die Tarifautonomie faktisch außer Kraft gesetzt sieht, ein Schritt, dem leicht weitere Schritte folgen können, sobald einmal das Prinzip gesetzt ist. Anfang Februar soll die Urabstimmung sein. Die Taktik der ÖTV, mit längeren Aktionen die Entscheidung zu suchen, wird Auswirkungen auf alle privaten Haushalte haben. Sie richtet sich gegen Bund, Länder und Gemeinden. Diese „Erpressung", der Streik, ist das einzige Druckmittel der Arbeiter und Angestellten gegen einen Gegner, der sogar mit einer politischen Entscheidung Gehaltskürzungen durchsetzen kann. Darauf zu verzichten, hätte schnell auch für die Arbeitnehmer Folgen, denen vielleicht der Bus nicht fährt oder der Strom zeitweilig gesperrt wird.

Egal wie weit der Kampf sich entwickelt, er wird zu einer politischen Aktion werden. Er wird bei den Beamten gegen Trittbrettfahrer-Mentalität wirken und die Notwendigkeit ihres Streikrechts noch dringender stellen. Kampfmaßnahmen verhindern auch, daß den Beschäftigten die besondere Lage im öffentlichen Dienst in den Tarifverhandlungen zum zweiten Mal in diesem Jahr in Rechnung gestellt wird. Die Streikaktionen werden mit dem Tarifkampf in der Metallindustrie parallel laufen und ihn so unterstützen. Dort wird voraussichtlich über die Lohnhöhe entschieden.

Um so notwendiger müssen von allen Seiten die Streiks im öffentlichen Dienst unterstützt werden.

Die Reza-Pahlewi-Erlasse der Innenminister

Eine Einladung an die Schergen des Schah-Regime / Asylantrag ist hier unnötig

p. Zu Zeiten des Schah von Persien hat der Bundesverfassungsschutz die Namen von iranischen Oppositionellen an den SAVAK gegeben. Heute gibt es ebenfalls eine Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten der BRD und dem neuen Geheimdienst im Iran, SAVAM. Wiederum werden Namen, diesmal von Khomeiny-Oppositionellen, an die persischen Schlächter geliefert. Es handelt sich freilich nicht um die kaiserliche, sondern um die linke Opposition, die an das Messer geliefert wird.

Während Frankreich dem führenden Kopf der Volksmoudjahedin und Verantwortlichen des „Nationalen Widerstandsrates-Iran", Massoud Radjavi, politisches Asyl *und* Spielraum für seine Politik gibt, setzen die USA und die BRD auf die kaiserliche Reaktion. Von Khomeiny hoffen sie, daß es ihm gelingen möge, die Linke vollständig zu liquidieren.

Daß die Bundesrepublik als Sammelplatz für die persischen Monarchisten direkt angeboten wird, geht aus Erlassen der Länderinnenminister hervor, die man kurz Reza-Pahlewi-Erlasse nennen könnte. Sie heißen aber, z.B. in Hessen: „Aufenthaltsrechtliche Behandlung iranischer Staatsangehöriger, die sich aufgrund der gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Iran befristet in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten wollen." Inhalt dieser Erlasse ist die Anweisung an die Ausländerbehörde, Iranern unter zwei Voraussetzungen eine befristete Aufenthaltserlaubnis „aus humanitären Gründen" zu geben: Es muß sich um politisch Verfolgte handeln und es muß darüber hinaus die begründete Befürchtung geäußert werden, daß durch ein Asylverfahren Angehörige im Iran gefährdet werden könnten. Geprüft werden diese Voraussetzungen durch den Bundesinnenminister, der sich hierzu des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bedient, eine Einrichtung, die man in diesem Zusammenhang besser als Außenstelle des BND bezeichnet.

Daß die Erlasse nicht einfach auf alle durch das Khomeiny-Regime Verfolgten gemünzt sind, geht deutlich aus dem hessischen Erlaß vom 7.5.1981 hervor: „Der in Rede stehende Personenkreis strebt in aller Regel auch keine Erwerbstätigkeit an, da der Lebensunterhalt durch vorhandenes Vermögen gesichert ist." Da Devisenausfuhr aus dem Iran unterbunden ist, handelt es sich nicht nur um vermögende Personen, sondern um solche, die Teile ihres Vermögens rechtzeitig ins Ausland geschafft oder im Ausland gescheffelt haben. Kurz, die Kaiserlichen.

An den Erlassen ist neben der Tatsache, daß sie Maßanzüge eines Hofschneiders sind, noch etwas auffällig: Offenbar wird die Befürchtung, daß durch ein Asylverfahren in der BRD Angehörige im Heimatland gefährdet sein könnten, ernst genommen. Es können daran anknüpfend verschiedene Überlegungen angestellt werden. Entweder die Furcht vor dieser Gefahr ist begründet. Warum gilt sie dann nur für vermögende Iraner? Ein Türke würde mit einer solchen Behauptung nur Gelächter ernten. Oder die Zusammenarbeit mit dem SAVAM ist eben so eng wie zweischneidig. An beidem mag etwas sein. Ein Drittes scheint näherliegend. Die Kräfte, die aufenthaltsrechtlich so gehätschelt werden, sind in den Augen der Bundesregierung dazu bestimmt, im rechten Augenblick ohne Verzögerung in den Iran zu reisen, um dort wichtige Funktionen zu übernehmen. Der den Asylberechtigten zustehende Paß nach der Genfer Flüchtlingskonvention könnte dann eher hinderlich sein. In diesen Pässen ist die Tatsache der Anerkennung als politischer Flüchtling nämlich vermerkt. Deshalb wären diese Pässe auch schon vor Rückkehr in den Iran, bei der Wahrnehmung internationaler Verbindungen, eher hinderlich. Für beide Fälle ist ein Nationalpaß günstiger.

Die Politik, die sich in den erwähnten Aufenthaltserlassen spiegelt, wird übrigens durch deutsche Auslandsvertretungen bei der Erteilung von Visa an iranische Flüchtlinge unterstützt. Während „der in Rede stehende Personenkreis" z.B. vom deutschen Generalkonsulat in Karatchi (Pakistan) Visa für die BRD erhält, müssen andere iranische Flüchtlinge auf Umwegen illegal in die BRD einreisen.

Offenbar schätzen die Reaktionäre ihre Chancen für einen erfolgreichen Putsch im Iran nicht gut ein, solange Khomeiny nicht gelungen ist, was in ihren Augen seine Mission ist: Die Kräfte der national-demokratischen Revolution zu erledigen.

Gesetz gegen Verharmlosung von NS-Verbrechen

kvz. Das Bundesjustizministerium hat jetzt einen Referentenentwurf zur Stellungnahme versandt, nach dem eine Bestrafung derjenigen vorgesehen ist, die nationalsozialistische Verbrechen leugnen oder verharmlosen. Schmude begründete die Gesetzesinitiative in der Zeitschrift „Recht und Politik" unter anderem damit, daß die Beschönigung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen sich gegen die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und gegen die Wahrung der Menschenrechte richte. Er kündigte ferner Strafbestimmungen gegen Hersteller und Importeure von NS-Material an. In einer Bilanz rechtsextremistischer Straftaten zählt er 19 Tote seit September 1978, 223 Menschen wurden bei Sprengstoffanschlägen oder Schießereien verletzt. Rechtsextremisten verfügen nach Darstellung Schmudes inzwischen über eine weitverzweigte Logistik und über eine große Zahl gefährlicher Waffen.



„Wenn sie mich fragen, ich weiß nur, daß Breschnew um den Frieden zittert"

ben und deren Ausfall die Gesellschaft total trifft". Dem Ulmer Oberbürgermeister Lorenser, Verhandlungsführer der Gemeinden, schwant: „Die Gewerkschaft kenne die wunden Punkte" und wisse, „wo sie uns packen kann"! Deshalb erklärte er schon mal vorab mit dem Hinweis auf die von der ÖTV vom Streik ausgeschlossenen Krankenhäuser („Selbst die Notstromaggregate reichen nur für einen Operationssaal") Stromabschaltungen für unzulässig.

Lorenser hat erklärt, er sei sicher, daß es zu einem „Gentlemenagreement" komme und daß man am 19. 1.1982 behutsam vorgehen solle. Was heißt hier ‚Gentlemen'? Bisher war das Vorgehen wie von Feudalen gegen ihre Leibeigenen: Mit politischem Zwang soll ein Teil des Einkommens gestrichen werden. Die Tarifgemeinschaft von DAG, Beamtenbund etc. bietet sowas wie einen Ausweg oder ein Agreement an: Die Kosten für die erforderliche zweimalige Berechnung der Gehälter sei so hoch, daß sich die Kürzung zum 1.3. nicht lohne und man besser alles mit einem Mal in den Tarifverhandlungen abmache. Nach allem, was bis-

Haushalte haben. Sie richtet sich gegen Bund, Länder und Gemeinden. Diese „Erpressung", der Streik, ist das einzige Druckmittel der Arbeiter und Angestellten gegen einen Gegner, der sogar mit einer politischen Entscheidung Gehaltskürzungen durchsetzen kann. Darauf zu verzichten, hätte schnell auch für die Arbeitnehmer Folgen, denen vielleicht der Bus nicht fährt oder der Strom zeitweilig gesperrt wird.

Egal wie weit der Kampf sich entwickelt, er wird zu einer politischen Aktion werden. Er wird bei den Beamten gegen Trittbrettfahrer-Mentalität wirken und die Notwendigkeit ihres Streikrechts noch dringender stellen. Kampfmaßnahmen verhindern auch, daß den Beschäftigten die besondere Lage im öffentlichen Dienst in den Tarifverhandlungen zum zweiten Mal in diesem Jahr in Rechnung gestellt wird. Die Streikaktionen werden mit dem Tarifkampf in der Metallindustrie parallel laufen und ihn so unterstützen. Dort wird voraussichtlich über die Lohnhöhe entschieden.

Um so notwendiger müssen von allen Seiten die Streiks im öffentlichen Dienst unterstützt werden.

gen politischen Verhältnisse im Iran befristet in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten wollen." Inhalt dieser Erlasse ist die Anweisung an die Ausländerbehörde, Iranern unter zwei Voraussetzungen eine befristete Aufenthaltserlaubnis „aus humanitären

Angehörige im Heimatland gefährdet sein könnten, ernst genommen. Es können daran anknüpfend verschiedene Überlegungen angestellt werden. Entweder die Furcht vor dieser Gefahr ist begründet. Warum gilt sie dann nur für vermögende Iraner? Ein Türke

Offenbar schätzen die Reaktionäre ihre Chancen für einen erfolgreichen Putsch im Iran nicht gut ein, solange Khomeiny nicht gelungen ist, was in ihren Augen seine Mission ist: Die Kräfte der national-demokratischen Revolution zu erledigen.

Gesetz gegen Verharmlosung von NS-Verbrechen

kvz. Das Bundesjustizministerium hat jetzt einen Referentenentwurf zur Stellungnahme versandt, nach dem eine Bestrafung derjenigen vorgesehen ist, die nationalsozialistische Verbrechen leugnen oder verharmlosen. Schmude begründete die Gesetzesinitiative in der Zeitschrift „Recht und Politik" unter anderem damit, daß die Beschönigung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen sich gegen die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und gegen die Wahrung der Menschenrechte richte. Er kündigte ferner Strafbestimmungen gegen Hersteller und Importeure von NS-Material an. In einer Bilanz rechtsextremistischer Straftaten zählt er 19 Tote seit September 1978, 223 Menschen wurden bei Sprengstoffanschlägen oder Schießereien verletzt. Rechtsextremisten verfügen nach Darstellung Schmudes inzwischen über eine weitverzweigte Logistik und über eine große Zahl gefährlicher Waffen.



„Wenn sie mich fragen, ich weiß nur, daß Breschnew um den Frieden zittert"

Verhandlungen über zentrale Polendemonstration

ges. Um die Möglichkeiten einer zentralen Demonstration gegen das Militärregime in Polen und zur Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung und des polnischen Volkes zu beraten, hatten Die Grünen in Absprache mit dem Koordinationsausschuß der Polenkomitees am Dienstag, dem 5. Januar, zu einem Treffen eingeladen. Erschienen waren unter anderem Vertreter der AL Westberlin, der Jusos und der ASten Bonn und Köln. Es stellte sich bald heraus, daß die Beratung noch keine Entscheidung über Termin und Aufruf zu einer zentralen Demonstration treffen konnte. Die Vertreter der anwesenden Gruppierungen hatten dazu meistens kein Mandat und wollten den Vorschlag der Grünen, eine zentrale Demonstration durchzuführen, zunächst in den eigenen Reihen besprechen und die Mobilisierungsmöglichkeiten überprüfen. Der Vorschlag der Grünen, der vom Koordinationsausschuß der Polenkomitees unterstützt wurde, traf auch auf Bedenken, ob eine zentrale Demonstration jetzt die richtige Form des Protestes und der Unterstützung sei. Am Ende wurde eine Übereinkunft erzielt, daß Dienstag, den 19. Januar, in Bonn ein weiteres Treffen mit breiterem Teilnehmerkreis stattfinden soll, um dort über eine zentrale Demonstration Ende Februar zu entscheiden. Der Koordinationsausschuß der Polenkomitees soll vorher einen Aufrufentwurf verschicken, der als Minimalplattform dienen kann. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten einer politisch-kulturellen Großveranstaltung zum gleichen oder einem späteren Zeitpunkt geprüft werden. Von verschiedener Seite wurde betont, daß die Solidarität mit Polen für die Friedensbewegung zu einem Prüfstein ihrer politischen Reife und Selbständigkeit werde. Der KBW unterstützte auf dem Treffen den Vorschlag einer zentralen Demonstration. Wir meinen, daß in den Orten dieser Vorschlag jetzt intensiv beraten werden sollte, damit in vierzehn Tagen eine bessere Entscheidungsgrundlage vorhanden ist.

US-Nervengas nach Großbritannien?

gkr. Eine Mitarbeiterin des Wissenschaftsrats des US-Verteidigungsministeriums berichtete, daß dieser Wissenschaftsrat für Lagerung neuer Nervengase in Großbritannien eintrete als Teil eines mehrere Milliarden Dollar umfassenden Rüstungsprogramms für einen chemischen Krieg in Europa. Das US-Verteidigungsministerium dementierte zwar diese Absicht, es gebe auch keine solche Forderung des Wissenschaftsrats, offensichtlich beruht dieses Dementi aber vor allem darauf, daß bisher in den USA noch keine endgültige offizielle Entscheidung über die Produktion von Waffen mit dem sogenannten Zweikomponenten-Nervengas gefallen ist. Offiziell ist in den USA seit 1968, seit mehrere tausend Schafe in der Nähe einer Nervengasfabrik durch Nervengas getötet wurden, die Produktion von Nervengasen eingestellt. Erstmals im Sommer 1980 stimmte der Kongreß Mitteln für den Bau einer Fabrik für chemische Kampfstoffe zu. Reagan hat in seinen Haushalt 20 Mio. $ für den beschleunigten Produktionsbeginn eingesetzt. Bei diesen Zweikomponenten-Nervengasen entsteht aus zwei relativ ungefährlichen chemischen Substanzen bei Abschuß oder Aufprall der Waffe das Nervengas, z.B. „Sarin" oder „VX" (Inhalation von 0,4 Milligramm sind tödlich). Britische Diplomaten erklärten sofort, sie seien über derartige Pläne nicht informiert. Die britische Kampagne für nukleare Abrüstung kündigte breite Widerstandsaktionen an.

FDP und Palästina-Solidarität

wem. Westberlin. am 1.1. fand in Westberlin eine Veranstaltung zum 16. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PLO mit über 600 meist arabischen Teilnehmern statt. Neben dem Vertreter der PLO beim Bonner Büro der Liga der Arabischen Staaten, Abdalla Frangi, sprach der Bundesvorsitzende der 1972 verbotenen Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA). Erstmals war auch ein Mitlgied des Landesvorstandes der Westberliner FDP, Rechtsanwalt Loch, einer Einladung gefolgt. „Es gibt keine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts ohne die gleichberechtigte Teilnahme des palästinensischen Volkes und seiner Vertretung, der PLO, und ohne die Garantie Israels in den Grenzen seiner Gründung." Diese Formel war vor einigen Jahren von der Westberliner FDP mit ihren engen Israel-Kontakten noch nicht zu hören. Diese Formel war verpackt in die offizielle Nahostpolitik der Bundesregierung. „Die geschichtliche Verantwortung der Deutschen am Holocaust gebietet Zurückhaltung gegenüber Israel",wenn das auch nicht gleichbedeutend sei mit der Unterstützung jeder israelischen Maßnahme, „was wir ja auch bei den USA nicht machen". Ebenso wie die Lösung der deutschen nationalen Frage werde die Lösung der palästinensischen nationalen Frage viel Zeit brauchen und nur durch Verhandlungen zu erreichen sein. Abdalla Frangi wies in seiner Entgegnung u.a. darauf hin, daß der zionistische Staat sich gegen die Interessen der jüdischen Menschen richtet und daß die PLO einen demokratischen Palästinastaat gemeinsam mit ihnen anstrebe.

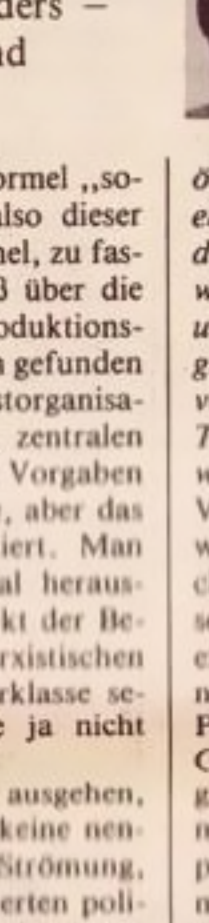
„Sportliche" Übung Schweizer Offiziere

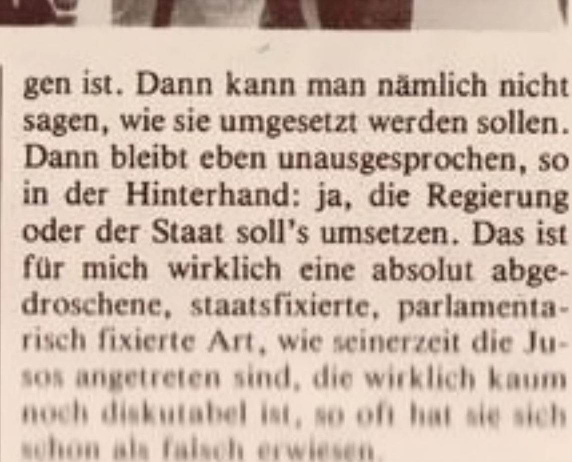
jup. Westberlin. Gegen spezielle „sportliche" Übungen in der Armee ihres Landes wendet sich die Schweizer Frauenorganisation OFRA. Nicht hingenommen wird, daß z.B. anläßlich eines Offiziersschießens das Großfoto einer nackten Frau als Zielscheibe diente, wobei es den „Herren" Offizieren freigestellt war, die von ihnen bevorzugten Körperstellen als Zielpunkte anzuvisieren und erfolgreiche Abschüsse mit ihrem Namen zu markieren. Am 14. Januar muß die OFRA vor Gericht nachweisen, daß sie nicht nur für sich, sondern auch für andere Frauen spricht. Schreibt also rasch an die OFRA und bekundet Eure Betroffenheit. OFRA – Sekretariat, Neubrückenstr. 8, CH-3012 Bern.

Unabhängige Sozialdemokraten

„Die ‚gesellschaftlichen Bewegungen' um die reale Arbeiterbewegung scharen – sonst war's ein totgeborenes Kind"

Nach der ersten hessischen Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten – der endgültige Name der Organisation steht noch nicht fest: USD, USDP oder anders – sprachen wir mit J.Sp. aus Frankfurt über Geschichte und Perspektive einer neuen sozialistischen Partei





Aktueller Anlaß zu dem Aufruf, aus der SPD auszutreten und sich den Unabhängigen Sozialdemokraten anzuschließen, war ja wohl die Antwort des hessischen SPD-Parteitags vom Juni auf Börners Vertrauensfrage. Hat es schon vorher solche Überlegungen gegeben und wie sah das hier in Frankfurt aus?

Der Grund zur Bildung einer Partei geht natürlich weiter zurück bis zur Diskussion, die seinerzeit um solche Gallionsfiguren wie Jochen Steffen und Rudi Dutschke geführt wurden. Warum über die Notwendigkeit einer neuen linken Partei diskutiert wird, hat wohl andere Ursachen als nur die Katastrophenpolitik von Börner. Das war mehr der Anlaß. Daß sich die drei großen Parteien nur um die Art streiten, wie man die kapitalistische Krise verwaltet und organisiert, wird von vielen Leuten gesehen. Immerhin kann man heute auf eine gewisse Tradition der Arbeiterlinken zurückgreifen, also Leute, die in Gewerkschaften und im Betrieb als Sozialisten Politik machen. Es ist nicht so, wie es in der Presse immer dargestellt wurde, daß wir in erster Linie eine Linksabspaltung der SPD sind. Knapp die Hälfte vielleicht kommt direkt aus der SPD oder ist dort noch Mitglied. Die anderen kommen aus dem „linken Milieu", also ehemalig oder noch in allen möglichen Gruppen Organisierte. Das sind mindestens zwei verschiedene Traditionen, die eigentlich – auch zu meinem persönlichen Erstaunen – ziemlich gut miteinander harmonieren.

Was wir allerdings klären müssen, ist, ob es heute möglich und sinnvoll ist, eine Organisation oder Partei aufzubauen, die sich an der realen Arbeiterbewegung orientiert, also an den realen betrieblichen und teils auch überbetrieblichen Kämpfen, oder ob man sich versteht als eine spezifische Variante der Ökologiebewegung, von mir aus ergänzt um die Friedensbewegung. Für die zweite Variante, also eine ergänzte Ökologiepartei, gibts eigentlich keinen Platz und auch keinen Sinn. Worum es geht, ist, eine Verbindung zu schaffen zwischen diesen akuten Problemen und dem, was heute real an Klassenbewegungen läuft. Das ist ein sehr schwieriges Unternehmen, weshalb ich und auch die Leute, mit denen ich zusammenarbeite, immer davor gewarnt haben, den Gründungsprozeß einfach so voranzutreiben, sondern darauf gedrungen haben, erst solche Fragen auszudiskutieren.

Das Interesse der Leute, die wir ansprechen, ist eigentlich sehr positiv. Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß es relativ wenige gibt, in Frankfurt vielleicht 50, die sich bereitfinden, sich an der Ausarbeitung von Positionen und an der Strukturierung dieser Diskussion aktiv zu beteiligen. Ich führe das auf eine gewisse Abwartehaltung zurück, ob es eine sozialistische Organisation wird oder ein Gemisch aus rosarotem Sozialdemokratismus und ein bißchen Ökologie.

Ihr grenzt Euch vor allem von der praktischen *Politik der SPD ab, andererseits findet man in Euren Dokumenten Hinweise darauf, daß Ihr Euch als die wahren Sachwalter sozialdemokratischer Programmatik versteht.*

Alle Papiere einschließlich der vom Gründungsausschuß herausgegebenen sind vom Stellenwert her Diskussionspapiere, so daß man also von *der* Richtung oder *der* Linie nicht sprechen kann, und da gibt es tatsächlich eine sehr eigenartige Kombination von sozialdemokratischer Tradition von Liebknecht, Luxemburg bis hin zu Willy Brandt. Vom Godesberger Programm zu der Politik eines Helmut Schmidt heute sehe ich eine ziemlich gerade Linie. Das Godesberger Programm wieder aufleben lassen zu wollen, würde ich als Anachronismus begreifen, der eine ganz gefährliche Tendenz auslösen kann, die ich absolut nicht zu unterstützen bereit wäre, nämlich die Abwendung von der Sozialdemokratie wieder zurückzunehmen. Etwas anderes ist es, sich in der Tradition der Arbeiterbewegung zu verstehen, wofür Namen wie August Bebel stehen und Rosa Luxemburg allemal. Damit ist auch unser Ziel schon formuliert: der Sozialismus, wobei natürlich die Frage ist, was das beschreibt. Wir haben versucht, das mit der Formel „sozialistische Demokratie", also dieser alten Rosa Luxemburg-Formel, zu fassen und meinen damit, daß über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinaus auch eine Form gefunden werden muß, die die Selbstorganisation der Arbeiterklasse als zentralen Kern garantiert. Historische Vorgaben sind da halt immer die Räte, aber das ist bislang nicht ausdiskutiert. Man sollte vielleicht noch einmal herausstreichen, daß wir als Subjekt der Bewegung, wie man in der marxistischen Tradition sagt, die Arbeiterklasse sehen – das ist heutzutage ja nicht selbstverständlich.

Dabei muß man davon ausgehen, daß es in Westdeutschland keine nennenswerte reformistische Strömung, überhaupt keinen nennenswerten politischen Ausdruck der Arbeiterbewegung gibt. Die größte Organisation, die da überhaupt in Betracht käme, ist die DKP, die ich für absolut indiskutabel, für eine reformistische Massensekte halte, die durch ihre Orientierung an den Comecon-Ländern hier so diskreditiert ist, daß sie keinen politischen Pol darstellen kann. Wenn in den letzten 12, 13 Jahren der Klassenkampf, verstanden als Selbstaktivität der Arbeiterklasse, hier überhaupt wieder anlief, dann ist das der Boden, in dem ich eine Organisation verwurzelt sehen wollte. Neben dieser proletarischen Bewegung gibt es natürlich mächtige Bewegungen, die meist unter dem Schlagwort „gesellschaftliche Bewegungen" abgehandelt werden, die auch an ganz wichtigen Fragen arbeiten, was aber immer sehr situationsabhängig ist. Immerhin hat die Ökologiebewegung, die bekannteste, eine Fragendimension eröffnet, die der klassischen Arbeiterbewegung verschlossen war oder nur ganz minimal existiert hat. Diese Sachen muß man neu aufarbeiten, und man muß sich solchen politischen Bewegungen stellen.

Wo liegen Deiner Meinung nach die Schwerpunkte sozialistischer Politik?

Ich würde da drei nennen: Das eine, die mit Abstand wichtigste Frage, ist die Arbeitslosigkeit/soziale Demontage, das zweite ist die Frage der Ökologie, drittens die Frage der Friedensbewegung. Die Begründung dafür ergibt sich genau aus der Verkehrung der Regierungspolitik. Die Regierungspolitik ist heute eigentlich, pathetisch gesagt, eine Großoffensive gegen die Arbeiterklasse. Sie versucht, über soziale Demontage, über Massenarbeitslosigkeit oder Tolerierung der Massenarbeitslosigkeit die Arbeiterbewegung überhaupt nicht richtig in Gang kommen zu lassen, um eben die für das Kapital wohl notwendigen Rationalisierungen durchzuziehen. Der Schwerpunkt liegt halt für die Leute, die davon betroffen sind, in der Arbeitslosigkeit. Zum Beispiel bei der Betriebsbesetzung von VDM in Frankfurt wurde ziemlich offensichtlich, daß die Betroffenheit durch die Arbeitslosigkeit da ist, durch alle Schichten der Arbeiterbewegung, nicht nur, was man früher Randschichten nannte, also Ausländer und Frauen usw., sondern bis hin zu den Kernbelegschaften. Zum anderen wurde – und das muß man, wenn man ein Projekt vorhat wie das, was wir angehen, sich vor Augen halten – offensichtlich, daß niemand eine ganz vermittelbare und griffige Antwort wußte, was jetzt „hier und heute" zu geschehen hat, damit diese Arbeitsplätze erhalten werden können. Und ich glaube, das illustriert genug die Dringlichkeit dieses Ansatzes.

Nun gibt es ja verschiedene Antworten auf die ökonomische Krise und die ökologische Krise. Ich meine damit einmal das Konzept, das beispielsweise die SOST vorschlagen unter dem Stichwort: alternative Wirtschaftspolitik, und auf der anderen Seite die „ökologische Kreislaufwirtschaft", wie sie von den Grünen, aber wohl auch von Teilen Eurer Gruppierung gefordert wird.

Vorweg zur ökologischen Kreislaufwirtschaft: Das wurde in der bürgerlichen Presse immer so dargestellt, als sei das *eine* Achse. Das ist, glaube ich, eine der umstrittensten und nur von einer ganz kleinen Minderheit vertretene Position, die sich wirklich mit der der Grünen deckt. Zum andern zu der Frage, um den Begriff der SOST zu nehmen, wie man alternative Wirtschaftspolitik machen sollte, da muß man sich mal vor Augen führen, daß die Krise, die momentan ansteht, im Sinne des Kapitals eigentlich nur dadurch überwunden werden kann, daß man eine ganz neue Technologie einführt, weil durch die Art, wie hier 30 Jahre hindurch produziert worden ist, die Profite einfach nicht mehr zu sanieren sind. Die DGB-Berechnungen gehen ja davon aus, daß bis 1987 mit 3,5 Mio. Arbeitslosen zu rechnen ist, was ich auch für eine relativ realistische Zahl halte. Da glaube ich nicht, daß es genügt, so, wie von den SOST und sogar teilweise vom DGB vorgetragen, Beschäftigungsprogramme und eben alles, was unter dem Schlagwort: Staatseingriff laufen kann, zu fordern, weil es meinethalben für einzelne Betroffene oder einzelne Teile der Arbeiter sicherlich von Vorteil ist, wenn ihr Arbeitsplatz durch irgendeinen Staatseingriff gehalten werden kann, aber das Problem selbst sich so nicht löst.

Für das Kapital gibt es nur diese eine Möglichkeit, sich selbst zu sanieren, und die andere Möglichkeit wäre halt, diese Sanierung gesellschaftlich unmöglich zu machen, was aber einen ungeheuer hohen Stand der Klassenkämpfe, den wir heute nicht haben, voraussetzt. Ich glaube auch, daß man nicht so kurzfristig darauf eine Antwort finden kann. Und die Folgen, falls diese Kapitalsanierung gelingen sollte, die würde ich sehr hoch ansetzen. Ich glaube, daß man wirklich nicht zuviel sagt, wenn man das als historische Niederlage begreift für die Arbeiterbewegung, denn die Arbeiterklasse selbst wird durch diese Technologien – und das kann man in den Betrieben, die diese heute schon einführen, sehen – total auf den Kopf gestellt und umgekehrt und durchgekrempelt; und alle Strukturen, die früher Kämpfe getragen haben innerhalb der Arbeiterklasse, werden teilweise auch bewußt zerschlagen. Und der neue Anlauf – die letzte historische Niederlage m.E. war der Faschismus – würde bestimmt wieder so lange brauchen, wenn er überhaupt wieder gelingen würde. Insofern gerät man – das mag sich vielleicht pathetisch anhören – in eine ziemlich dramatische Situation. Deshalb muß man auch eher von solchen sozialen Begrifflichkeiten ausgehen, also wie politisch der Klassenkampf sich weiterentwickeln kann, und nicht, wie man sich mehr oder weniger elegant aus der Krise winden kann. Und dann finde ich wichtiger zu diskutieren, welche Auswirkungen hat es, wenn wir für eine 35-Stunden-Woche auftreten. Man muß sich fragen, was hat zum Beispiel so ein Stahlstreik für die Kampfbereitschaft der Arbeiter gebracht?

Ein komplettes Programm, wie die SOST da zusammengestellt haben, hab ich nicht, will ich nicht haben, weil es wirklich aus dem hohlen Finger gesogen ist. Dann kann man nämlich nicht sagen, wie sie umgesetzt werden sollen. Dann bleibt eben unausgesprochen, so in der Hinterhand: ja, die Regierung oder der Staat soll's umsetzen. Das ist für mich wirklich eine absolut abgedroschene, staatsfixierte, parlamentarisch fixierte Art, wie seinerzeit die Jusos angetreten sind, die wirklich kaum noch diskutabel ist, so oft hat sie sich schon als falsch erwiesen.

Welche Politik verfolgt Ihr nun gegenüber den Gewerkschaften und Betriebsräten?

Soweit wir diese Fragen bisher diskutiert haben, meine ich, haben wir eine wichtige Tendenz herausgestrichen. Wir haben gesagt, daß die Gewerkschaften, wie sie sich heute geben, in einer für die Arbeiterklasse wahrscheinlich verhängnisvollen Art in halbstaatliche/staatliche Gremien eingebunden sind und daß sie teilweise oder gar zum größten Teil die Rationalisierungsvorhaben stützen oder mittragen. Davon muß man sich lösen. Das heißt, auch wenn es vielleicht ein bißchen simpel klingt, daß man sich auf verschiedene Grundpositionen bezieht: was der DGB als Recht auf Arbeit formuliert, daß keiner aus dem Betrieb rausgeht, daß kein Reallohnabbau betrieben wird und daß vor allen Dingen die eigenen Strukturen in den Betrieben wieder aufgebaut werden, soweit das geht. Ich glaube allerdings, daß es nicht genügt, wenn die Leute individuell gewerkschaftlich arbeiten. Es gibt ja hier in Frankfurt in vielen Bereichen auch Koordinationen von betrieblichen Linken, und wir versuchen, mit diesen zusammen die Organisation aufzubauen, was auch ihre Struktur und ihren Charakter prägen wird. Wenn das nicht gelingt, dann war's ein totgeborenes Kind.

Ich möchte auf die Friedensbewegung zurückkommen, denn die Richtung, die diese Bewegung nimmt oder nehmen sollte, ist ja nicht unumstritten, und durch die Ereignisse in Polen steht sie vor einer bestimmten Herausforderung.

Die Positionen zur Friedensbewegung sind absolut undiskutiert. Unter den Leuten, die diese neue Partei gründen wollen, gibt es Unterstützer aller Schattierungen, sicher vom Krefelder Appell bis zu dem alternativen Aufruf aus Göttingen zur Bonner Demonstration.

Es gab eine Diskussion um die Vorlage zur Friedenspolitik, die ich sehr schlecht finde, um es ganz hart zu sagen: Die grenzt nämlich ganz wichtige Fragen aus. Es ist nur moralisch zu sagen: um Gottes Willen, nur keinen Krieg. Das ist zumindest der Tenor. Und ich meine, eine ganz wichtige Frage, die dort überhaupt nicht genannt wird, ist die Frage der NATO, also einer organisierten militärischen Einheit der imperialistischen Staaten, wozu man unbedingt Stellung beziehen muß, was, wenn man's nicht macht, auch noch hinters Niveau von etlichen Juso-Papieren zurückfällt. Meine persönliche Meinung ist, daß die Kriegsgefahr, wie das genannt wird, eigentlich von der NATO vorgegeben wird, will ich mal so sagen. Die NATO unter Führung der USA – das ist jetzt auch ganz offen, seit Reagan – hat ein Interesse daran, die Hochrüstung so weiterzutreiben, wie sie läuft, vor allen Dingen halt, um sich gegen die UdSSR abzusichern, sich abzugrenzen. Es gibt dieses berühmte Papier, das vor einigen Wochen auch durch die Zeitungen ging, Tenor: Solange wir so hochrüsten, ist die UdSSR wirtschaftlich so damit beschäftigt, da überhaupt nachzuziehen, daß wir Ruhe im Land haben. Und ich glaube, genau das ist die Linie.

An diesem Raster vorbei würde ich meine Position auch zur SU bestimmen: Ich glaube, denen wäre es, allein um des lieben Friedens zu Hause willen, ab liebsten, wenn man – vielleicht noch schön ausgeschmückt – zu so einer Null-Rüstung kommen könnte, weil sie dann das ganze wirtschaftliche Potential, was dort eigentlich vergeudet wird in der Rüstung, aufstecken könnten, um die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SU ein bißchen aufzuheben.

Auf der einen Seite sagst Du, die SU kann sozusagen nicht anders. Sie sichert eben ihren Machtbereich ab. Auf der anderen Seite unterstützt Du auch solche selbständigen Bewegungen wie die in Polen.

Ich will nicht mißverstanden werden. Ich will nicht die Politik der SU oder des Warschauer Paktes unterstützen oder gar rechtfertigen, das wollte ich damit nicht sagen, als ich versucht habe zu begründen, weshalb ich der Meinung bin, daß sie nicht die Aggressivsten oder der ‚Hauptkriegstreiber' oder wie man das immer nennen mag, sind. Deshalb sehe ich auch keinen Widerspruch dazwischen, diese Meinung zur Kriegs- oder Friedenspolitik der SU zu haben, und einer sehr, sehr weitgehenden Unterstützung dessen, was in Polen um und innerhalb der Solidarność passiert ist.

Ich meine, zwei Sachen muß man vorausschicken: Zum einen gibt es in allen Comecon-Ländern einen historischen Schritt voran, den wir hier nicht haben, denn es gibt verstaatlichte Produktionsmittel. Das wird in der sozialistischen oder kommunistischen Tradition immer sehr hoch gehandelt, und ich glaube mit Recht.

Das andere, was es gibt, ist eine absolute politische Enteignung, wenn Du so willst. Also: Wurden die Kapitalisten früher von ihren Produktionsmitteln enteignet, ist die Arbeiterklasse heute ihrer politischen Mündigkeit ledig geworden. Und da liegt das Problem. Wenn wir hingehen, wie ich anfangs gesagt habe, und bestehen auf der Rosa Luxemburgschen Bestimmung von Sozialismus und Demokratie als Einheit, dann muß das auch eine politische Form finden. Und ein denkbares Modell, was wir auch diskutieren, ist eine Art Selbstverwaltungsmodell zu entwickeln. Deshalb fand ich die Diskussion innerhalb von Solidarność, die übrigens gegen die Leute um Lech Walesa vorwärtsgetrieben wurde, ungeheuer positiv.

Rechnet Ihr damit, einen weitergehenden Einfluß auf die SPD selber auszuüben und wie steht Ihr zu den „Rebellen" in der SPD um Hansen und Coppik?

Schwer zu sagen. Das sind eben zwei verschiedene Stränge. Ich meine, für Coppik wäre es sicher keine Perspektive – das muß er natürlich selbst entscheiden – bei den Grünen zu arbeiten. Und wenn man – was ich mir gut vorstellen könnte – mit Coppik zusammen eine Partei aufbauen kann, dann hätte er da sicherlich einen Platz, was die alten Differenzen zwar nicht einebnet und nicht alle zu Coppik-Fans machen wird, was aber die Bandbreite, die so eine Organisation abdecken muß, wohl verträgt. Etwas anderes wäre es – nebenbei gesagt – mit Leuten wie Eppler, die ich absolut nicht für sozialistisch halte, wie wässrig man das auch fassen mag. Aber ich glaube, es hängt auch nicht an solchen Leuten.

Es gibt viele bei uns, die es als relativ sinnvoll ansehen, daß es auch Linke in der SPD gibt, mit denen man zusammen Politik machen kann. Ich bin da anderer Meinung, das sag ich ganz ehrlich. Ich bin der Meinung, daß Leute, die sich als Sozialisten verstehen (also das wirklich so sehen und nicht irgendwelche Karrieristen, die da mal auf der linken Welle mitgeschwommen sind),

Fortsetzung Seite 4

Perspektive einer neuen sozialistischen Partei

strophenpolitik von Börner. Das war mehr der Anlaß. Daß sich die drei großen Parteien nur um die Art streiten, wie man die kapitalistische Krise verwaltet und organisiert, wird von vielen Leuten gesehen. Immerhin kann man heute auf eine gewisse Tradition der Arbeiterlinken zurückgreifen, also Leute, die in Gewerkschaften und im Betrieb als Sozialisten Politik machen. Es ist nicht so, wie es in der Presse immer dargestellt wurde, daß wir in erster Linie eine Linksabspaltung der SPD sind. Knapp die Hälfte vielleicht kommt direkt aus der SPD oder ist dort noch Mitglied. Die anderen kommen aus dem „linken Milieu", also ehemalig oder noch in allen möglichen Gruppen Organisierte. Das sind mindestens zwei verschiedene Traditionen, die eigentlich – auch zu meinem persönlichen Erstaunen – ziemlich gut miteinander harmonieren.

Was wir allerdings klären müssen, ist, ob es heute möglich und sinnvoll ist, eine Organisation oder Partei aufzubauen, die sich an der realen Arbeiterbewegung orientiert, also an den realen betrieblichen und teils auch überbetrieblichen Kämpfen, oder ob man sich versteht als eine spezifische Variante der Ökologiebewegung, von mir aus ergänzt um die Friedensbewegung. Für die zweite Variante, also eine er-

ben versucht, das mit der Formel „sozialistische Demokratie", also dieser alten Rosa Luxemburg-Formel, zu fassen und meinen damit, daß über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinaus auch eine Form gefunden werden muß, die die Selbstorganisation der Arbeiterklasse als zentralen Kern garantiert. Historische Vorgaben sind da halt immer die Räte, aber das ist bislang nicht ausdiskutiert. Man sollte vielleicht noch einmal herausstreichen, daß wir als Subjekt der Bewegung, wie man in der marxistischen Tradition sagt, die Arbeiterklasse sehen – das ist heutzutage ja nicht selbstverständlich.

Dabei muß man davon ausgehen, daß es in Westdeutschland keine nennenswerte reformistische Strömung, überhaupt keinen nennenswerten politischen Ausdruck der Arbeiterbewegung gibt. Die größte Organisation, die da überhaupt in Betracht käme, ist die DKP, die ich für absolut indiskutabel, für eine reformistische Massensekte halte, die durch ihre Orientierung an den Comecon-Ländern hier so diskreditiert ist, daß sie keinen politischen Pol darstellen kann. Wenn in den letzten 12, 13 Jahren der Klassenkampf, verstanden als Selbstaktivität der Arbeiterklasse, hier überhaupt wieder anlief, dann ist das der Boden, in dem ich

ökologische Krise. Ich meine damit einmal das Konzept, das beispielsweise die SOST vorschlagen unter dem Stichwort: alternative Wirtschaftspolitik, und auf der anderen Seite die „ökologische Kreislaufwirtschaft", wie sie von den Grünen, aber wohl auch von Teilen Eurer Gruppierung gefordert wird.

Vorweg zur ökologischen Kreislaufwirtschaft: Das wurde in der bürgerlichen Presse immer so dargestellt, als sei das *eine* Achse. Das ist, glaube ich, eine der umstrittensten und nur von einer ganz kleinen Minderheit vertretene Position, die sich wirklich mit der der Grünen deckt. Zum andern zu der Frage, um den Begriff der SOST zu nehmen, wie man alternative Wirtschaftspolitik machen sollte, da muß man sich mal vor Augen führen, daß die Krise, die momentan ansteht, im Sinne des Kapitals eigentlich nur dadurch überwunden werden kann, daß man eine ganz neue Technologie einführt, weil durch die Art, wie hier 30 Jahre hindurch produziert worden ist, die Profite einfach nicht mehr zu sanieren sind. Die DGB-Berechnungen gehen ja davon aus, daß bis 1987 mit 3,5 Mio. Arbeitslosen zu rechnen ist, was ich auch für eine relativ realistische Zahl halte. Da glaube ich nicht, daß es genügt, so, wie von den SOST und sogar teilweise

gen ist. Dann kann man nämlich nicht sagen, wie sie umgesetzt werden sollen. Dann bleibt eben unausgesprochen, so in der Hinterhand: ja, die Regierung oder der Staat soll's umsetzen. Das ist für mich wirklich eine absolut abgedroschene, staatsfixierte, parlamentarisch fixierte Art, wie seinerzeit die Jusos angetreten sind, die wirklich kaum noch diskutabel ist, so oft hat sie sich schon als falsch erwiesen.

Welche Politik verfolgt Ihr nun gegenüber den Gewerkschaften und Betriebsräten?

Soweit wir diese Fragen bisher diskutiert haben, meine ich, haben wir eine wichtige Tendenz herausgestrichen. Wir haben gesagt, daß die Gewerkschaften, wie sie sich heute geben, in einer für die Arbeiterklasse wahrscheinlich verhängnisvollen Art in halbstaatliche/staatliche Gremien eingebunden sind und daß sie teilweise oder gar zum größten Teil die Rationalisierungsvorhaben stützen oder mittragen. Davon muß man sich lösen. Das heißt, auch wenn es vielleicht ein bißchen simpel klingt, daß man sich auf verschiedene Grundpositionen bezieht: was der DGB als Recht auf Arbeit formuliert, daß keiner aus dem Betrieb rausgeht, daß kein Reallohnabbau betrieben wird und daß vor allen Dingen die eigenen Strukturen in den

Ich will nicht die Politik der SU oder des Warschauer Paktes unterstützen oder gar rechtfertigen, das wollte ich damit nicht sagen, als ich versucht habe zu begründen, weshalb ich der Meinung bin, daß sie nicht die Aggressivsten oder der ‚Hauptkriegstreiber' oder wie man das immer nennen mag, sind. Deshalb sehe ich auch keinen Widerspruch dazwischen, diese Meinung zur Kriegs- oder Friedenspolitik der SU zu haben, und einer sehr, sehr weitgehenden Unterstützung dessen, was in Polen um und innerhalb der Solidarność passiert ist.

Ich meine, zwei Sachen muß man vorausschicken: Zum einen gibt es in allen Comecon-Ländern einen historischen Schritt voran, den wir hier nicht haben, denn es gibt verstaatlichte Produktionsmittel. Das wird in der sozialistischen oder kommunistischen Tradition immer sehr hoch gehandelt, und ich glaube mit Recht.

Das andere, was es gibt, ist eine absolute politische Enteignung, wenn Du so willst. Also: Wurden die Kapitalisten früher von ihren Produktionsmitteln enteignet, ist die Arbeiterklasse heute ihrer politischen Mündigkeit ledig geworden. Und da liegt das Problem. Wenn wir hingehen, wie ich anfangs gesagt habe, und bestehen auf der Rosa Luxemburgschen Bestimmung von Sozialismus und Demokratie als Einheit, dann muß das auch eine politische Form finden. Und ein denkbares Modell, was wir auch diskutie-

Krise der Gesellschaft und Krise der Kultur

Zur Theorie des „Wertwandels" in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften

Von Bernhard Peters

Die politische Funktion der Thesen von Richard Löwenthal ist eindeutig: „Der Schlag geht in die SPD hinein", schrieb der (kurz zuvor vom Parteivorstand mit einer „letzten Warnung" bedachte) Abgeordnete Manfred Coppik: „Da gibt es immer noch Reste einer linken Opposition gegen diese Schmidt'sche Politik. Diese Opposition soll und muß zerschlagen werden ... bevor sie zu Kooperationsformen mit der Linken außerhalb der SPD findet und dadurch zu einem realen Machtfaktor ... wird". Löwenthals Rezept, die SPD solle Identität gewinnen durch Bekenntnis zur „arbeitsteiligen Industriegesellschaft" und durch Ausgrenzung der „Aussteiger", ist allerdings auch unter den führenden SPD-Politikern auf relativ viel Widerspruch gestoßen; offensichtlich ist das forsche Bekenntnis zu einer Gesellschaftsform, die unübersehbar in katastrophale Sackgassen steuert, kein besonders erfolgversprechendes politisches Konzept.

Die Auseinandersetzung erstreckt sich jedoch nicht nur auf Löwenthals Rezeptvorschlag, sondern auch auf seine Diagnose: ein beträchtlicher Teil der Jugend bewege sich in fundamentalem Gegensatz zur bestehenden Gesellschaft und ihren Institutionen; ihre humanen Motive seien zwar zu würdigen, aber ihren Konsequenzen müsse klar widersprochen werden. Dabei ist sich Löwenthal des Ausmaßes des Problems wohl bewußt und sieht es schärfer als mancher seiner Kontrahenten: „Eine Untersuchung, die in diesen Tagen bei einer Anhörung des Bundestages vorgestellt wurde, kam schon 1979 zu dem Resultat, daß von 5,4 Millionen Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren 700000 sich selbst als ‚Aussteiger' bezeichnen, und weitere zwei Millionen eine scharf kritische Einstellung zu unserer Gesellschaft zeigten. Wir haben es also in der Bundesrepublik mit nicht weniger zu tun als mit einer massiven Dissidenz der Hälfte der heranwachsenden Generation von den Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Staates, die bei einem kleineren, aber immer noch bedeutenden Teil auf eine Art von Sezession vom gesellschaftlichen Ganzen hinausläuft", schrieb er im „Vorwärts".

Der strenge moralische Tonfall, mit dem er diesem Teil der Jugend offenbar entgegentreten will, hängt mit Auffassungen zusammen, die er in einer Aufsatzsammlung unter dem Titel „Gesellschaftswandel und Kulturkrise" (1) veröffentlicht hat.

Löwenthal geht hier von der These aus, daß der Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit jeder Gesellschaft wesentlich davon abhängen, daß es soziale Normen und Werte gibt, die von einer großen Mehrheit anerkannt werden. Für die westlichen Industriegesellschaften konstatiert er eine umfassende „Sinnkrise" oder „Kulturkrise", die sich äußert in der Zerstörung des Lebenssinns vor allem bei der jungen Generation, dem Niedergang der Arbeitsethik, insbesondere des Veranwortungsgefühls in der Arbeit, der Zunahme von Gewaltverbrechen und Vandalismus, zumal unter Jugendlichen, und der allgemeinen Lockerung der sozialen Bindungen und dem Autoritätsverfall der Institutionen.

Die These eines Wandels vorherrschender Wertorientierungen und Einstellungen bei Teilen der Bevölkerung ist in den letzten Jahren in sozialwissenschaftlichen Theorien und Untersuchungen präzisiert worden. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik haben ergeben, daß das in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschende Wertsystem seit den Zeiten der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre abbröckelt. An Bedeutung verlieren u.a.:

– Arbeitstugenden wie Fleiß, Disziplin, Unterordnung,
– Erwerbsstreben, gerichtet vor allem auf höhere Einkommen und Konsummöglichkeiten,
– Berufliches Aufstiegsstreben,
– Fixierung von Geschlechtsrollen, was vor allem zu einem Umdenken über die gesellschaftliche Rolle der Frau führt,
– traditionelle Erziehungsvorstellungen und -praktiken. (2)

An die Stelle dieser Orientierungen sind zum Teil „neue" Werte wie persönliche Selbstverwirklichung, Kreativität, Entscheidungsfreiheit getreten, die Hinwendung zu neuen Formen der Gemeinschaftserfahrung und Bindung und das Verlangen nach rationaler Rechtfertigung aller gesellschaftlichen Verhältnisse unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten – kurz das Streben nach neuen Lebensweisen, nach einer „neuen Art zu leben und zu arbeiten".

Vorläufig ist umstritten, welches Ausmaß dieser Wandel hat, vor allem was das Entstehen der genannten neuen Orientierungen angeht. Offensichtlich ist, daß die neuen Orientierungen und Wertvorstellungen in hohem Maß mit den Inhalten der sogenannten „neuen sozialen Bewegungen", der Ökologie- und Alternativbewegung, der Frauenbeweegung und verschiedenen Tendenzen des Jugendprotests übereinstimmen.

Im Hinblick darauf spricht die politische Rechte schon seit Jahren – und insoweit nicht ohne Grund – von einer „schleichenden Kulturrevolution" (F.J. Strauß). Soweit nicht Verschwörungstheorien über das unheilvolle Wirken eines „Bündnisses von Radikalen und Faulen", vor allem im Ausbildungssystem und in den Massenmedien, zur Erklärung bemüht werden, wird der „Sozialstaat" mit seiner „sozialen Überversorgung" verantwortlich gemacht. Die vorhandenen sozialen Sicherungen und der staatliche Reparaturbetrieb für die Existenzrisiken und Schäden, welche die kapitalistische Gesellschaft hervorruft, werden als Ursache eines „Anspruchsdenkens" angegriffen, die das Leistungsprinzip in der ganzen Gesellschaft zersetze.

Eine positive und weitverbreitete Deutung des Zusammenhangs von Lebensstandard, sozialer Sicherheit und Wertwandel stammt von dem Soziologen R. Inglehart. Er geht von einer Stufenleiter von Werten aus, an deren unterem Ende Werte materieller und physischer Sicherheit stehen („materialistisch") und deren höhere Stufen durch Werte sozialer Zugehörigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung gekennzeichnet sind („postmaterialistisch"). Eine Gesellschaft, in der Fragen der materiellen und physischen Sicherheit im Vordergrund stehen, bringt Menschen einer „materialistischen" Werthaltung hervor, eine Gesellschaft, in der diese Probleme weitgehend gelöst sind (was in den westlichen „Überflußgesellschaften" der Fall sein soll) läßt „postmaterialistische" Werthaltungen entstehen. Eine Variante dieser Theorie vertritt offenbar der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, in seinem „Spiegel-Essaay" zu den Löwenthal-Thesen: Das Problem der SPD sei der „gar nicht mehr zu umgehende Konflikt zwischen den Interessen, den Themen und dem (jeweiligen) Bewußtsein – dem Ethos – der (kleiner werdenden) Kerntruppen des Industrialismus einerseits und den (wachsenden) nachindustriellen neuen Mittelschichten auf der anderen Seite". Das entspricht einer verbreiteten Interpretation der neuen sozialen Bewegungen als Bewegung von Jugendlichen mit einem gewissen materiellen Spielraum und vor allem von „nachindustriellen Mittelschichten", vom Angehörigen der Sozial- und Dienstleistungsberufe vor allem, also von solchen, die „es sich leisten können".

Das aber ist eine allzu harmlose Vorstellung. Zwar ist ein gewisses Niveau des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Verfügung der Lohnabhängigen über ein gewisses Maß an Bildung und freier Zeit sicher eine der Bedingungen für die Herausbildung weiterreichender Bedürfnisse und Wertorientierungen. Aber es ist nicht einfach die Entwicklung von „überschießenden" Bedürfnissen auf Basis eines „Sozial- und Wohnfahrtsstaats", was die sozialen Krisen und Umorientierungen hervorruft. Das zeigt sich schon in dem widersprüchlichen Charakter des Prozesses, der ja auf keinen Fall harmonisch in Richtung „neue Werte" verläuft, sondern massenhaft soziale Desintegration, sozialen Zerfall, soziale Krankheitsbilder wie Kriminalität, Drogensucht und Selbstmorde hervorruft. Die gesellschaftliche Entwicklung enthält einen komplexen Prozeß der Erzeugung von Bedürfnissen und Fähigkeiten und der Versagung von Bedürfnisbefriedigung.

Die Entwicklung des Ausbildungssystems und die berufliche Mobilität z.B. führen im Großen und Ganzen zu einer Erweiterung von Fähigkeiten und Lernpotentialen, während die Gestaltung des Ausbildungsbetriebs und die Organisation der Arbeitsprozesse die Chancen einer befriedigenden Tätigkeit und eine entsprechende Lebensperspektive schwinden lassen, zumal für eine wachsende Zahl von Jugendlichen die Aussicht, in einem annehmbaren Beruf oder überhaupt dauerhaft Beschäftigung zu finden, sinkt. Die hohe Mobilität der Arbeitskraft, die von Verwertungsbedürfnissen bestimmte Verkehrs- und Wohnungspolitik tragen zur Auflösung alter, naturwüchsiger Formen der Gemeinschaftlichkeit bei, zur Auflösung überkommender sozialer Milieus (Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, dörfliche Gemeinschaften oder auch homogene städtische Siedlungen mit festen sozialen Strukturen); mit dieser Auflösung verbunden ist die Chance zur Entwicklung der Individualität, der Fähigkeit, sich in verschiedenen Zusammenhängen von Beruf, Öffentlichkeit und Privatspäre bewegen zu können, statt in bestimmte soziale Zusammenhänge hineingeboren zu werden und an ihnen festzukleben. Aber der Kapitalismus zerstört die naturwüchsigen, traditionellen Lebenszusammenhänge, verhindert oder erschwert aber zugleich die Herstellung von neuen, freien und bewußten Vergesellschaftungen. Wer sich nicht selbständig (durch den Verkauf seiner Arbeitskraft) durchs Leben schlagen kann, ist gezwungen, als einzelner bürokratischen Versorgungseinrichtungen entgegenzutreten, Anträge zu stellen, Anspruchsberechtigung nachzuweisen, und landet im (nicht seltenen) Einzelfall in einer abgeschotteten Institution: Klinik, Heim oder Anstalt.

Den Anlaß für die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen bilden also grundlegende strukturelle Krisen der Gesellschaft: die wachsende Tendenz zur Selbstzerstörung, zu zerstörenden Eingriffen in die äußere Natur, aber auch in die „innere" Natur der Menschen, die durch die Zerstörung ihrer sozialen Beziehungen angegriffen wird. Diese *sozialen* Zerstörungen, die sich ausdrücken in den verschiedenen Formen der „Asozialität", in Selbstmorden, psychischen und sogenannten Zivilisationskrankheiten, sind eine mindest ebenso bedeutende Krisenerscheinung wie die Zerstörung der natürlichen Umwelt oder – um die dritte wesentliche Destruktionstendenz zu nennen – die wachsende Kriegsgefahr bei gleichzeitigem Wachsen des Vernichtungspotentials. Massenarbeitslosigkeit und erneut wachsende Existenzunsicherheit infolge der Wirtschaftskrise *verstärken* die durch diese Destruktionstendenzen ausgelöste Kritik.

Das Neue an den neuen sozialen Bewegungen sind also nicht ihre sozialen Träger; neu ist die Art, wie sie bestimmte Probleme und Konflikte, die alle abhängigen Schichten und Klassen, wenn auch nicht alle in gleicher Weise, treffen, aufgreifen. Sicher sind in diesen Bewegungen bestimmte Schichten deutlich überrepräsentiert: die Jugend (was wegen ihrer besonderen Empfänglichkeit für gesellschaftliche Krisenerscheinungen zu erwarten ist), speziell jüngere Menschen mit einer längeren Ausbildung, die bestimmte günstige Voraussetzungen für die kritische Auseinandersetzung mit dem herrschenden Gesellschafts- und Wertsystem schafft; „Sinnvermittler" (z.B. Lehrer) und Angehörige sozialer Berufe, die in ihrer Arbeit mit bestimmten Erscheinungen der sozialen Entwicklung besonders konfrontiert werden. Die vorhandenen Untersuchungen sprechen aber dafür, daß solche Gruppen eine gewissen „Pilotfunktion" für den kulturellen Wandel, die „Kulturrevolution" wahrnehmen, die neuen Bedürfnisse und Einstellungen sich aber in der Tendenz verallgemeinern.

In diesen Bewegungen wird eine fundamentale Kritik an der bestehenden Gesellschaft formuliert, natürlich ausgehend von konkreten Erscheinungen und – das ist vor allem neu – mit dem Anspruch auf unmittelbare Veränderungen in Richtung „neuer Lebensweisen", neuer Vergesellschaftungsformen. Das macht Stärke und Schwäche zugleich aus: neue Formen sozialen Lebens werden in der Praxis erprobt und zwar in „überschaubaren Zusammenhängen"; gelegentlich wird aber auch die romantische Rückkehr zu überlebten Formen gesucht; neben der Entwicklung von Ansätzen einer Gegenkultur, die die herrschende Kultur unterminiert, stehen Rückzugs- und Fluchttendenzen. Ein Spielraum für solche sozialen Experimente und Widerstandsformen findet sich eher außerhalb der unmittelbaren Produktion; deswegen verlagern sich Interessen und Aktivitäten in gewissem Umfang auf den „Reproduktionsbereich". Neben den eigentlichen „neuen sozialen Bewegungen" gibt es spontanere, zum Teil regressivere Widerstandsformen, die aus den gleichen Erfahrungen sozialer Zerstörung resultieren: religiöse Bewegungen und Sekten, die auf ihre Art „Gemeinschaft" stiften, oder die Subkulturen der Jugend, die Banden, Cliquen, die „Kurve" im Stadion, Moden und „Stil" (Punk z.B.).

Die Schwächen dieser Ansätze in bezug auf die erforderliche Umwälzung des gesamten Macht- und Gesellschaftsgefüges sind zu offensichtlich, um sie hier noch einmal zu nennen. Aber die Weiterentwicklung der Ansätze einer „Kulturrevolution" ist von erheblicher Bedeutung für einen solchen revolutionären Prozeß.

(1) Richard Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Frankfurt a.M. 1979
(2) Joachim Raschke, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/80

Fortsetzung von Seite 3
Unabhängige Sozialdemokraten
nicht nur fehl in der SPD sind, sondern daß sie andere Leute nachgezogen haben, die durch diese elende Knochenmühle SPD entweder demoralisiert wurden oder einfach aufgesogen worden sind. Ich bin der Meinung, daß gerade eine SPD, die sich irgendwie nach links profilieren würde, ein bremsendes Moment wäre in der Abklärung von politischen Fragen, da es wieder scheinen würde, als hätte die SPD Ant-
man sich in so eine Argumentation begibt, ist man eins, zwei, drei in einem Hexenkreis.
Zur Frage der parlamentarischen Arbeit. Ganz deutlich gesagt, es gibt bei uns sehr viele Leute, die da sehr, sehr viel von halten, die – etwas überzogen gesagt – eine Art alternative Parlamentsarbeit zur SPD machen wollen. Ich persönlich habe da wahnsinnige Bauchschmerzen bei. Und zwar geht das von einer, wie ich meine, ziemlich illusorischen Einschätzung aus, daß so eine Formation, wenn sie
ren, sei's mit Grünen zusammen, sei's ne Wahlunterstützung für die Grünen. Ich meine, wenn hier in Frankfurt von den Grünen geäußert wird, von prominenter Stelle, wie man so schön sagt, die Arbeiterbewegung sei für sie abgehakt, das kann man sicher so nehmen, dann hat man wirklich wenig Gemeinsamkeiten. Offene Listen, die sozialistische Positionen aufweisen, die wird man unbedingt unterstützen, weiß der Teufel, wer darauf kandidiert.
Man muß eben zu diesen drei Punkten wie Arbeitslosigkeit, Frieden und

widersprochen werden. Dabei ist sich Löwenthal des Ausmaßes des Problems wohl bewußt und sieht es schärfer als mancher seiner Kontrahenten: „Eine Untersuchung, die in diesen Tagen bei einer Anhörung des Bundestages vorgestellt wurde, kam schon 1979 zu dem Resultat, daß von 5,4 Millionen Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren 700000 sich selbst als ‚Aussteiger' bezeichnen, und weitere zwei Millionen eine scharf kritische Einstellung zu unserer Gesellschaft zeigten. Wir haben es also in der Bundesrepublik mit nicht weniger zu tun als mit einer massiven Dissidenz der Hälfte der heranwachsenden Generation von den Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres demokratischen Staates, die bei einem kleineren, aber immer noch bedeutenden Teil auf eine Art von Sezession vom gesellschaftlichen Ganzen
fall der Institutionen.
Die These eines Wandels vorherrschender Wertorientierungen und Einstellungen bei Teilen der Bevölkerung ist in den letzten Jahren in sozialwissenschaftlichen Theorien und Untersuchungen präzisiert worden. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik haben ergeben, daß das in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschende Wertsystem seit den Zeiten der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre abbröckelt. An Bedeutung verlieren u.a.:
– Arbeitstugenden wie Fleiß, Disziplin, Unterordnung,
– Erwerbsstreben, gerichtet vor allem auf höhere Einkommen und Konsummöglichkeiten,
– Berufliches Aufstiegsstreben,
– Fixierung von Geschlechtsrollen, was vor allem zu einem Umdenken
übereinstimmen.
Im Hinblick darauf spricht die politische Rechte schon seit Jahren – und insoweit nicht ohne Grund – von einer „schleichenden Kulturrevolution" (F.J. Strauß). Soweit nicht Verschwörungstheorien über das unheilvolle Wirken eines „Bündnisses von Radikalen und Faulen", vor allem im Ausbildungssystem und in den Massenmedien, zur Erklärung bemüht werden, wird der „Sozialstaat" mit seiner „sozialen Überversorgung" verantwortlich gemacht. Die vorhandenen sozialen Sicherungen und der staatliche Reparaturbetrieb für die Existenzrisiken und Schäden, welche die kapitalistische Gesellschaft hervorruft, werden als Ursache eines „Anspruchsdenkens" angegriffen, die das Leistungsprinzip in der ganzen Gesellschaft zersetze.
nicht mehr zu umgehende Konflikt zwischen den Interessen, den Themen und dem (jeweiligen) Bewußtsein – dem Ethos – der (kleiner werdenden) Kerntruppen des Industrialismus einerseits und den (wachsenden) nachindustriellen neuen Mittelschichten auf der anderen Seite". Das entspricht einer verbreiteten Interpretation der neuen sozialen Bewegungen als Bewegung von Jugendlichen mit einem gewissen materiellen Spielraum und vor allem von „nachindustriellen Mittelschichten", vom Angehörigen der Sozial- und Dienstleistungsberufe vor allem, also von solchen, die „es sich leisten können".
Das aber ist eine allzu harmlose Vorstellung. Zwar ist ein gewisses Niveau des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Verfügung der Lohnabhängigen über ein gewisses Maß an Bildung und freier Zeit sicher eine der Bedingungen für die Herausbildung weiterreichender Bedürfnisse und Wertorientierungen. Aber es ist nicht einfach die Entwicklung von „überschießenden" Bedürfnissen auf Basis eines „Sozial- und Wohnfahrtsstaats", was die sozialen Krisen und Umorientierungen hervorruft. Das zeigt sich schon in dem widersprüchlichen Charakter des Prozesses, der ja auf keinen Fall harmonisch in Richtung „neue Werte" verläuft, sondern massenhaft soziale Desintegration, sozialen Zerfall, soziale Krankheitsbilder wie Kriminalität, Drogensucht und Selbstmorde hervor-
Das Neue an den neuen sozialen Bewegungen sind also nicht ihre sozialen Träger; neu ist die Art, wie sie bestimmte Probleme und Konflikte, die alle abhängigen Schichten und Klassen, wenn auch nicht alle in gleicher Weise, treffen, aufgreifen. Sicher sind in diesen Bewegungen bestimmte Schichten deutlich überrepräsentiert: die Jugend (was wegen ihrer besonderen Empfänglichkeit für gesellschaftliche Krisenerscheinungen zu erwarten ist), speziell jüngere Menschen mit einer längeren Ausbildung, die bestimmte günstige Voraussetzungen für die kritische Auseinandersetzung mit dem herrschenden Gesellschafts- und Wertsystem schafft; „Sinnvermittler" (z.B. Lehrer) und Angehörige sozialer Berufe, die in ihrer Arbeit mit bestimmten Erscheinungen der sozialen Entwicklung besonders konfrontiert werden. Die vorhandenen Untersuchungen sprechen aber dafür, daß solche Gruppen eine gewissen „Pilotfunktion" für den kulturellen Wandel, die „Kulturrevolution" wahrnehmen, die neuen Bedürfnisse und Einstellungen sich aber in der Tendenz verallgemeinern.
In diesen Bewegungen wird eine fundamentale Kritik an der bestehenden Gesellschaft formuliert, natürlich ausgehend von konkreten Erscheinungen und – das ist vor allem neu – mit dem Anspruch auf unmittelbare Veränderungen in Richtung „neuer Lebensweisen", neuer Vergesellschaftungsformen. Das macht Stärke und Schwäche

Fortsetzung von Seite 3

Unabhängige Sozialdemokraten

nicht nur fehl in der SPD sind, sondern daß sie andere Leute nachgezogen haben, die durch diese elende Knochenmühle SPD entweder demoralisiert wurden oder einfach aufgesogen worden sind. Ich bin der Meinung, daß gerade eine SPD, die sich irgendwie nach links profilieren würde, ein bremsendes Moment wäre in der Abklärung von politischen Fragen, da es wieder scheinen würde, als hätte die SPD Antworten auf die Probleme der Arbeiterklasse.

Wie stellt Ihr Euch die Arbeitsweise der Partei vor?

Wir haben vor dem Parteitag mal diskutiert, daß wir ein duales System verfolgen wollen, zum einen den Aufbau von – soweit es möglich ist – eigenen Betriebsgruppen, oder meinetwegen Branchengruppen, und zum anderen von Gruppen, die entlang von sonstigen Initiativen, also Beispiel Frankfurt Startbahn West oder Anti-AKW-Gruppen, arbeiten. Und dann ist halt Mitglied der Organisation, wer in einer von beiden Strukturen arbeitet, womit sich auch das Karteileichenproblem elegant gelöst hat.

Wie beurteilt Ihr jetzt hier in Hessen die Möglichkeiten, der breiten Bewegung auch auf der politischen parlamentarischen Ebene Ausdruck zu verleihen, angesichts des Verschleißprozesses der SPD und möglicherweise auch der FDP über den Startbahn-Konflikt? Anders gesagt, wie kann man verhindern, daß Dregger die Startbahn einweiht?

Daß die SPD zerfällt, ist für Linke, die organisatorisch und organisiert zusammenarbeiten wollen, ein Schritt voran. Da kann natürlich, wie Du so schön gesagt hast, passieren, daß Dregger die Startbahn hier einweiht. Ich glaube, das ist so unwahrscheinlich gar nicht. Nur kommt man dann halt in so ein Dilemma, was letztmals hier zur Bundestagswahl auch ähnlich diskutiert worden ist, wenn jetzt Strauß kommt, und ist es nicht besser mit Helmut Schmidt, dann kann man sich wenigstens noch ein bißchen rühren. Wenn man sich in so eine Argumentation begibt, ist man eins, zwei, drei in einem Hexenkreis.

Zur Frage der parlamentarischen Arbeit. Ganz deutlich gesagt, es gibt bei uns sehr viele Leute, die da sehr, sehr viel von halten, die – etwas überzogen gesagt – eine Art alternative Parlamentsarbeit zur SPD machen wollen. Ich persönlich habe da wahnsinnige Bauchschmerzen bei. Und zwar geht das von einer, wie ich meine, ziemlich illusorischen Einschätzung aus, daß so eine Formation, wenn sie jetzt zu den Landtagswahlen antreten würde dieses Jahr, schon aus dem Stand parlamentarisch respektable Ergebnisse vorweisen könnte. Ich glaube nicht, daß man so 7, 8 oder 10% gewinnen könnte.

Zum anderen ist auch immer die Frage, um welchen. Wenn man's um den Preis gewinnen kann, daß man seine sozialistische Programmatik hinterm Rücken hält, dann kann man darauf wirklich verzichten, dann ist es irgendwie ein Bluff. Eine andere Sache ist es, wenn man glaubt, die Organisation so weit gefestigt zu haben, daß man zu den Wahlen antreten kann, dann muß man, sonst gibt's wirklich keinen Sinn, mit einem ganz explizit sozialistischen Programm antreten, und dann muß man mal sehen, was es gibt. Die Parlamentsarbeit sehe ich mehr als mittelbare Ebene. Die reale Ebene, wo man Politik machen muß, die liegt halt an der Startbahn oder in den Betrieben oder sonstwo. Da führt kein Weg dran vorbei.

Die Grünen haben ja erstmal beschlossen, mit offenen Listen zu kandidieren. Ihr habt gesagt, Ihr wollt Euch gründen nach dem Programmparteitag, evtl. auch selber kandidieren.

Das wird ganz kontrovers diskutiert. Es gibt Positionen, die sagen, man sollte weitgehendst, soweit es überhaupt noch einen Sinn gibt, mit den Grünen zusammen kandidieren, was wohl in den meisten Fällen heißen würde, den grünen Kandidaten zu unterstützen; und es gibt Leute, die sagen, man muß halt auf die Grünen einwirken, daß es nur offene Listen gibt. Es gibt Leute wie mich, die prinzipiell dagegen wären, sei's mit Grünen zusammen, sei's ne Wahlunterstützung für die Grünen. Ich meine, wenn hier in Frankfurt von den Grünen geäußert wird, von prominenter Stelle, wie man so schön sagt, die Arbeiterbewegung sei für sie abgehakt, das kann man sicher so nehmen, dann hat man wirklich wenig Gemeinsamkeiten. Offene Listen, die sozialistische Positionen aufweisen, die wird man unbedingt unterstützen, weiß der Teufel, wer darauf kandidiert.

Man muß eben zu diesen drei Punkten wie Arbeitslosigkeit, Frieden und Ökologie was Zusammenhängendes sagen können. Das meinte ich mit sozialistischer Programmatik. Aber ich glaube, unterhalb einer solchen Markierung wird man sich auf nichts einlassen. Ich will mal sagen, das ist hart, hier steht zwar eine wichtige Wahl an. Aber wir können nicht dazu kandidieren, weil wir uns selbst noch nicht einig sind. Das wäre die schlimmste Lösung. Aber es wäre eine sauberere Lösung, als wenn man den Grünen so ganz unbesehen und selbstverständlich, als würden sie einem eigentlich sonderlich nahestehen, was sie programmatisch jedenfalls mir nicht tun, die Stimme geben oder auch noch aufzurufen würde, die zu wählen.

Welche Bedeutung hat da nun Eure Gründung?

Schau, wir haben auf der Landeskonferenz in Rüsselsheim beschlossen, im Frühjahr einen zweiteiligen Parteitag zu machen, wo das Programm diskutiert wird und ein bißchen später wohl formell die Gründung vorgenommen wird. Jetzt weiß ich nicht, ob das nicht vielleicht ein wenig kurz gegriffen war, denn das war wohl Konsens in Rüsselsheim, daß erst eine Partei gegründet wird, wenn man sich in den wichtigsten Punkten einig ist. Das ist eine sehr vernünftige Sache. Gesetzt den Fall, wir schaffen's bis dahin, das kann man ja noch ein bißchen nach vorne schieben, dann werden wir uns natürlich überlegen, wie man zu so einer Wahl steht. Ich glaube aber, daß es für den Aufbau der Organisation, wenn wir uns einig werden, wichtiger ist, die eigenen Arbeitsgebiete zu strukturieren, als diese Wahl zu betreiben.

„Ökologiepolitische Orientierung der SPD“

Scheinbare Widersprüche von „Ökologiebewegung“ gegen „Arbeiterbewegung“, Interesse nach Arbeitsplätzen und damit Wachstum gegen Umweltschutz gleich Stagnation werden von der Hauff-Kommisson nicht aufgeklärt. Dennoch einige nützliche Vorschläge.

Die „Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand“ hat im Dezember 1981 „Ökologiepolitische Orientierungen der SPD“ herausgebracht. Vorgelegt wurden sie von Volker Hauff, ein weiteres Mitglied der Kommission ist z.B. Erhard Eppler. / Von Anton Mlyncak

Die Veröffentlichung der Orientierungen fällt in die von Richard Löwenthal angezettelte Debatte über die Stellung der SPD zur kapitalistischen Industriegesellschaft. Löwenthals Thesen findet man in der FAZ vom 7.12.81 und im „Vorwärts“ vom 10.12.81. In dieser Ausgabe verteidigt Löwenthal die Veröffentlichung seiner sechs Thesen unter anderem so: „Der Verzicht auf Klarheit im Bemühen, sich durch Verwaschenheit populär zu machen, ist der sichere Weg zum Mißerfolg.“ Der erste Eindruck, den die „Ökologiepolitischen Orientierungen“ erwecken, ist, daß sie sich im Bemühen, bei den Kräften anzubiedern, die man unter dem Namen Ökologiebewegung zusammenfassen kann, und es sich dennoch nicht mit dem Teil der SPD zu verderben, der von ehemaligen Gewerkschaftsführern wie Egon Franke, Holger Börner usw. geleitet wird, mit „Verwaschenheit populär machen wollen“. So wimmelt es von Sätzen wie: „Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für Sozialdemokraten gleichrangig.“ (S. 5)

Einflüsse der verschiedenen in der SPD vorhandenen Richtungen, wie der von außen auf die SPD einwirkenden Richtungen – der unter reformistischer Führung stehenden Arbeiterbewegung und der unter dem theoretischen Einfluß der linken Intelligenz stehenden neuen sozialen Bewegungen – finden sich in dem Papier wieder. Daß es beide Strömungen aufnimmt, macht allerdings auch eine starke Seite der „Orientierungen“ aus; z.B. gegenüber den Grünen, die sich schwer tun, elementare Interessen der organisierten Arbeiterbewegung zu unterstützen. Mit dieser starken Seite versucht dann die Kommission auch zu wuchern.

Sich beziehend auf die Thesen Richard Löwenthals äußern sich die unterschiedlichen Richtungen in der SPD im Parteiorgan „Vorwärts“. In den Ausgaben vom 10. und 17.12.81 sind es Löwenthal, von Oertzen, Matthiessen und Meinolf. Abgesehen von den jeweiligen Beteuerungen, die Integrationsfähigkeit der SPD und den sozialen Frieden der BRD am besten gewährleisten zu können, kann man die Stellungnahmen so zusammenfassen: *Richard Löwenthal* beschreibt die Vorteile der Industriegesellschaft und der Arbeitsteilung. Er leitet daraus die Notwendigkeit des „Wachstums“

ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für Sozialdemokraten gleichrangig.“ (S. 5)

Einflüsse der verschiedenen in der SPD vorhandenen Richtungen, wie der von außen auf die SPD einwirkenden Richtungen – der unter reformistischer Führung stehenden Arbeiterbewegung und der unter dem theoretischen Einfluß der linken Intelligenz stehenden neuen sozialen Bewegungen – finden sich in dem Papier wieder. Daß es beide Strömungen aufnimmt, macht allerdings auch eine starke Seite der „Orientierungen“ aus; z.B. gegenüber den Grünen, die sich schwer tun, elementare Interessen der organisierten Arbeiterbewegung zu unterstützen. Mit dieser starken Seite versucht dann die Kommission auch zu wuchern.

Sich beziehend auf die Thesen Richard Löwenthals äußern sich die unterschiedlichen Richtungen in der SPD im Parteiorgan „Vorwärts“. In den Ausgaben vom 10. und 17.12.81 sind es Löwenthal, von Oertzen, Matthiessen und Meinolf. Abgesehen von den jeweiligen Beteuerungen, die Integrationsfähigkeit der SPD und den sozialen Frieden der BRD am besten gewährleisten zu können, kann man die Stellungnahmen so zusammenfassen: *Richard Löwenthal* beschreibt die Vorteile der Industriegesellschaft und der Arbeitsteilung. Er leitet daraus die Notwendigkeit des „Wachstums“
(wenn auch nicht des exponentiellen) ab und lehnt die Vorstellung von wirtschaftlichem Gleichgewicht bei „Nullwachstum“ ab. Für Löwenthal ist die der arbeitsteiligen Industriegesellschaft adäquate politische Form die der repräsentativen Demokratie und er ruft auf, deren „Vorrang vor lokaler und regionaler Selbstverwaltung“ hervorzuheben und zu verteidigen.

Von Oertzen sieht das Interesse der Ökologiebewegung nach menschlicheren Formen des Wohnens, der Nachbarschaft, der Freizeit im demokratischen Sozialismus des Godesberger Programms aufgehoben und erinnert Löwenthal daran, daß es sich bei dieser Industriegesellschaft um die kapitalistische Industriegesellschaft handele, die das Godesberger Programm durch den demokratischen Sozialismus ersetzen wolle.

Nach *Matthiessen* soll der „notwendige ökologische Strukturwandel in unserer Industriegesellschaft im Arbeitsplatzinteresse der Arbeitnehmer (gesteuert werden)“.

Meinolf, der Betriebsrat bei Mannesmann ist, setzt sich ein für Wachstum und Entwicklung der Technik. Er sieht darin keinen Widerspruch zur Ökologiebewegung: „Denn um die nun einmal vorhandenen Umweltprobleme zu lösen, brauchen wir weiterentwickelte Techniken.“ Es müsse eben das richtige Wachstum sein. Meinolf wirft als einziger das Problem des politischen Gegners auf. Als Motiv, die Widersprüche zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung zu überwinden, nennt er: „Auch Arbeitnehmer sind allein viel zu schwach, um überhaupt noch Ziele erreichen zu können. Denn eins haben wir immer gemeinsam: Es sind mächtige Interessen, die den unseren entgegenstehen.“

Die kapitalistische Wirtschaft „Wachstumswirtschaft“?

Gegen wen Umweltschutz, humane Arbeitsplätze und humane Lebensbedingungen verwirklicht werden müssen ist für die „Kommission für Umweltfragen“ und Ökologie kein Thema, außer, daß das nur mit der SPD ginge. Auseinandersetzen muß sich die Kommission allerdings mit dem Problem „Wachstum“ und wie sich zeigen wird zwangsläufig auch mit dem Problem der Staatsmacht und der Demokratie.

Der Versuch der Behandlung der „Wachstumsfrage“ wird im ersten Kapitel „Zum Stand der Ökologiediskussion und Ökologiepolitik“ gemacht. Die SPD-Kommission geht davon aus, daß es sich bei der Wirtschaft der Industrieländer um eine „Wachstumswirtschaft“ handelt. Mit Wachstum ist wahrscheinlich das Wachstum des Bruttosozialproduktes gemeint; denn etwas weiter wird ausgeführt: „Unser bisheriger Maßstab für die Volkswirtschaft (ist dabei) das Wachstum des Bruttosozialproduktes, für den einzelnen die Zunahme seiner Kaufkraft.“ Dieser angebliche Sachverhalt wird kritisiert: „Eine auf Fortsetzung des quantitativen wirtschaftlichen Wachs-

reichen zu können. Denn eins haben wir immer gemeinsam: Es sind mächtige Interessen, die den unseren entgegenstehen.“

Die kapitalistische Wirtschaft „Wachstumswirtschaft“?

Gegen wen Umweltschutz, humane Arbeitsplätze und humane Lebensbedingungen verwirklicht werden müssen ist für die „Kommission für Umweltfragen“ und Ökologie kein Thema, außer, daß das nur mit der SPD ginge. Auseinandersetzen muß sich die Kommission allerdings mit dem Problem „Wachstum“ und wie sich zeigen wird zwangsläufig auch mit dem Problem der Staatsmacht und der Demokratie.

Der Versuch der Behandlung der „Wachstumsfrage“ wird im ersten Kapitel „Zum Stand der Ökologiediskussion und Ökologiepolitik“ gemacht. Die SPD-Kommission geht davon aus, daß es sich bei der Wirtschaft der Industrieländer um eine „Wachstumswirtschaft“ handelt. Mit Wachstum ist wahrscheinlich das Wachstum des Bruttosozialproduktes gemeint; denn etwas weiter wird ausgeführt: „Unser bisheriger Maßstab für die Volkswirtschaft (ist dabei) das Wachstum des Bruttosozialproduktes, für den einzelnen die Zunahme seiner Kaufkraft.“ Dieser angebliche Sachverhalt wird kritisiert: „Eine auf Fortsetzung des quantitativen wirtschaftlichen Wachs-
tums gerichtete Politik setzt jedoch Faktoren voraus, die sich in den letzten Jahren zusehends als problematisch erwiesen haben:

– unbegrenzte Energie- und Rohstoffressourcen
– unbegrenzte Konsummöglichkeiten und Konsumwünsche
– ständig gleichbleibende Aussicht auf unternehmerischen Gewinn
– eine unbegrenzt leistungs- und ausbaufähige Infrastruktur.“

Hier hätte man z.B. gerne erfahren, ob die Kommission die Grenzen der Energieressourcen in der Höhe der Kosten für Öl oder der Investitionen für die Nutzung der Sonnenenergie sieht oder in deren natürlicher Erschöpfbarkeit oder worin sonst. Wenn sinkender unternehmerischer Gewinn wirtschaftliches Wachstum verhindert, wäre dann nicht wenigstens ein Hauch von Kritik am unternehmerischen Gewinn angebracht? Man kann nur erstaunt sein, wenn die Kommission eine Grenze des Wachstums in den längst abgesättigten Konsummöglichkeiten und Konsumwünschen sieht und damit den Gewerkschaften widerspricht, die, wenn schon, dann die aufgrund zu niedriger Löhne nicht absättigbaren Konsumwünsche als Grenze des Wachstums ansehen.

Die „Ökologiepolitischen Orientierungen der SPD“ greifen mit ihrer Kritik am „Wachstum“ eine der Kritiken auf, die aus der Ökologiebewegung heraus an der kapitalistischen Wirtschaft formuliert werden: Die Vermehrung der Gebrauchswerte, der immer größer werdende Umfang der Produktion, die hohe Stufenleiter der Produktion sei die Ursache der Umweltzerstörung.

Diese Kritik wird zwar aufgenommen, aber nicht übernommen und z.B. in Richtung Einschränkung der Produktion praktisch gemacht. Sie stößt sich mit einer anderen Vorstellung, die in der Arbeiterbewegung vorhanden ist und die von der SPD gepflegt wird: Das Wachstum von Wert, die Ausdehnung der Märkte und damit verbunden eine hohe Profitrate schien eine Zeit lang Garantie für Vollbeschäftigung und günstige Arbeitsbedingungen zu sein. Also muß Wachstum sein, damit Arbeitsplätze erhalten werden.

Beide Vorstellungen übersehen oder vergessen, daß der Maßstab der kapitalistischen Wirtschaft nicht einfach Wachstum ist. Wenn schon, dann ist es das Wachstum von Wert in der Hand eines Kapitalisten oder der ganzen Kapitalistenklasse, die Verwertung von Wert durch Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Maßstab der kapitalistischen Wirtschaft ist der Profit des Kapitalisten. Da keine Kritik der kapitalistischen Ausbeutung geführt wird, werden die sich anscheinend ausschließenden Richtungen der Ökologiebewegung und der Arbeiterbewegung in Kompromissen folgender Sorte zusammengeführt: Gegen „das weitere und undifferenzierte Wachstum“. Da kann sich dann jeder denken, was er will. Zudem wird ihm dann noch in Punkt 6, Kapitel I der „Ökologiepolitischen

tion sei die Ursache der Umweltzerstörung.

Diese Kritik wird zwar aufgenommen, aber nicht übernommen und z.B. in Richtung Einschränkung der Produktion praktisch gemacht. Sie stößt sich mit einer anderen Vorstellung, die in der Arbeiterbewegung vorhanden ist und die von der SPD gepflegt wird: Das Wachstum von Wert, die Ausdehnung der Märkte und damit verbunden eine hohe Profitrate schien eine Zeit lang Garantie für Vollbeschäftigung und günstige Arbeitsbedingungen zu sein. Also muß Wachstum sein, damit Arbeitsplätze erhalten werden.

Beide Vorstellungen übersehen oder vergessen, daß der Maßstab der kapitalistischen Wirtschaft nicht einfach Wachstum ist. Wenn schon, dann ist es das Wachstum von Wert in der Hand eines Kapitalisten oder der ganzen Kapitalistenklasse, die Verwertung von Wert durch Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Maßstab der kapitalistischen Wirtschaft ist der Profit des Kapitalisten. Da keine Kritik der kapitalistischen Ausbeutung geführt wird, werden die sich anscheinend ausschließenden Richtungen der Ökologiebewegung und der Arbeiterbewegung in Kompromissen folgender Sorte zusammengeführt: Gegen „das weitere und undifferenzierte Wachstum“. Da kann sich dann jeder denken, was er will. Zudem wird ihm dann noch in Punkt 6, Kapitel I der „Ökologiepolitischen
Orientierungen“ als vorläufiger Abschluß der Erörterung des Problems folgender Balsam gereicht: „Die Sozialdemokratie muß gerade in der Wachstumsfrage noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind nicht die Partei der Apokalypse, wir meinen auch nicht, der geschichtliche Fortschritt sei gesetzmäßig vorgegeben. Wir wollen auch in der Umweltpolitik die Partei der Hoffnung sein, indem wir nicht einer blinden naiven Hoffnung, sondern einer realistischen Zuversicht Raum geben. Besserwisserei und Indoktrination ist nicht unsere Sache, wohl aber Richtungsangabe und Wegweisung. Sozialdemokraten sind mit Ernst Bloch: „Ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern.“

Würde die SPD heute nicht die Kritik am Kapitalismus und an der Kapitalistenklasse scheuen wie der Teufel das Weihwasser, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, den Hauch einer Richtung anzugeben und schemenhaft einen Weg zu weisen, wie das Problem der sich anscheinend gegenüberstehenden Interessen nach Arbeitsplätzen einerseits und Umweltschutz andererseits, an industrieller, kooperativer Arbeit einerseits und nicht entfremdeter, sich selbst verwirklichender Arbeit andererseits theoretisch und praktisch gelöst werden kann.

Daß diese Interessen überhaupt nur als sich widersprechende Interessen erscheinen können, liegt daran, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der gesellschaftliche Stoffwechsel und der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur nur in der Form der Verwertung des Werts stattfinden kann. Der Zweck jeder Produktion, die Befriedigung von Bedürfnissen der Menschen kann in ihr überhaupt nur erfüllt werden, indem der Zweck des Kapitalisten, Profit zu machen, erfüllt wird. Das Interesse an Arbeit kann dem Anschein nach nur durch Ausdehnung der Profitproduktion befriedigt werden („Wirtschaftswachstum“), während Umweltzerstörung anscheinend nur eingedämmt werden kann durch Einschränkung der industriellen Produktion oder gar der Produktion überhaupt („Nullwachstum“).

Weil dieser dem Schein nach vorhandene Widerspruch unaufgeklärt bleibt, stehen dann im Kapitel I der „Ökologiepolitischen Orientierungen“ formulierte – unterstützenswerte – Zielvorstellungen eher als Wahlversprechen da, als als „Richtungsangaben“ und „Wegweiser“ für die kämpfende Bewegung: humane Wohnung, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt, Erforschung der Gefahren für die natürliche und soziale Umwelt, kritischer Dialog, Recht auf Arbeit, ausreichende Versorgung der Menschen mit Nahrung und Kleidung (in dieser Reihenfolge hintereinander).

Ziemlich deutlich arbeitet die Kommission im Kapitel I heraus, daß ohne Mobilisierung der Arbeiterklasse Umweltpolitik scheitern wird. „Von einer Neuorientierung des Wirtschaftens gerade unter umweltpolitischer Zielsetzung hätten die arbeitenden Menschen in den Industrieregionen am meisten zu gewinnen. Sie sind deshalb die unverzichtbare politische Basis einer aktiven Umweltpolitik. Ihre aktive Mitarbeit wird aber nur dann zu gewinnen sein, wenn die Lasten einer Neuorientierung des Wirtschaftens nicht ihnen einseitig aufgebürdet werden.“(S. 7)

Diesem Gedankensprung zwischen „gewinnen“ und „Lasten aufgebürdet bekommen“ kann die Befürchtung zugrunde liegen, daß die Kapitalisten versuchen werden, was sie an konstantem Kapital wegen Umweltschutzauflagen zulegen müssen, an variablem Kapital einzusparen und an Mehrwert vermehrt hereinzuholen. Man kann ihn aber auch im Sinne Löwenthals verstehen, daß die nicht in der industriellen Produktion arbeitenden Schichten sich nicht in „ausufernden Umweltschutzforderungen“ zu Lasten der in der industriellen Produktion arbeitenden ein gemütliches oder auch nur lebenswertes Leben machen sollen. (Was sowieso nicht ginge, was diese Schichten aber auch explizit nicht wollen.)

Liest man weiter, so wird dieses Problem nur aufgeworfen, um es als Argument gegen die selbständige Bewegung auszuspielen. Die Überlegenheit der SPD über die Bürgerinitiativen wird herausgeputzt, indem sie sich auch noch die Gewerkschaften unter den Nagel reißt: „Eine breite Zustimmung und Unterstützung für Umweltziele

zung hätten die arbeitenden Menschen in den Industrieregionen am meisten zu gewinnen. Sie sind deshalb die unverzichtbare politische Basis einer aktiven Umweltpolitik. Ihre aktive Mitarbeit wird aber nur dann zu gewinnen sein, wenn die Lasten einer Neuorientierung des Wirtschaftens nicht ihnen einseitig aufgebürdet werden.“(S. 7)

Diesem Gedankensprung zwischen „gewinnen“ und „Lasten aufgebürdet bekommen“ kann die Befürchtung zugrunde liegen, daß die Kapitalisten versuchen werden, was sie an konstantem Kapital wegen Umweltschutzauflagen zulegen müssen, an variablem Kapital einzusparen und an Mehrwert vermehrt hereinzuholen. Man kann ihn aber auch im Sinne Löwenthals verstehen, daß die nicht in der industriellen Produktion arbeitenden Schichten sich nicht in „ausufernden Umweltschutzforderungen“ zu Lasten der in der industriellen Produktion arbeitenden ein gemütliches oder auch nur lebenswertes Leben machen sollen. (Was sowieso nicht ginge, was diese Schichten aber auch explizit nicht wollen.)

Liest man weiter, so wird dieses Problem nur aufgeworfen, um es als Argument gegen die selbständige Bewegung auszuspielen. Die Überlegenheit der SPD über die Bürgerinitiativen wird herausgeputzt, indem sie sich auch noch die Gewerkschaften unter den Nagel reißt: „Eine breite Zustimmung und Unterstützung für Umweltziele
kann deswegen nur von einer großen politischen Kraft gewonnen werden, die gleichzeitig das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen und sozialen Leistungen repräsentiert: ohne die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist ein solcher Prozeß nicht denkbar.“

So Kurs genommen, wird dann vor Elementen direkter Demokratie nicht nur gewarnt, sondern „Widerstand“ angedroht:

„Der Versuch, Umweltziele nur von der politischen Basis einzelner Gruppen oder Bürgerinitiativen oder mit Hilfe alternativer Listen anzugehen, kann nicht zu einer grundlegenden Änderung der Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten (gemeint ist wohl führen, d. Verf.); er reicht allenfalls zur Verhinderung einzelner umweltgefährdender Projekte. Von Fall zu Fall können solche Initiativen durchaus Bündnispartner einer sozialdemokratischen Umweltpolitik sein. Wenn Einzelne jedoch glauben, zur Lösung der Umweltprobleme die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft opfern zu müssen, so müssen sie mit unserem entschlossenen Widerstand rechnen.“

Praktisch läuft diese Erklärung wahrscheinlich auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einzelnen SPD-Gliederungen hinaus, die sich nämlich auf den Satz, der die Möglichkeiten von Bündnissen offenläßt, beziehen werden. Sie unterscheidet sich nur taktisch von dem Aufruf Löwenthals, die repräsentative Demokratie gegen die tatsächlichen Ansätze und Bestrebungen direkter und umfassender Demokratie zu schützen, die zunehmend von Bürgerinitiativen und Grünen auch gefordert wird.

An einige konkrete Vorschläge kann man anknüpfen

Die SPD muß sich natürlich auf die praktische Bewegung beziehen. Insofern bieten die „Ökologiepolitischen Orientierungen“ Ansatzpunkte für gemeinsames Vorgehen und neuen Raum für Debatten in den Gewerkschaftsgremien. Günstig wäre es gewesen, hätte die Kommission anstelle ihrer prinzipiellen Erklärung zu den Bürgerinitiativen gesagt, daß die SPD mit den Bürgerinitiativen z.B. im Kampf gegen den weiteren Ausbau der Produktion von Elektrizität aus Kernenergie als Bündnispartner zusammengeht. Das wäre eindeutig gewesen. Statt dessen wird kurz über „die Gefahr eines großen Reaktorunfalls (GAU)“ geschwafelt, ansonsten wird „Dezentralisierung der Energieerzeugung und Energieumwandlung“ wie auch von einem Teil der Ökologiebewegung vorgeschlagen.

Indirekt oder unbewußt beziehen sich viele Vorschläge der Kapitel II („Umweltprobleme und Lösungsansätze“) und III („Ökologische Handlungsfelder“) auf die „Forderungen des DGB zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise“ vom März 1981. Siehe dazu auch „Kommunistische Volkszeitung“, Ausgabe 45/81 vom 6.11.81. Vermutlich muß man sich hierzu im Rahmen der Debatte um die Wirtschaftspolitik noch einmal äußern.

Hier soll nur auf zwei Gesichtspunkte eingegangen werden: Die von der Kommission vorgeschlagenen Prinzipien für die Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzgebung und die Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften an den entsprechenden Kontrollbehörden.

In bezug auf Umweltschutzgesetzgebung vertritt die Kommission, daß
– Umweltschutzvorsorge Vorrang vor Umweltschutzsanierung haben soll
– die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden vom Verursacher und nur in Ausnahmefällen vom Staat bezahlt werden sollen
– auf „Kooperation“ in Umweltschutzfragen nicht gehofft werden kann, sondern daß Umweltschutzmaßnahmen durch Gesetz erzwungen werden müssen. (s. S. 18)

Diese Prinzipien sind richtig. Interessant wird es, wenn es um die Durchsetzung solcher Gesetze geht, wie z.B. bei der jetzt zu novellierenden TA-Luft.

Im Hinblick auf die Kontrollbehörden schreibt die Kommission: „Umweltpolitik ist ohne wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht denkbar. Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen

6.11.81. Vermutlich muß man sich hierzu im Rahmen der Debatte um die Wirtschaftspolitik noch einmal äußern.

Hier soll nur auf zwei Gesichtspunkte eingegangen werden: Die von der Kommission vorgeschlagenen Prinzipien für die Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzgebung und die Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften an den entsprechenden Kontrollbehörden.

In bezug auf Umweltschutzgesetzgebung vertritt die Kommission, daß
– Umweltschutzvorsorge Vorrang vor Umweltschutzsanierung haben soll
– die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden vom Verursacher und nur in Ausnahmefällen vom Staat bezahlt werden sollen
– auf „Kooperation“ in Umweltschutzfragen nicht gehofft werden kann, sondern daß Umweltschutzmaßnahmen durch Gesetz erzwungen werden müssen. (s. S. 18)

Diese Prinzipien sind richtig. Interessant wird es, wenn es um die Durchsetzung solcher Gesetze geht, wie z.B. bei der jetzt zu novellierenden TA-Luft.

Im Hinblick auf die Kontrollbehörden schreibt die Kommission: „Umweltpolitik ist ohne wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht denkbar. Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen
sind an den wirtschafts-, umwelt- und technologiepolitischen Entscheidungen zu beteiligen.“ (S. 27) Von der SPD war zu erwarten, daß sie die Eigentumsrechte der Kapitalisten respektiert und die staatliche Kontrolle höher stellt als z.B. ausschließliche Kontrolle allein durch Betriebsräte, beziehungsweise so etwas erst gar nicht in Erwägung zieht. Dennoch, die Frage der Kontrolle ist aufgeworfen. Und wer sollte einen hindern, Kontrollinstanzen allein durch Betriebsräte, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Kommunalvertreter zu fordern. Jedenfalls kann an die folgenden, von der SPD-Kommission formulierten Forderungen in diesem Sinne angeknüpft werden:

„– Die aufgrund des Immissionsschutzgesetzes, des Abfallbeseitigungsgesetzes und des Abwasserabgabengesetzes zu bestellenden Umweltbeauftragten sind zur Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat zu verpflichten. Die Informationspflicht und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Berufung und Abberufung der Umweltbeauftragten ist zu verankern.
– Bei den örtlichen Gewerbeaufsichtsämtern und den Bezirksverwaltungen der Berufsgenossenschaften sind auf Vorschlag der Gewerkschaften hauptamtliche, unabhängige Umwelt- und Arbeitsschutzbeauftragte der Arbeitnehmer zu bestellen …
– Zur Gewährleistung der Öffentlichkeit und zur Unterstützung einer wirksamen Umweltpolitik ist die Mitwirkung der von den Gewerkschaften geforderten Einrichtungen auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden vorzusehen.“ (S. 28)

Eindeutiger Sieg der Reaktion?

Die gymnasiale Oberstufe in Hessen ist „verfassungswidrig"

get.Frankfurt. Unter lautem Applaus der Reaktion hat der Hessische Staatsgerichtshof wesentliche Elemente des hessischen Gesetzes über die Gymnasiale Oberstufe für verfassungswidrig erklärt. Die Hessische Verfassung gewähre den Eltern ein weitergehendes Recht, den schulischen Bildungsgang ihrer Kinder zu bestimmen als das Grundgesetz, das nach einschlägiger Auslegung ein fast uneingeschränktes Monopol des Staates in Schulangelegenheiten festlegt. Hat die Reaktion wirklich Grund zum Jubel? Auf der einen Seite sicherlich: Die Verfassungsrichter – übrigens die gleichen, die auch zur Zeit über die Zulassung des Volksbegehrens zur Startbahn West befinden! – haben in selbstherrlicher Weise die Verfassung „umgelegt" und sich dabei einmal so richtig von der Seele geschrieben, was den reaktionären Kreisen des Bürgertums schon lange an der Schule stinkt.

Daß z.B. das Fach Gemeinschaftskunde vom Ansatz her – die Realität der Lehrpläne sieht schon ganz anders aus – als fachübergreifender politischer Unterricht die Möglichkeit einer kritisch-materialistischen Analyse eröffnet, demgegenüber die christliche Reaktion schon immer den Geschichtsunterricht vorzieht, der die Kontinuität christlich-abendländischer Werte propagiert und politische „Einstellungen" indoktriniert. Und daß die wertvolle deutsche Literatur zu kurz kommt und kaum noch Goethes „Faust" gelesen wird. Und daß das Bildungsniveau sowieso zu niedrig sei – was auch heißen soll, daß zu viele Schüler auf die gymnasiale Oberstufe gehen und ihrem eigenen wertvollen Nachwuchs Konkurrenz machen.

Auf der anderen Seite ist die Kritik des Urteils an der Auflösung der Klassenverbände – die eine weitgehende Atomisierung der Schülerschaft in den Kursen mit sich gebracht hat – ebensowenig spezifisch reaktionär wie das Monieren der Abiturprüfungsordnung, die das Interesse der Schüler an den Bildungsinhalten hinter das permanente Punktesammeln zwangsläufig zurückdrängt. Auch ist nicht die Einschränkung des Staatsmonopols in Schulangelegenheiten reaktionär – im Gegenteil! Reaktionär ist allerdings, die besonderen Forderungen einiger Bourgeois, die da geklagt haben, zu *dem* Elternwillen zu erklären. Wird diese Unterscheidung von den Schülern und den Gewerkschaften nicht getroffen und verteidigen die Gewerkschaften die Staatshoheit dann, und nur dann ist das Staatsgerichtshofurteil tatsächlich der reaktionäre Durchbruch.

Umgekehrt kann das Urteil auch gut ein Eigentor für seine jetzigen Anhänger werden, wenn nämlich die *Mehrheit* der Schüler und Eltern *ihre* Interessen an der schulischen Ausbildung gegenüber dem Staat geltend macht und *für sich* dieses Elternrecht reklamiert!

Brokdorfprozeß: 6 Wochen umsonst verhandelt

Bundesverfassungsgericht rügt unzulässigen Ausschluß der Presse

g.Bremen. Im Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke vor dem Landgericht Itzehoe ist die Pressefreiheit schon mehrfach auf der Strecke geblieben: Gegen einen Fotografen, der seine Bilder nicht der Staatsanwaltschaft rausrücken wollte, beschloß das Amtsgericht umstandslos Beugehaft und danach Durchsuchung bei seinem Anwalt. Mit der Behauptung, es gehe um Mord, einer Zweckluge, die später prompt fallen gelassen wurde, verschaffte sich die Staatsanwaltschaft Zugang zur Fernsehfahndung, gegen den Protest von Redakteuren, die das Manöver durchschauten. Als dem Vorsitzenden Richter Selbmann die Berichterstattung über den Prozeß zu kritisch wurde, entledigte er sich der betreffenden freien Berichterstatter durch die Forderung nach einem Berufsjournalistenpresseausweis. Seit 24.11.81 wird daher in Itzehoe ohne Öffentlichkeit und nur mit geduldeten Journalisten verhandelt.

Drei der ausgeschlossenen Berichterstatter, unterstützt durch Proteste der dju, griffen diese letzte Maßnahme mit der Verfassungsbeschwerde an. Am Dienstag erhielt der Vorsitzende Selbmann Eilpost vom Bundesverfassungsgericht. Dem „sehr geehrten Herrn Kollegen" wurde nahegelegt, „die Strafkammer zu veranlassen, den Fortbestand der angegriffenen Entscheidung zu überprüfen. Denn sie nimmt Verlegern wie verantwortlichen Redakteuren die Möglichkeit, die Gerichtsberichterstattung aus durchaus sachlichen Gründen Personen zu übertragen, die nicht hauptberuflich Journalisten sind. Daß es für diese Beschränkung der Informationsfreiheit einen hinreichend sachlichen Grund gibt, erscheint fraglich."

Zerknirscht kam die Kammer am Dienstag dem Wink von oben nach und änderte ihren Beschluß. Ab 14.1.1982 gilt eine weniger schikanöse Regelung. Für den Grundsatz, daß sich jeder angebliche Berichterstatter ohne anerkannten Presseausweis verdächtig macht, als verkappter einfacher Zuhörer den Angeklagten AKW-Gegnern die immer noch ausgeschlossene Öffentlichkeit ersetzen zu wollen, hält das Gericht fest. Das Bundesverfassungsgericht hatte dafür Verständnis: „Es mag zwar zutreffen, daß im vorliegenden Strafverfahren mit der Anwesenheit nicht hauptberuflich tätiger Journalisten an der Beweisaufnahme gewisse Gefährdungen verbunden sein könnten. Ihnen kann jedoch durch verhältnismäßig milde Mittel entgegengetreten werden", wie zum Beispiel „Nachweis der Echtheit der Unterschrift unter dem Legitimationspapier

christlich-abendländischer Werte propagiert und politische „Einstellungen" indoktriniert. Und daß die wertvolle deutsche Literatur zu kurz kommt und kaum noch Goethes „Faust" gelesen
heit der Schüler und Eltern ihre Interessen an der schulischen Ausbildung gegenüber dem Staat geltend macht und für sich dieses Elternrecht reklamiert!

mann Eilpost vom Bundesverfassungsgericht. Dem „sehr geehrten Herrn Kollegen" wurde nahegelegt, „die Strafkammer zu veranlassen, den Fortbestand der angegriffenen Entscheidung zu überprüfen. Denn sie nimmt Verlegern wie verantwortlichen Redakteuren die Möglichkeit, die Gerichtsberichterstattung aus durchaus sachlichen Gründen Personen zu übertragen, die nicht hauptberuflich Journalisten sind. Daß es für diese Beschränkung der Informationsfreiheit einen hinreichend sachlichen Grund gibt, erscheint fraglich."
Zerknirscht kam die Kammer am Dienstag dem Wink von oben nach und änderte ihren Beschluß. Ab 14.1.1982 gilt eine weniger schikanöse Regelung. Für den Grundsatz, daß sich jeder angebliche Berichterstatter ohne anerkannten Presseausweis verdächtig macht, als verkappter einfacher Zuhörer den Angeklagten AKW-Gegnern die immer noch ausgeschlossene Öffentlichkeit ersetzen zu wollen, hält das Gericht fest. Das Bundesverfassungsgericht hatte dafür Verständnis: „Es mag zwar zutreffen, daß im vorliegenden Strafverfahren mit der Anwesenheit nicht hauptberuflich tätiger Journalisten an der Beweisaufnahme gewisse Gefährdungen verbunden sein könnten. Ihnen kann jedoch durch verhältnismäßig milde Mittel entgegengetreten werden", wie zum Beispiel „Nachweis der Echtheit der Unterschrift unter dem Legitimationspapier

(des Verlegers oder Chefredakteurs)". Das wird kaum ohne Notar abgehen!

Für den Prozeß hat das höchstrichterliche Schreiben weitere schwerwiegende Folgen: Die Strafkammer hat seit dem 24.11.81 bei teilweise unzulässig ausgeschlossener Öffentlichkeit verhandelt, das Verfahren ist in soweit hinfällig und muß wiederholt werden.

Nach einer Pressemitteilung der Verteidiger sind 18 Zeugen und ein Sachverständiger in diesen Tagen vernommen worden, teilweise aus München und Saarbrücken angereist. Wochen, die umsonst waren.

Ungerührt von der Tatsache, daß dies vor allem Wochen der Untersuchungshaft für Michael Duffke waren und sein werden, verkündete Richter Selbmann, daß der Haftbefehl weder aufgehoben noch außer Vollzug gesetzt werde. Für Richter Selbmann ist der Vorwurf, die Angeklagten hätten versucht, den Saarländischen Polizisten Schütt zu töten, „noch nicht ausgeräumt", obwohl das – jedenfalls offiziell – überhaupt nicht angeklagt ist.

In Saarbrücken ist einer wegen vollendeten und versuchten Totschlags angeklagt, den haben sie nicht mal festgenommen, er ist Polizeibeamter und weiter im Dienst.

Blechcontainer und Bohneneintopf

uwd. Zur Premiere gab es Bohneneintopf mit Fleischeinlage, heißen Tee und ein Lunch-Paket für jeden – seit Montag, 4.1.82, werden neuankommende Berber (Nichtseßhafte) in Stuttgart mit Essen und drei Mark Taschengeld gegenüber bis zu 13 DM Bargeld bisher ausbezahlt. Das ist nach dem Bundessozialhilfegesetz das mindeste, die Stadt Stuttgart erfüllt diese Auflage – im Gegensatz zu den allermeisten Städten in der BRD. Entsprechend stark ist der Zustrom bzw. ständige Aufenthalt der Berber, wie sie sich selbst nennen. Kommt in Stuttgart auf 280 Einwohner ein Berber, so in Westberlin auf 390 und in Frankfurt auf 420 Einwohner. Die Landkreise um Stuttgart herum weigern sich beharrlich entsprechende Unterkünfte und Geldmittel zur Verfügung zu stellen, und fordern das Abschieben nach Stuttgart. Als „Notlösung", tatsächlich weil der eigene Etat nicht weiter aufgestockt wurde, wurden dieser Tage auf dem Cannstadter Wasen zehn Blechcontainer (Bild) ohne Inventar, d.h. Stühle, Betten, Tische aufgestellt, die bis zu 100 der auf 400 bis 500 geschätzten Personen ohne jegliche Unterkunft aufnehmen können: Morgens um 9.00 Uhr wird geleert, um 15.00 Uhr ist Essenausgabe, die drei Mark Fahrgeld reichen nicht, um die Straßenbahn zur Ausgabenstelle der Essenmarken bzw. zum Essen hin und zurück bezahlen zu können, das Essen wird im Freien eingenommen. Die Umstellung auf Sachleistung ist ein erster Schritt, einen Teil der insgesamt 2500 Berber in Stuttgart zu vertreiben, der nächste, die Ausquartierung aus Hotels und Pensionen, in denen ein Teil mangels städtischer Unterkünfte eingewiesen wurde, ist im Gespräch. Als ob so dem Alkoholkonsum begegnet werden könnte und andere Städte ihre Mindestleistungen erbringen würden.



und ein Lunch-Paket für jeden – seit Montag, 4.1.82, werden neuankommende Berber (Nichtseßhafte) in Stuttgart mit Essen und drei Mark Taschengeld gegenüber bis zu 13 DM Bargeld bisher ausbezahlt. Das ist nach dem Bundessozialhilfegesetz das mindeste, die Stadt Stuttgart erfüllt diese Auflage – im Gegensatz zu den allermeisten Städten in der BRD. Entsprechend stark ist der Zustrom bzw. ständige Aufenthalt der Berber, wie sie sich selbst nennen. Kommt in Stuttgart auf 280 Einwohner ein Berber, so in Westberlin auf 390 und in Frankfurt auf 420 Einwohner. Die Landkreise um Stuttgart herum weigern sich beharrlich entsprechende Unterkünfte und Geldmittel zur Verfügung zu stellen, und fordern das Abschieben nach Stuttgart. Als „Notlösung", tatsächlich weil der eigene Etat nicht weiter aufgestockt
(Bild) ohne Inventar, d.h. Stühle, Betten, Tische aufgestellt, die bis zu 100 der auf 400 bis 500 geschätzten Personen ohne jegliche Unterkunft aufnehmen können: Morgens um 9.00 Uhr wird geleert, um 15.00 Uhr ist Essenausgabe, die drei Mark Fahrgeld reichen nicht, um die Straßenbahn zur Ausgabenstelle der Essenmarken bzw. zum Essen hin und zurück bezahlen zu können, das Essen wird im Freien eingenommen. Die Umstellung auf Sachleistung ist ein erster Schritt, einen Teil der insgesamt 2500 Berber in Stuttgart zu vertreiben, der nächste, die Ausquartierung aus Hotels und Pensionen, in denen ein Teil mangels städtischer Unterkünfte eingewiesen wurde, ist im Gespräch. Als ob so dem Alkoholkonsum begegnet werden könnte und andere Städte ihre Mindestleistungen erbringen würden.



Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf. „Blockfreiheit, Neutralität und einige Thesen zur gegenwärtigen Diskussion in der westdeutschen Friedensbewegung", Kommunismus und Klassenkampf 12/81. Die Autorin, Elisabeth Weber, hat ihre Teilnahme zugesagt. Haus der Jugend, Deutschherrenufer.
Donnerstag, 14.1.1982, 19.30 Uhr

Hannover
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW, Bezirk Hannover. „Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit – Aufgaben und Probleme alternativer Wirtschaftspolitik". Ort: Silo, Dorotheenstraße
Sonntag, 10.1.1982, 10.00 Uhr

Mannheim
„Krise, Operation '82 und Gewerkschaft", Diskussionsveranstaltung. Gaststätte Rhein-Neckar-Stadion
Freitag, 15.1.1982, 19.30 Uhr

Rundreise einer Vertreterin des PAC (Azania)
Mainz, 18.1., ESG, Am Gonsenheimer Spieß 1; **Frankfurt**, 19.1., 20.00 Uhr, Haus der Jugend; **Bochum**, 20.1.; **Dortmund**, 21.1.; **Bielefeld-Bethel**, 22.1., Haus Bethel
Die Rundreise wird abgeschlossen mit ei-

Tage verschoben werden: *Statt* am 23./24.1. findet das Seminar *jetzt* am *Sa./So., dem 6./7.2.* ab 14.00 Uhr statt. Bis dahin wird der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorliegen.

Arbeitskreis **„Ökologie"**
Wir werden uns mit dem Buch von Lovins: „Sanfte Energie" beschäftigen. Schwerpunkte sind dabei folgende Fragen: Was sind die Motive für die Forderung nach dezentralen Techniken zur Energieproduktion? Inwieweit oder in welcher Hinsicht stimmt das Argument, daß solche Techniken ökonomischer sein sollen als „harte Technologien"?
Beginn: Samstag, 16.1.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 17.1.1982

Arbeitsgruppe **„Gesundheitspolitik"**
Behandelt wird die *ambulante medizinische Versorgung* unter den Gesichtspunkten: Organisationsstruktur und Qualität der ambulanten Versorgung / Regierungspolitik der Kostendämpfung. Kritik daran von seiten der Gewerkschaften und deren Reformvorschläge / Reformvorschläge der Krankenkasse / Alternative Gesundheitskonzepte. Als Diskussionsgrundlage dient: U. Schagen, Ambulante medizinische Versorgung. In: H.-U. Deppe (Hrsg.), Vernachlässigte Gesundheit. Köln 1980 / „Leistung und Finanzierung des Gesundheitswesens in den 80er Jahren", hrsg. v. Wissenschaftl. Institut der Ortskrankenkassen (WIdO-Materialien Bd. 8)/ „Präventive Medizin und Selbstverwaltung" in Kommunismus und

Veranstaltungen
Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf. „Blockfreiheit, Neutralität und einige Thesen zur gegenwärtigen Diskussion in der westdeutschen Friedensbewegung", Kommunismus und Klassenkampf 12/81. Die Autorin, Elisabeth Weber, hat ihre Teilnahme zugesagt. Haus der Jugend, Deutschherrenufer.
Donnerstag, 14.1.1982, 19.30 Uhr
Hannover
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW, Bezirk Hannover. „Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit – Aufgaben und Probleme alternativer Wirtschaftspolitik". Ort: Silo, Dorotheenstraße
Sonntag, 10.1.1982, 10.00 Uhr
Mannheim
„Krise, Operation '82 und Gewerkschaft", Diskussionsveranstaltung. Gaststätte Rhein-Neckar-Stadion
Freitag, 15.1.1982, 19.30 Uhr
Rundreise einer Vertreterin des PAC (Azania)
Mainz, 18.1., ESG, Am Gonsenheimer Spieß 1; Frankfurt, 19.1., 20.00 Uhr, Haus der Jugend; Bochum, 20.1.; Dortmund, 21.1.; Bielefeld-Bethel, 22.1., Haus Bethel
Die Rundreise wird abgeschlossen mit ei-
nem Wochenendseminar am 23./24.1.1982 in Düren, Eucharistisches Zentrum.

Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe I **„Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus"**. Der vorgesehene Termin für das Arbeitsseminar über das Sachverständigengutachten muß aufgrund der Terminüberschneidung mit dem Seminar über Polen (siehe S. 8) um 14

Tage verschoben werden: Statt am 23./24.1. findet das Seminar jetzt am Sa./So., dem 6./7.2. ab 14.00 Uhr statt. Bis dahin wird der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorliegen.
Arbeitskreis „Ökologie"
Wir werden uns mit dem Buch von Lovins: „Sanfte Energie" beschäftigen. Schwerpunkte sind dabei folgende Fragen: Was sind die Motive für die Forderung nach dezentralen Techniken zur Energieproduktion? Inwieweit oder in welcher Hinsicht stimmt das Argument, daß solche Techniken ökonomischer sein sollen als „harte Technologien"?
Beginn: Samstag, 16.1.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 17.1.1982
Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik"
Behandelt wird die ambulante medizinische Versorgung unter den Gesichtspunkten: Organisationsstruktur und Qualität der ambulanten Versorgung / Regierungspolitik der Kostendämpfung. Kritik daran von seiten der Gewerkschaften und deren Reformvorschläge / Reformvorschläge der Krankenkasse / Alternative Gesundheitskonzepte. Als Diskussionsgrundlage dient: U. Schagen, Ambulante medizinische Versorgung. In: H.-U. Deppe (Hrsg.), Vernachlässigte Gesundheit. Köln 1980 / „Leistung und Finanzierung des Gesundheitswesens in den 80er Jahren", hrsg. v. Wissenschaftl. Institut der Ortskrankenkassen (WIdO-Materialien Bd. 8)/ „Präventive Medizin und Selbstverwaltung" in Kommunismus und
Klassenkampf 10/81.
Beginn: Samstag, 23.1.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.1.1982, ca. 16 Uhr

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstr. 147, Tel 0611/730231. Dort ist in jedem Fall eine Anmeldung bis spätestens eine Woche vorher notwendig. Weitere Informationen sind dort ebenfalls zu erhalten.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Gesundheitswesen in China – ideal oder unterentwickelt?

Der Autor absolvierte im Rahmen seines Medizinstudiums ein Praktikum in der VR China

Die Medizinische Hochschule Wuhan gehört nicht zu den vier Schwerpunkthochschulen in China. Doch die Hochschulleitung hat große Ambitionen, nun nach der „Kulturrevolution" erneut als Schwerpunkthochschule von der Zentralregierung anerkannt zu werden. Zweifellos steht die Medizinische Hochschule Wuhan an der Spitze der Gesundheitsversorgung in der Provinz Hubei, die in ihrer Größe mit der BRD vergleichbar ist.

Wuhan ist die Hauptstadt dieser Provinz mit nahezu 4 Mill. Einwohnern, und außer der genannten Hochschule gibt es dort noch die Medizinische Hochschule der Provinz Hubei und eine Hochschule für traditionelle chinesische Medizin. Jede der Medizi-



nischen Hochschulen ist in der Versorgung für eine Anzahl von Bezirken zuständig, in die die Provinz aufgeteilt ist. Der Medizinischen Hochschule Wuhan sind 2 Krankenhäuser angeschlossen mit je 800 Betten und je einer Poliklinik, in denen jeweils pro Tag über 3000 Patienten versorgt werden. Die chinesischen Ärzte selbst sagen von den Kliniken, daß sie auf dem Stand vor dem „Großen Sprung" verblieben sind, also etwa auf dem Niveau von 1955.

Die räumlichen Verhältnisse sind am besten durch eine absolute Enge charakterisiert, was zur Folge hat, daß oft Patienten auf den Fluren liegen oder in einigen Krankenzimmern Männer und Frauen gemeinsam untergebracht sind. In der Regel liegen 8 Patienten auf einem Zimmer, entsprechend dem Schweregrad der Krankheit sind auch 1- bzw. 2-Bett-Zimmer belegbar. Untersuchungszimmer habe ich auf den Krankenstationen nicht gesehen. Zum einen durchlaufen alle Patienten vor der Einweisung die Poliklinik, wo sie erstuntersucht werden, zum anderen kommt es auch häufig vor, daß der Patient im Krankenzimmer untersucht wird. So kann schon räumlich kein Verhältnis von persönlichem Kennenlernen zwischen Arzt und Patienten entstehen. Abgesehen von den instrumentellen Untersuchungen werden die Patienten in der Poliklinik auch gleichzeitig mit 5 oder 6 anderen Patienten untersucht und ihre Anamnese erhoben. Ich hatte in keiner Weise den Eindruck, daß dieses „Arzt-Patient-Verhältnis" für irgend jemanden ein Problem darstellte, zumal es nicht zu ändern gewesen wäre.

Zusätzlich muß man bedenken, daß alle Patienten aufs höchste motiviert sind, wenn sie zur westlichen Medizin gehen. Ausnahmslos wollen sie z.B. operiert werden. Denn die Chinesen gehen zuerst einmal zu einem traditionellen Arzt bzw. einem sogenannten Barfußarzt. Und wenn sie dort nicht erfolgreich behandelt werden konnten, vertrauen sie sich der westlichen Medizin an. Es ist also genau anders herum als bei uns. Dort erfährt man die Grenzen der traditionellen chinesischen Medizin in einer Breite, wie sie hier niemals erfahren werden könnte. Die Grenzen der westlichen Medizin dagegen treten nicht sehr klar zu Tage. Auf dem Lande ist sie tatsächlich kaum vertreten, und dies ist keinesfalls beabsichtigte Politik, sondern wird als Mangel behandelt.

Ca. 800 Mill. Chinesen leben auf dem Land, also mindestens 80% der gesamten Bevölkerung Chinas. So treten die ersten westlich ausgebildeten Ärzte im Kommunekrankenhaus oder gar erst im Kreiskrankenhaus auf den Plan, wo sie im Schnitt zu dritt 30 bis 50 Betten versorgen. Meist ist einer der westlichen Ärzte aus- bzw. umgebildet worden in traditioneller Medizin. In den Polikliniken arbeitet der Großteil der Ärzte, durchschnittlich 10 bis 12 westliche und 3 bis 5 traditionelle Ärzte. So versorgen sie z.B. 25000 bis 30000 Menschen. Dem Kommunekrankenhaus untergeordnet sind die Sanitätsstationen, die jeweils für eine Produktionsbrigade zuständig sind. Dort betreuen meist ein bis zwei Barfußärzte und eine Hebamme ungefähr 30 Familien.

Ich denke, daß es allen Grund gibt, das Barfußarztsystem in China zu entmystifizieren. In der Tat handelt es sich um medizinisches Hilfspersonal, welches 6 Monate in einem Kommunekrankenhaus ausgebildet wird. Ergänzt wird die Ausbildung durch sechswöchige Fortbildungsmaßnahmen in traditioneller und westlicher Medizin. Sie verfügen in ihrer Sanitätsstation über eine traditionelle und eine kleine westliche Apotheke. Hauptsächlich behandeln sie grippale Infekte, Wunden, sie führen Impfungen durch und sind bei Arbeitsverletzungen zur Stelle. Durch sie entsteht ein sehr engmaschiges Gesundheitsnetz, insofern als sie die Familien und die verschiedenen Arbeitsplätze aufsuchen und auch selbst an der produktiven Arbeit zu 10 bis 20% teilnehmen. Es handelt sich also nicht um traditionelle Ärzte, sondern m.E. um Hilfspfleger, die mit einem geringen Maß an medizinischem Verständnis die ländliche Bevölkerung Chinas überhaupt an ein Gesundheitswesen anschließen.

Legte man unsere Maßstäbe zugrunde, so muß man dies auf dem Land als medizinische Unterversorgung bezeichnen, und zwar in qualitativer und personeller Hinsicht. Ohne Zweifel bedeutet dies im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern – und China ist ein Entwicklungsland – einen Riesenfortschritt. Die Chinesen selbst wollen dieses System aber nicht weiterentwickeln und noch mehr Barfußärzte ausbilden, sondern sie legen nun das Schwergewicht auf die Ausbildung an den Hochschulen, um durch erhöhte Ausbildungszahlen die Arztdichte zu steigern. An der Spitze der Behandlungsmöglichkeiten stehen die Universitätskliniken. Die Patienten durchlaufen in der Regel erst die verschiedenen Stationen traditioneller Medizin bzw. Kommune-, Kreis- oder Bezirkskrankenhaus, ehe sie dann in den Hochburgen westlicher Medizin landen. Und das bedeutet für sie die letzte Möglichkeit, therapiert zu werden, wenn man mal von den 10 bis 15% der Kranken absieht, die erfolgreich mit Akupunktur behandelt werden können.

Durch die ungeheure Masse an Menschen und damit an Patienten haben die chinesischen Ärzte die hervorragende Möglichkeit einer empirischen Medizin. Sie können in einem viel größeren und breiteren Maße Erfahrungen sammeln als z.B. Ärzte in der BRD. Sind in der BRD in der Forschung die zu untersuchenden Patientengruppen selten über 50 Mann stark, so gehen in China die Zahlen schnell in die Hunderte und Tausende.

Die Verbindung zwischen westlicher und traditioneller chinesischer Medizin ist allerdings nur punktuell vorhanden, vorherrschend sind gar eine Menge Vorurteile und Ressentiments von seiten der westlich ausgebildeten Ärzte gegenüber der traditionellen Medizin. Die Basis der Kooperation ist eher schmal oder nicht vorhanden. Von den ca. 1200 Ärzten an der Medizinischen Hochschule in Wuhan (Dozenten incl.) sind lediglich acht echte traditionelle Ärzte und 20, die nach einem westlichen Studium in traditioneller Medizin ausgebildet worden sind. Insgesamt muß man davon ausgehen, daß die Richtlinie Maos nicht Wirklichkeit widerspiegelt, sondern ein weit entferntes Ziel markiert, daß der „Barfußarzt" nicht Fixpunkt alternativer Medizin sein kann und daß man sich ein nüchternes Bild von den Problemen und Aufgaben im chinesischen Gesundheitswesen macht.



Tor zum Campus der Medizinischen Hochschule Wuhan

„Wir können den russischen Riesen nicht bezwingen, ohne vereinigt zu sein"

Rundreise einer Vertreterin der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans

Seit drei Wochen bereist eine Vertreterin der *Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans,* Frau Keschwar Kamal, die Bundesrepublik Deutschland. Frau Kamal hält sich seit Oktober in Europa auf und hat seither Frankreich, Belgien und Holland besucht. Sie war Gast auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs und hat dort auch mit Premierminister Mauroy gesprochen. In der Bundesrepublik wird

die erste revolutionäre Frauenorganisation, die ganz bewußt dem nationalen Widerstand dient.

Schon vor drei Jahren setzte sich diese Liga in den ersten Ansätzen zusammen. Sie führte ihre Arbeit, die zum größten Teil im Organisieren der Frauen und Mädchen des Landes bestand, im Untergrund durch. In der Öffentlichkeit gab sie ihr Bestehen im April 1979 bekannt. Damals hatten

Liga unterstützte mit einem Flugblatt die Forderungen dieser Frauen und forderte alle Frauen und Mädchen des Landes auf, sich noch verstärkt in dem nationalen Widerstandskampf zu beteiligen. Dieses Flugblatt kündigte die Gründung der Liga öffentlich an. Damit existierte ein Gegensatz zu den unmoralischen Frauenzusammenschlüssen der Partschamis und Chalkis (d.h. der beiden Fraktionen der herrschen-

Da der Feind so einen heftigen Widerstand nicht erwartet hatte, zeigte er wie üblich wieder einmal seine Grausamkeit und überfiel die wehrlosen Mädchen mit Panzern und Hubschraubern und richtete ein Blutbad an.

Die Liga verteilte ein Flugblatt mit dem Titel „Die Tapferkeit der Töchter unserer Heimat brachte die roten Drachen zum Zittern" und enthüllte das wahre Gesicht des Feindes. Dieses Flugblatt wanderte in der Demonstration von Hand zu Hand. Das in ihm gedruckte Lied wurde zur Hymne Tausender von freiheitsliebenden Mädchen unseres Landes.

Ebenso beteiligte sich der studentische Teil der Liga aktiv an dem gerech-

Die revolutionäre Frauenliga Afghanistans ist eine unabhängige Organisation, die an keine andere gebunden ist. Sie ist entschlossen, ohne zu zögern allen Kräften, die im islamischen nationalen Djebad unseres Landes beteiligt sind und sich um die nationale Einheit bemühen, zur Seite zu stehen.

Die Liga fordert alle Frauen und Mädchen des Landes auf, sich zu organisieren und sich am nationalen Widerstandskampf der Heimat bewußt und aktiv zu beteiligen.

Heute, wo sogar unsere Kinder im Kindergarten gegen den Feind Parolen rufen;
heute, wo unsere Kinder im Bombenhagel des Feindes brennen;
heute, wo unsere Jungen beim angebli-

schlossen mit je 800 Betten und je einer Poliklinik, in denen jeweils pro Tag über 3000 Patienten versorgt werden. Die chinesischen Ärzte selbst sagen von den Kliniken, daß sie auf dem Stand vor dem „Großen Sprung" verblieben sind, also etwa auf dem Niveau von 1955.

Die räumlichen Verhältnisse sind am besten durch eine absolute Enge charakterisiert, was zur Folge hat, daß oft Patienten auf den Fluren liegen oder in einigen Krankenzimmern Männer und Frauen gemeinsam untergebracht sind. In der Regel liegen 8 Patienten auf ei-

nellen Arzt bzw. einem sogenannten Barfußarzt. Und wenn sie dort nicht erfolgreich behandelt werden konnten, vertrauen sie sich der westlichen Medizin an. Es ist also genau anders herum als bei uns. Dort erfährt man die Grenzen der traditionellen chinesischen Medizin in einer Breite, wie sie hier niemals erfahren werden könnte. Die Grenzen der westlichen Medizin dagegen treten nicht sehr klar zu Tage. Auf dem Lande ist sie tatsächlich kaum vertreten, und dies ist keinesfalls beabsichtigte Politik, sondern wird als Mangel behandelt.

tioneller und westlicher Medizin. Sie verfügen in ihrer Sanitätsstation über eine traditionelle und eine kleine westliche Apotheke. Hauptsächlich behandeln sie grippale Infekte, Wunden, sie führen Impfungen durch und sind bei Arbeitsverletzungen zur Stelle. Durch sie entsteht ein sehr engmaschiges Gesundheitsnetz, insofern als sie die Familien und die verschiedenen Arbeitsplätze aufsuchen und auch selbst an der produktiven Arbeit zu 10 bis 20% teilnehmen. Es handelt sich also nicht um traditionelle Ärzte, sondern m.E. um Hilfspfleger, die mit einem gerin-



Tor zum Campus der Medizinischen Hochschule Wuhan

„Wir können den russischen Riesen nicht bezwingen, ohne vereinigt zu sein"

Rundreise einer Vertreterin der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans

Seit drei Wochen bereist eine Vertreterin der *Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans,* Frau Keschwar Kamal, die Bundesrepublik Deutschland. Frau Kamal hält sich seit Oktober in Europa auf und hat seither Frankreich, Belgien und Holland besucht. Sie war Gast auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs und hat dort auch mit Premierminister Mauroy gesprochen. In der Bundesrepublik wird Frau Kamal Kontakte zu den bürgerlichen Parteien aufnehmen; Gespräche mit Brandt, Todenhöfer und Möllemann sind geplant; im Auswärtigen Amt wird sie über die Lage des Widerstandskampfes und insbesondere über die Rolle der Frauen berichten, ebenso auf einem Treffen mit Vertretern des DGB Hessen, verschiedener Einzelgewerkschaften sowie im Gespräch mit den Botschaftern Jugoslawiens, Australiens und Ägyptens. Im Rahmen der Rundreise finden in verschiedenen Städten Großveranstaltungen statt, die durch Pressekonferenzen vorbereitet und propagiert werden.

Bekanntmachung der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans

Die Revolutionäre Frauenliga Afghanistans entstand aus Notwendigkeit der Lage des Landes, insbesondere aus der Notwendigkeit der besseren Führung der Kämpfe der Frauen innerhalb des nationalen Widerstandskampfes.*)

Obwohl sie noch nicht erreicht hat, die Mehrheit der Frauen des Landes in ihren islamischen nationalen Djebad (Kampf) direkt oder indirekt zu führen, ist sie heute aber in der Lage, diese Aufgabe anzugehen. Ihr Ziel ist es, aus all den spontanen und unorganisierten fortschrittlichen Bestrebungen und Kämpfen der Frauen eine Kampfflut zu bilden, die den Feind wie einen Strohhalm vom Boden unserer Heimat wegfegt.

Die revolutionäre Frauenliga Afghanistans ist in der Geschichte des Landes die erste revolutionäre Frauenorganisation, die ganz bewußt dem nationalen Widerstand dient.

Schon vor drei Jahren setzte sich diese Liga in den ersten Ansätzen zusammen. Sie führte ihre Arbeit, die zum größten Teil im Organisieren der Frauen und Mädchen des Landes bestand, im Untergrund durch. In der Öffentlichkeit gab sie ihr Bestehen im April 1979 bekannt. Damals hatten sich zahlreiche trauernde Frauen vor dem Pole-Tscharchi-Gefängnis versammelt, um ihre verhafteten bzw. spurlos verschwundenen Kinder, Schwestern und Brüder zu besuchen bzw. etwas über deren Schicksal zu erfahren. Sie wurden von den russischen Söldnern blutig niedergeschlagen. Die Liga unterstützte mit einem Flugblatt die Forderungen dieser Frauen und forderte alle Frauen und Mädchen des Landes auf, sich noch verstärkt in dem nationalen Widerstandskampf zu beteiligen. Dieses Flugblatt kündigte die Gründung der Liga öffentlich an. Damit existierte ein Gegensatz zu den unmoralischen Frauenzusammenschlüssen der Partschamis und Chalkis (d.h. der beiden Fraktionen der herrschenden „Demokratischen Volkspartei Afghanistans", dem Statthalter der sowjetischen Invasoren, Red.), die die Kultur der Aggressoren und der ehrlosen Landesverräter vertreten. Die revolutionäre Frauenliga – der wahre Vertreter der Frauen Afghanistans – steht für die Frömmigkeit, die Keuschheit, die Liebe zur Heimat sowie die Opferbereitschaft und den Unabhängigkeitswillen der afghanischen Frauen.

Nach der Bekanntgabe des Bestehens der Liga wendeten sich zahlreiche heldenmütige Frauen und Mädchen ihr zu. Aus den Gründen der schon damals herrschenden unvergleichlichen Brutalität wurde die Aufnahme der neuen Mitglieder unter geheimen und verborgenen Methoden durchgeführt.

Die Liga versuchte immer neben dem Organisieren der Frauen und Mädchen und ihrer politischen Weiterbildung auch seelisch auf die direkte Teilnahme in den Kampfaktionen, insbesondere in den Kampffronten vorzubereiten.

In den Widerstandskämpfen der Schülerinnen und Studentinnen hat die Liga eine aktive Rolle gespielt.

Bei diesem Widerstandskampf, der im April 1980 stattfand, zeigten die Aggressoren und ihre Söldner noch einmal ihr wahres Gesicht. Die Mädchen Kabuls, während sie ihre blutgetränkten Kopftücher wie Fahnen hochhielten und ihre Federhalter als Waffen hatten, stürmten den Russen und ihren Söldnern entgegen. Sie zeigten im blutigen Widerstandskampf noch einmal den Willen ihrer Nation.

Da der Feind so einen heftigen Widerstand nicht erwartet hatte, zeigte er wie üblich wieder einmal seine Grausamkeit und überfiel die wehrlosen Mädchen mit Panzern und Hubschraubern und richtete ein Blutbad an.

Die Liga verteilte ein Flugblatt mit dem Titel „Die Tapferkeit der Töchter unserer Heimat brachte die roten Drachen zum Zittern" und enthüllte das wahre Gesicht des Feindes. Dieses Flugblatt wanderte in der Demonstration von Hand zu Hand. Das in ihm gedruckte Lied wurde zur Hymne Tausender von freiheitsliebenden Mädchen unseres Landes.

Ebenso beteiligte sich der studentische Teil der Liga aktiv an dem gerechten Hungerstreik der Universität Kabul, der vom 21. bis 26. Oktober 1980 dauerte. Die Liga brachte durch ein Flugblatt ihre Solidarität mit dieser Aktion zum Ausdruck. Sie enthüllte in diesem Flugblatt auch die Entführung der Jungen, die die Menschenfresser des 20. Jahrhunderts (gemeint sind die Russen und ihre Söldner) durchführen, und verkündete allen Brüdern ihre Meinung und ihre Vorschläge.

Die Liga entlarvte rechtzeitig und ohne jede Angst vor der Grausamkeit der Russen, wo jedes Flugblatt ein Dokument für die Hinrichtung bedeutet, ein Verbrechen, das die Russen in Karte-farwau (Stadtteil von Kabul) begangen. Sie verletzten dabei die Ehre und Würde einer Familie ... Die Liga enthüllte die Tatsachen und verbreitete die Parole: „Schwestern bewaffnet Euch zum Schutz Eurer Ehre und Würde!"

Bei der Durchführung des ersten Jahrestages der russischen Invasion nahm die Liga aktiv teil und war einer der aktiven Organisatoren dieser Veranstaltung. Viele Mitglieder der Liga wurden bei der Flugblätterverteilung und anderen Arbeiten festgenommen und sitzen heute noch in den Gefängnissen.

Die Liga als Organisation veröffentlichte im Sommer 1980 ihre Grundvorstellungen, ihre Aufgaben und eine Satzung, um alle Frauen unserer Heimat über die Ziele und Vorstellungen der Frauenliga zu informieren, damit sie sich bewußt in ihr zusammenschließen.

Die revolutionäre Frauenliga Afghanistans ist eine unabhängige Organisation, die an keine andere gebunden ist. Sie ist entschlossen, ohne zu zögern allen Kräften, die im islamischen nationalen Djebad unseres Landes beteiligt sind und sich um die nationale Einheit bemühen, zur Seite zu stehen.

Die Liga fordert alle Frauen und Mädchen des Landes auf, sich zu organisieren und sich am nationalen Widerstandskampf der Heimat bewußt und aktiv zu beteiligen.

Heute, wo sogar unsere Kinder im Kindergarten gegen den Feind Parolen rufen;
heute, wo unsere Kinder im Bombenhagel des Feindes brennen;
heute, wo unsere Jungen beim angeblichen Militärdienst durch die Russen umgebracht werden, damit wir an jugendlichen Kräften verlieren;
heute, wo unschuldige Töchter unserer Nation auf dem Schulweg von Russen entführt, vergewaltigt und dann grausam umgebracht werden;
heute, wo die Leichen unserer Märtyrer in den Wüsten verfaulen;
und schließlich heute, wo unsere Nation in einen ungerechten Krieg verwickelt worden ist, ist jedes Zögern eine Schande; jedes Gefühl, das unter solchen Bedingungen nicht erwacht, ist das Gefühl eines Tieres oder das eines russischen Aggressors.

Frauen und Mädchen des Landes, organisiert Euch für die Unabhängigkeit des Landes!

*) Frau Kamal berichtete auf der Pressekonferenz in Frankfurt diese Woche, daß die Wurzeln der Liga weiter zurückreichen. 1976 hatten Frauen, Studentinnen und Intellektuelle, eine Organisation gegründet und den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen – im Rahmen der Geschichte und Kultur Afghanistans – aufgenommen, d.h. insbesondere gegen die Mehrehe, für eine gleichberechtigte Partnerwahl, für das Wahlrecht sowie das Recht und die Möglichkeiten selbständiger Beratung und Organisierung der Frauen, gegen den Analphabetismus und für bessere Ausbildungsmöglichkeiten.

Bis jetzt war die Liga vor allem in den Städten aktiv. Sie strebt aber an, auch in den befreiten Gebieten durch Krankenpflegedienste und Hilfe für die Familien den bewaffneten Kampf zu unterstützen, an dem sich die Frauen bis jetzt nicht unmittelbar beteiligen – was sie aber für die Zukunft nicht ausschließen.

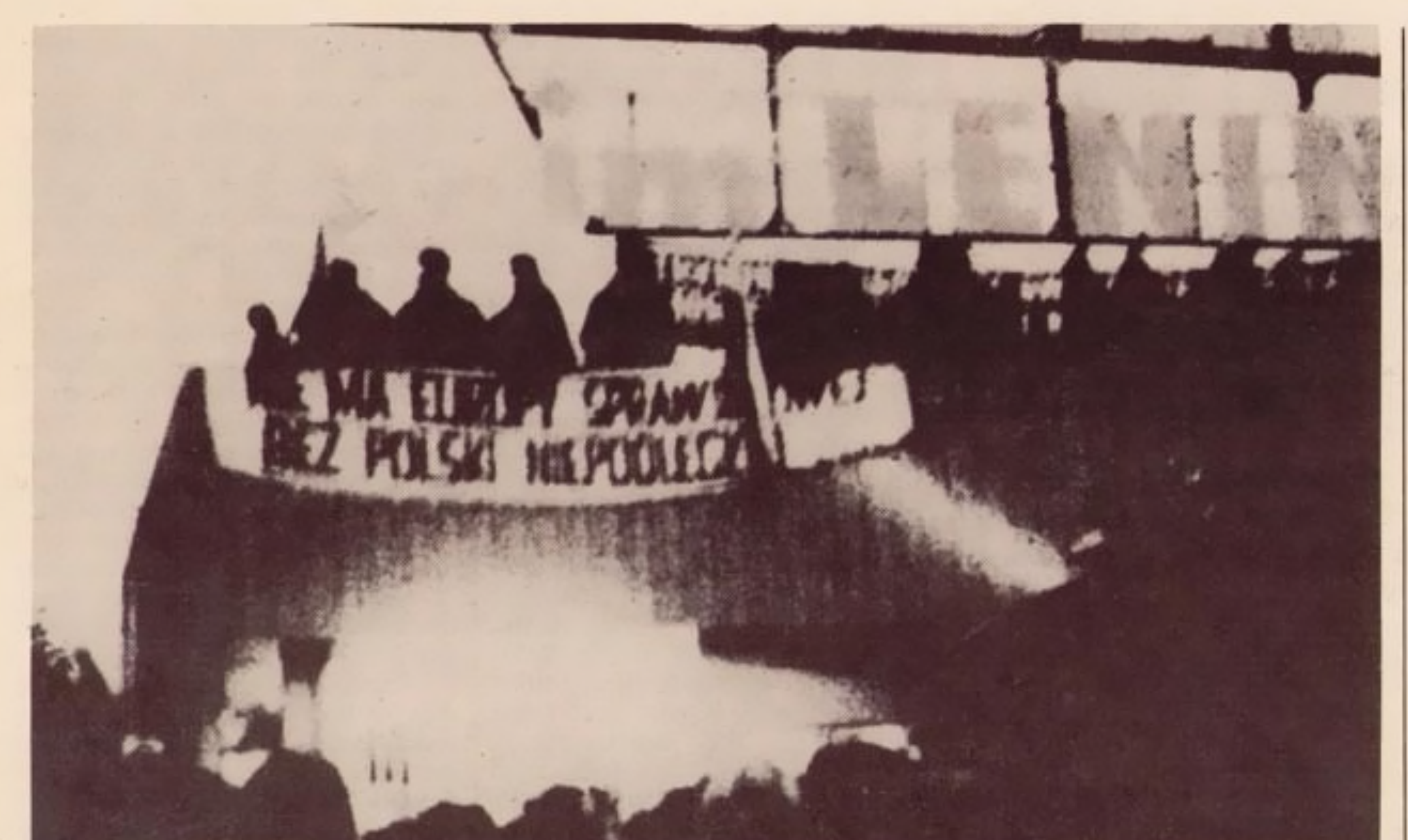
Die Liga sieht zwischen der Gleichberechtigung der Frauen und der ursprünglichen Lehre des Islam keinen Widerspruch, wenngleich das in der Geschichte von Machthabern (Männern) oft anders interpretiert wurde. Sie bekämpft die konservativen und reaktionären islamischen Fundamentalisten, die vielfach in Pakistan sitzen und nur auf ihre Chance, die Macht an sich zu reißen, warten, und sie hat ebensowenig etwas mit den Frauenorganisationen im Iran gemein, wo die Frauen unter dem Khomeiny-Regime weiterhin unterdrückt werden.

Bislang sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Bremen, 12.1., Überseemuseum, Hamburg, 16.1., Amerikahaus; Frankfurt, Ende Januar; Köln, 28.1.; Berlin und Karlsruhe, Anfang Februar 1982.

Die Revolutionäre Liga der Frauen Afghanistans kann bei der Betreuung der Familien von politischen Gefangenen durch eine Geldspende unterstützt werden. Spenden auf das Kto Nr. 49000870, BLZ 38050000 bei der Sparkasse Bonn.

Kontaktadresse für Rückfragen, Interviews, evtl. weitere Veranstaltungen o.ä.:
FASA (Föderation afghanischer Studenten im Ausland), Postfach 210920, 7500 Karlsruhe



„Kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen" – Das letzte Transparent der Lenin-Werftarbeiter in Gdańsk, bevor die Miliz zum Sturm antrat

Ein Augenzeugenbericht aus Danzig

Am Montag war die Armee vor den Werften aufgefahren, jedoch keine schweren Panzer, sondern nur Schützenpanzer. Die Kinder spielten im Schnee. Leute boten den Soldaten Tee und heiße Suppe an. Einige hatten Blumen in die Läufe der Kanonenrohre und Maschinengewehre gesteckt ... Die Arbeiter waren im Innern der Werft und die Stimmung schien mir entspannt zu sein. Am Montagabend lösten die Panzer der Miliz die Armee ab. Ich habe gehört, daß 53 Armeeoffiziere bei dieser Gelegenheit festgenommen worden seien, aber ich kann das nicht bestätigen.

Am Dienstagmorgen wurde ich von acht Hubschraubern geweckt, die über der Werft ihre Runden drehten. Gegen neun Uhr, als ich das Hotel verlassen hatte, fuhr ein Panzerkonvoi durch die Straße. Sie zogen zehn Minuten lang an mir vorbei. Die Miliz hatte einen Teil der Werften eingeschlossen, aber einige Gebäude wurden immer noch von den Arbeitern besetzt gehalten, unter denen sich auch, wie man mir sagte, drei Führer von Solidarność befanden. Vor den Gittern standen immer noch sehr viele Leute. Die Miliz gab ständig über Lautsprecher Anweisungen, sicher, um die Menge zu zerstreuen. Am Dienstagabend fand vor dem Werftgelände um das Denkmal für die Ereignisse von 1970 eine Messe statt. Etwa 30000 Personen nahmen daran teil.

Am Mittwoch gab es die ersten Auseinandersetzungen. Um neun Uhr, als

und heiße Suppe an. Einige hatten Blumen in die Läufe der Kanonenrohre und Maschinengewehre gesteckt ... Die Arbeiter waren im Innern der Werft und die Stimmung schien mir entspannt zu sein. Am Montagabend lösten die Panzer der Miliz die Armee ab. Ich habe gehört, daß 53 Armeeoffiziere bei dieser Gelegenheit festgenommen worden seien, aber ich kann das nicht bestätigen.

Am Dienstagmorgen wurde ich von acht Hubschraubern geweckt, die über der Werft ihre Runden drehten. Gegen neun Uhr, als ich das Hotel verlassen hatte, fuhr ein Panzerkonvoi durch die Straße. Sie zogen zehn Minuten lang an mir vorbei. Die Miliz hatte einen Teil der Werften eingeschlossen, aber einige Gebäude wurden immer noch von den Arbeitern besetzt gehalten, unter denen sich auch, wie man mir sagte, drei Führer von Solidarność befanden. Vor den Gittern standen immer noch sehr viele Leute. Die Miliz gab ständig über Lautsprecher Anweisungen, sicher, um die Menge zu zerstreuen. Am Dienstagabend fand vor dem Werftgelände um das Denkmal für die Ereignisse von 1970 eine Messe statt. Etwa 30000 Personen nahmen daran teil.

Am Mittwoch gab es die ersten Auseinandersetzungen. Um neun Uhr, als
ich zur Arbeit ging, hatte sich eine riesige Menschenmasse in der Umgebung der Werften versammelt, vor allem Jugendliche. Als ich gegen 14 Uhr in mein Hotel zurückkehren wollte, waren die Straßenbahnlinien umgeleitet worden. Die Straßen waren voller Tränengas. Als die Straßenbahn über eine Anhöhe fuhr, konnte ich auf dem Dach des Bahnhofs Demonstranten sehen. In der gesamten Umgebung der Werften gab es Kämpfe. Ich habe weder am Mittwoch noch am Donnerstag einen einzigen Schuß gehört, aber nach den Informationen, die ich erhalten konnte, gab es bei den Demonstranten 300 Verletzte und etwa 10 bei den Milizangehörigen, unter denen sich, wie man mir versicherte, sowjetische Soldaten befanden.

Als ich am Mittwochabend in das Hotel zurückkehrte, traf ich drei junge Aktivisten von Solidarność, die mir ein Flugblatt gaben, in dem es hieß, der Kampf müsse bis zum Ende weitergehen und man müsse eine geheime Armee aufbauen, um den Kampf weiterzuführen. Am Donnerstag begannen die Auseinandersetzungen sehr früh. Schon während der Nacht war man durch Panzer geweckt worden, die nach Gdynia unterwegs waren, wo es, wie es hieß, Aufstände gab.

Was mich auch überrascht hat, ist die Art und Weise, wie Solidarność sich trotz des Kriegszustandes zu organisieren wußte. Jeden Tag wurden neue Flugblätter in den Straßen verteilt. Die Polen fürchten die Miliz sehr, aber einige gingen dennoch unter den Milizangehörigen auf und ab, als wären sie es gewohnt. Abends sah man Menschen noch nach der Ausgangs-

Dach des Bahnhofs Demonstranten sehen. In der gesamten Umgebung der Werften gab es Kämpfe. Ich habe weder am Mittwoch noch am Donnerstag einen einzigen Schuß gehört, aber nach den Informationen, die ich erhalten konnte, gab es bei den Demonstranten 300 Verletzte und etwa 10 bei den Milizangehörigen, unter denen sich, wie man mir versicherte, sowjetische Soldaten befanden.

Als ich am Mittwochabend in das Hotel zurückkehrte, traf ich drei junge Aktivisten von Solidarność, die mir ein Flugblatt gaben, in dem es hieß, der Kampf müsse bis zum Ende weitergehen und man müsse eine geheime Armee aufbauen, um den Kampf weiterzuführen. Am Donnerstag begannen die Auseinandersetzungen sehr früh. Schon während der Nacht war man durch Panzer geweckt worden, die nach Gdynia unterwegs waren, wo es, wie es hieß, Aufstände gab.

Was mich auch überrascht hat, ist die Art und Weise, wie Solidarność sich trotz des Kriegszustandes zu organisieren wußte. Jeden Tag wurden neue Flugblätter in den Straßen verteilt. Die Polen fürchten die Miliz sehr, aber einige gingen dennoch unter den Milizangehörigen auf und ab, als wären sie es gewohnt. Abends sah man Menschen noch nach der Ausgangs-
sperre auf den Straßen. Die Polen, mit denen ich Kontakt hatte, machten auf mich nicht den Eindruck, als wären sie verzweifelt oder resigniert.

Zentrales Seminar über Polen

Dies Seminar wird veranstaltet vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność".

Wir versuchen, für die Veranstaltung eine Reihe sachkundiger Referenten zu gewinnen.

Vier Themenkomplexe sollen nacheinander behandelt werden:

- Kann das Regime die Krise lösen? – Systemursachen der Krise des „realen Sozialismus" – Staatsmonopol und „führende Partei"
- Waren die Programmziele von Solidarność realistisch oder unrealistisch, fortschrittlich oder reaktionär? – Die Strategie der „Selbstbeschränkung" und der Putsch – Arbeiterselbstverwaltung und politische Macht
- Bonapartismus des Generals Jaruzelski, oder Militäraktion des Warschauer Pakts in polnischer Uniform? – Armee, Miliz und Gewerkschaft – Zur Militarisierung der Gesellschaften Osteuropas
- Führt Polen zur Weltkrise – und wer wäre schuld? Wie kann der Kampf gegen die Militärdiktatur unterstützt werden – Boykott oder Hilfe?

Zeit: 23./24. Januar
Ort: Frankfurt, Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
ANMELDUNG unbedingt nötig wegen Schlafgelegenheiten, Verpflegung, evtl. auch der Raumgröße. Schriftlich

und Initiativen „Solidarität mit Solidarność".

Wir versuchen, für die Veranstaltung eine Reihe sachkundiger Referenten zu gewinnen.

Vier Themenkomplexe sollen nacheinander behandelt werden:
● Kann das Regime die Krise lösen? – Systemursachen der Krise des „realen Sozialismus" – Staatsmonopol und „führende Partei"
● Waren die Programmziele von Solidarność realistisch oder unrealistisch, fortschrittlich oder reaktionär? – Die Strategie der „Selbstbeschränkung" und der Putsch – Arbeiterselbstverwaltung und politische Macht
● Bonapartismus des Generals Jaruzelski, oder Militäraktion des Warschauer Pakts in polnischer Uniform? – Armee, Miliz und Gewerkschaft – Zur Militarisierung der Gesellschaften Osteuropas
● Führt Polen zur Weltkrise – und wer wäre schuld? Wie kann der Kampf gegen die Militärdiktatur unterstützt werden – Boykott oder Hilfe?

Zeit: 23./24. Januar
Ort: Frankfurt, Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
ANMELDUNG unbedingt nötig wegen Schlafgelegenheiten, Verpflegung, evtl. auch der Raumgröße. Schriftlich
an: Kühl, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M.

Flugblatt von Solidarność

„Die Kollaboration verweigern"

„Wir stehen heute vor der Wahl zwischen Opposition und Kapitulation. Für jene, die ersteren Weg gehen wollen, geben wir folgenden Rat:

1. Im Falle eines Streiks bleibe bei den Arbeitern. Bilde kein Streikkomitee. Es darf keine Führungspersönlichkeiten geben.
2. In allen Deinen Beziehungen zu den Behörden mußt Du naiv sein. Du weißt von nichts. Du bist nicht auf dem laufenden.
3. Solidarität muß an jedem Arbeitsplatz präsent bleiben. Laß Dich also nicht durch unüberlegte Mutaktionen dumm eliminieren.
4. Nimm an Deinem Nächsten keine Rache. Dein Feind ist der Milizionär, der übereifrige Angestellte, der Kollaborateur.
5. Arbeite langsam. Kritisiere Unordnung und mangelnde Effizienz der Chefs. Überlasse alle Entscheidungen den Militärkommissaren und den Kollaborateuren. Überschwemme sie mit Fragen. Teile ihnen Deine Zweifel mit. Denke nicht an ihrer Stelle: spiel den Dummen.
6. Komme den Entscheidungen der Militärkommissare und der Kollaborateure nicht durch eine unterwürfige Haltung zuvor. Sie sind da, um die schmutzige Arbeit zu erledigen. Damit schaffst Du um die Schweine einen Leerraum, und wenn Du sie derartig mit Fragen über Nebenprobleme überschwemmst, führst Du einen Zerfall der Militär- und Polizeimaschine herbei.
7. Befolge auch die idiotischsten Anweisungen auf den Buchstaben genau. Versuche nicht, Probleme zu lösen. Überlasse das den Militärs und den Kollaborateuren, denn die Idiotie der Bestimmungen ist Dein sicherster Verbündeter. Gleichzeitig vergiß nicht, jederzeit Deinem Arbeitskameraden oder Deinem Nachbarn zu helfen, ohne Dich um die Bestimmungen zu kümmern.
8. Wenn ein Schwein Dir befiehlt, die Bestimmungen zu mißachten, so verlange einen schriftlichen Befehl. Sei weinerlich. Zieh die Sache in die Länge, und früher oder später wird der Militärkommissar Ruhe haben wollen. Das aber ist der Anfang vom Ende der Diktatur.
9. Nimm so oft wie möglich Krankenurlaub oder nimm Dir frei, um Dich um Deine Kinder zu kümmern.
10. Boykottiere in Deinen Privatbeziehungen offen die Kollaborateure und die Schweine.
11. Hilf den Familien der Festgenommenen, der Verwundeten, aller Opfer.
12. Gründe in Deinem Betrieb eine Kasse für sozialen Beistand.
13. Nimm aktiven Anteil an der Mund-zu-Mund-Propaganda. Gib alle Informationen über die Lage und Aktionen des Widerstands weiter.
14. Male Slogans an die Wände. Klebe Plakate, verteile Flugblätter und unabhängige Schriften, aber verliere nie aus dem Auge, daß die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden müssen.
15. Behalte bei Deiner Tätigkeit stets zwei Prinzipien im Kopf: Ich muß nicht mehr wissen als notwendig. Und: Das wichtigste ist heute der Kampf für nationale Befreiung, Aufhebung des Kriegszustands und Respektierung der persönlichen und gewerkschaftlichen Freiheiten."

Gesichtspunkte zur Lage in Polen

Welche Chancen hat das Militärregime, die Lage zu stabilisieren, welche Chancen hat der Widerstand

Von Gerd Koenen

Nachdem die letzten bestreikten Großbetriebe gewaltsam geräumt worden sind und nach drei Wochen ihren Betrieb wieder aufgenommen haben (ganz unklar allerdings bis jetzt, in welchem Umfang tatsächlich), ist es nun unzweifelhaft, daß der Militärputsch in Polen sein erstes Ziel erreicht hat. Natürlich zeigt die Tatsache, daß noch immer das ganze soziale Leben gewaltsam unterbrochen werden muß – Personen- und Güterverkehr ebenso wie Telex- und Telefonverbindungen zwischen den Städten und Betrieben liegen still, nächtliche Ausgangssperre herrscht, Universitäten und Fachschulen sind geschlossen –, daß von einer wirklichen „Normalisierung" der Lage kaum die Rede sein kann.

Dennoch, der Putsch hat zunächst gesiegt, die polnische Arbeiter- und Volksbewegung hat einen schweren Rückschlag erlitten. Es wird, außer im Fall einer internationalen Zuspitzung, keine schnellen Entwicklungen geben, sondern im Gegenteil ein stummes, langwieriges Hängen und Würgen, ohne große Taten auf einer der beiden Seiten.

Das macht es umso notwendiger, die wesentlichen Elemente unserer Einschätzung der Klassenkämpfe in Polen zu überprüfen; einschließlich natürlich denen, die unsere Berichterstattung in der KVZ bestimmt haben. Im folgenden einige erste Antworten dazu, mit unbestreitbar spekulativem Charakter.

Hat „Solidarność" die Revolution verschlafen?

Zwei Dinge haben die Strategie der Bewegung in Polen immer bestimmt: einerseits die Notwendigkeit einer „Selbstbeschränkung" der Revolution, wegen der Garantie des Regimes und der herrschenden Sozialordnung durch die Sowjetunion, in deren Imperium Polen ein geostrategisches Schlüsselglied ist; andererseits die Möglichkeit, einen breiten nationalen Kompromiß anzusteuern, bis hin zu reformbereiten Teilen der Staats- und Parteiführung – wenigstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich eine breite, unzerstörbare gesellschaftliche Bewegung konstituiert hätte.

Es ist offensichtlich, daß die Führung von „Solidarność" die Möglich-

keine schnellen Entwicklungen geben, sondern im Gegenteil ein stummes, langwieriges Hängen und Würgen, ohne große Taten auf einer der beiden Seiten.

Das macht es umso notwendiger, die wesentlichen Elemente unserer Einschätzung der Klassenkämpfe in Polen zu überprüfen; einschließlich natürlich denen, die unsere Berichterstattung in der KVZ bestimmt haben. Im folgenden einige erste Antworten dazu, mit unbestreitbar spekulativem Charakter.

Hat „Solidarność" die Revolution verschlafen?

Zwei Dinge haben die Strategie der Bewegung in Polen immer bestimmt: einerseits die Notwendigkeit einer „Selbstbeschränkung" der Revolution, wegen der Garantie des Regimes und der herrschenden Sozialordnung durch die Sowjetunion, in deren Imperium Polen ein geostrategisches Schlüsselglied ist; andererseits die Möglichkeit, einen breiten nationalen Kompromiß anzusteuern, bis hin zu reformbereiten Teilen der Staats- und Parteiführung – wenigstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich eine breite, unzerstörbare gesellschaftliche Bewegung konstituiert hätte.

Es ist offensichtlich, daß die Führung von „Solidarność" die Möglich-
keit zu einem solchen Kompromiß letztlich überschätzt und die Möglichkeiten der andern Seite, einen solchen Schlag unter Einbeziehung der Armee zu führen, unterschätzt hat. Man wird wohl auch sagen können, daß wir diese Illusion mit ihr geteilt haben (ich jedenfalls). Das betrifft vor allem den Patriotismus der Armeeführung um Jaruzelski – der, wenn es ihn gibt, sich aus sozialen Machtinteressen heraus jetzt jedenfalls gegen das eigene Volk gewandt hat, und darin ganz dem imperialen Interesse der sowjetischen Machthaber entsprochen hat. Später mag sich ja noch einmal herausstellen, daß da keine völlige Interessenidentität besteht (ohnehin sind ja wohl etliche Offiziere arrestiert). Aber wen interessiert das jetzt schon? Spontan wurde die Verhängung des Belagerungszustands durch die eigenen Generäle in der Bevölkerung als „Okkupation" bezeichnet. Und das will in Polen etwas heißen.

Der Putsch in Polen hat eins allgemein deutlich gemacht: in den Ländern des „realen Sozialismus" ist das absolute politische Monopol unmittelbare Existenzbedingung der Ausbeuter des Staatsmonopols an den Produktionsmitteln. Für eine selbst bescheidene „bürgerliche" Demokratie, für unabhängige Gewerkschaften, oder auch nur für eine tatsächliche Dezentralisierung der Wirtschaft ist kaum ein Spielraum. Das östliche Staatsmonopol kann selbst solche begrenzten Widersprüche weit schwerer ertragen als die fester im Sattel sitzenden Privatkapitalisten des Westens.

Die Revolution in Osteuropa wird also ganz eigene Wege herausfinden müssen; und darin ist die polnische Arbeiter- und Volksbewegung, gerade auch durch ihre Niederlagen hindurch, am weitesten fortgeschritten. Die Organisationsformen und programmatischen Ziele, die „Solidarność" seit dem letzten Sommer entwickelt hat, waren historisch ein Siebenmeilenschritt vorwärts; und die kommende Bewegung wird an diesem fortgeschrittenen Punkt weitermachen können.

Welche Stellung nimmt die polnische Armee nun wirklich ein?

Zweifellos war die „Operation Kanarienvogel" in den Stäben des Warschauer Paktes sorgsam durchgesprochen; und die landläufige Meinung in Polen, daß vielfach Russen in polnischen Uniformen dabei waren, spiegelt zumindest die reale Tatsache wieder, daß zahlreiche bewaffnete Organe in Polen direkt von sowjetischen Militär- und KGB-Kadern infiltriert und geführt sind.

Das scheinbar unerschütterliche Vertrauen der polnischen Gewerkschafter in ihre Soldaten, die schon nicht auf sie schießen würden, war dennoch nicht einfach aus der Luft gegriffen. Die Wehrpflichtarmee ist zwar überall im Zuge des Kriegsrechts mobilisiert worden; Soldaten schieben an allen Ausfallstraßen jetzt seit drei Wochen zermürbende Wach- und Patrouillendienste. Aber trotz Standrecht für die Soldaten hat es offenbar Meuterei selbst großer Truppenteile gegeben, wo sie direkt gegen die Arbeiter eingesetzt werden sollten. Allerdings nur passive Meuterei: ein doppeltes internes Spitzel- und Unterdrückungssystem aus Parteizellen und Befehlsstrukturen verhindert offene Auflehnung.

Die Schmutzarbeit haben für den Militärrat zwei mit modernem Kriegsgerät, einschließlich Panzern, Helikoptern etc. ausgerüstete Sondertruppen geleistet: die „Motorisierte Division der Miliz" (ZOMO), die auf die Niederschlagung von Straßenunruhen und Streiks spezialisiert ist; und die „Internen Verteidigungstruppen" (WOW), die eine 56000 Mann starke, regelrechte Bürgerkriegsarmee sind.

Unwiderruflich ist nun eins geschehen: die Armee ist voll in die gesell-

Polen direkt von sowjetischen Militär- und KGB-Kadern infiltriert und geführt sind.

Das scheinbar unerschütterliche Vertrauen der polnischen Gewerkschafter in ihre Soldaten, die schon nicht auf sie schießen würden, war dennoch nicht einfach aus der Luft gegriffen. Die Wehrpflichtarmee ist zwar überall im Zuge des Kriegsrechts mobilisiert worden; Soldaten schieben an allen Ausfallstraßen jetzt seit drei Wochen zermürbende Wach- und Patrouillendienste. Aber trotz Standrecht für die Soldaten hat es offenbar Meuterei selbst großer Truppenteile gegeben, wo sie direkt gegen die Arbeiter eingesetzt werden sollten. Allerdings nur passive Meuterei: ein doppeltes internes Spitzel- und Unterdrückungssystem aus Parteizellen und Befehlsstrukturen verhindert offene Auflehnung.

Die Schmutzarbeit haben für den Militärrat zwei mit modernem Kriegsgerät, einschließlich Panzern, Helikoptern etc. ausgerüstete Sondertruppen geleistet: die „Motorisierte Division der Miliz" (ZOMO), die auf die Niederschlagung von Straßenunruhen und Streiks spezialisiert ist; und die „Internen Verteidigungstruppen" (WOW), die eine 56000 Mann starke, regelrechte Bürgerkriegsarmee sind.

Unwiderruflich ist nun eins geschehen: die Armee ist voll in die gesell-
schaftliche Auseinandersetzung hineingezogen und befindet sich im Zustand der latenten Spaltung, die akut werden muß, wenn es dem Regime nicht in absehbarer Zeit gelingt, die Lage tatsächlich zu „normalisieren", die Wirtschaftskrise zu überwinden und die Widerstandsbewegung entscheidend zu treffen.

Kann das Regime die Krise bereinigen?

Das erscheint zunächst fast undenkbar. Die für den 1. Januar geplante Wirtschaftsreform nach ungarischem Muster ist bis auf weiteres verschoben; nur eine Viertelreform nach sowjetischem Vorbild, die die Eigenrechnung der Betriebe insofern stärkt, als sie die Industriepreise für Roh- und Brennstoffe ihren realen Produktionspreise annähert, und gleichzeitig auch die Verkaufspreise für zahlreiche Lebensmittel, Verbrauchsgüter und Dienstleistungen drastisch erhöht (bis zum Vierfachen!), ist in Kraft getreten. Generell erscheint jede Wirtschaftsreform, die den Namen verdient, mit dem straffen Zentralismus der Militäradministration unvereinbar. Das allgemeine Hemmnis jeder Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Ländern des „realen Sozialismus", die Frage *„Wofür arbeiten?"*, kann so sicher nicht beseitigt werden. Dazu kommt, daß die besten Kräfte der Arbeiterschaft in den Internierungslagern sitzen. Ingenieure, leitende Techniker und Fabrikdirektoren, die mit den provisorischen Selbstverwaltungsorganen und der Gewerkschaft zusammengearbeitet haben,

werden zahlreich entlassen. In Scharen sind Fachkräfte in den Westen emigriert. Schriftsteller, Künstler, die übergroße Mehrheit der Intelligenz wird, wenn nicht offenen Protest, dann die innere Emigration wählen. Mit wem also will Jaruzelski seinen „Neuanfang" machen?

Aber was auf lange Sicht schwerlich gut gehn kann, kann auf kurze Sicht doch nicht ganz ausgeschlossen werden. Angesichts des Zusammenbruchs eines Großteils der gesellschaftlichen Produktion und des Austauschs überhaupt mag es dem Auge vielleicht doch schon als die proklamierte „Wiederherstellung der Ordnung" erscheinen, wenn es nur gelingt, auf noch so niedrigem Niveau einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf überhaupt in Gang zu setzen. Und mit einer Kombination von Hunger und militärischem Zwang könnte das vielleicht doch gelingen. Das Regime wird auf die Müdigkeit und den reinen Überlebensinstinkt der Menschen spekulieren, und auf die tiefe Demoralisierung, die der plötzliche Abgang der „Solidarität" von der Gesellschaftsbühne vielfach bewirken mag.

Das Geheimnis der leergefegten Staatsläden in Polen lag ja zum guten Teil darin, daß die Waren selbst die Funktion des wertlos gewordenen Geldes einnahmen. Jeder hortete, was er kriegen konnte, um es Ware gegen Ware für anderes, was nicht erhältlich war, einzutauschen. Das war nicht nur im Austausch zwischen Bauern und städtischen Arbeitern so, sondern in immer größem Umfang auch innerhalb der städtischen Bevölkerung. Es ist klar, daß dies zu einem immer enger werdenden Zirkel wird; und das Regime wird ihn nun gewaltsam zu sprengen versuchen. Die Preiserhöhungen entwerten die „überschüssige Kaufkraft" der Löhne radikal; andererseits sollen begehrte Waren zum Teil über die Betriebe an die loyalen Arbeiter ausgegeben werden. Der unlizensierte freie Handel der Bauern wird untersagt, mit Strafandrohung die Zwangsablieferung vollstreckt. Man scheint die Geißeln der verschiedenen Ausbeutungsformen kombinieren zu wollen. So dürfte die rudimentäre Wirtschaftsreform, außer den Preiserhöhungen, vor allem zahlreiche Betriebsschließungen und damit ein weiteres Anschwellen der ohnehin schon vorhandenen Arbeitslosigkeit mit sich bringen, als dem noch fehlenden sozialen Zwangshebel zur Herstellung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben, in denen die Plätze der Verhafteten unbesetzt sind.

Welche „politische Lösung" soll dem entsprechen?

Exponenten verschiedener Parteiflügel scheinen an die Ausarbeitung eines Konzepts politischer Reformen (wenn man das so nennen kann) gesetzt wor-

der städtischen Bevölkerung. Es ist klar, daß dies zu einem immer enger werdenden Zirkel wird; und das Regime wird ihn nun gewaltsam zu sprengen versuchen. Die Preiserhöhungen entwerten die „überschüssige Kaufkraft" der Löhne radikal; andererseits sollen begehrte Waren zum Teil über die Betriebe an die loyalen Arbeiter ausgegeben werden. Der unlizensierte freie Handel der Bauern wird untersagt, mit Strafandrohung die Zwangsablieferung vollstreckt. Man scheint die Geißeln der verschiedenen Ausbeutungsformen kombinieren zu wollen. So dürfte die rudimentäre Wirtschaftsreform, außer den Preiserhöhungen, vor allem zahlreiche Betriebsschließungen und damit ein weiteres Anschwellen der ohnehin schon vorhandenen Arbeitslosigkeit mit sich bringen, als dem noch fehlenden sozialen Zwangshebel zur Herstellung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben, in denen die Plätze der Verhafteten unbesetzt sind.

Welche „politische Lösung" soll dem entsprechen?

Exponenten verschiedener Parteiflügel scheinen an die Ausarbeitung eines Konzepts politischer Reformen (wenn man das so nennen kann) gesetzt wor-

den zu sein, um den momentanen Zustand der gesellschaftlichen Zerfahrenheit und Lähmung nach dem Putsch maximal auszunutzen. Die Anzeichen mehren sich, daß die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" ganz aufgelöst und durch eine neue, viel kleinere Partei ersetzt werden soll, die sich zum harten Kern der noch verbliebenen Parteikader (in Massen seien nach dem Putsch die Parteibücher zurückgegeben worden, heißt es) einen neuen Stamm aufstiegshungriger Opportunisten hinzurekrutieren soll – um so einen „Neuanfang" zu machen. Diese gesäuberte und aufgefrischte Partei soll wohl den Kern für eine neue Konstruktion politischer Einheitsorgane abgeben, die gegenwärtig unter den Fittichen der Militäradministration in Form von „Bürgerkomitees für die nationale Rettung" aufgezogen werden, worin angeblich Parteien, Jugend- und Frauenverbände, Veteranen etc. patriotisch zusammenwirkten.

In diesen Rahmen passen wohl auch die „Sozialkommissionen", die laut Radio Warschau in den Betrieben neugebildet werden und die Aufgaben *aller drei* Gewerkschaften (der „Solidarität", der regimetreuen Branchengewerkschaften und der Autonomen Bünde) übernehmen sollen. Inspiratoren sind meist die Armeekommandanten, die vielfach an der Spitze strategisch wichtiger Großbetriebe stehen. Von Jaruzelskis anfänglicher Beteuerung, es sei weiterhin in Polen Platz für eine unabhängige Gewerkschaft, ist nur noch in sehr viel undeutlicheren Wendungen die Rede.

Alles in allem erinnert dies an eine eher ständestaatliche, in klassischem Sinn reaktionäre Neukonstruktion des gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus. Möglicherweise bietet die in der Arbeiterbewegung verbreitete katholische Soziallehre dafür einige offene Flanken. Vor allem aber: es ist der offensichtliche Versuch, in einer Phase gesellschaftlicher Krise für die ehrgeizigeren und skrupelloseren Elemente aus den verschiedenen Volksschichten Perspektiven und Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zu eröffnen und so die abgebröckelte soziale Basis der herrschenden Klasse neu aufzufüllen.

Welche Rolle spielt die Kirche?

Ohne Zweifel wird sie vom Regime hofiert, gerade im Rahmen der oben skizzierten politischen Konzeption, in die sie *theoretisch* ausgezeichnet hineinpaßt. Mag sein auch, daß der eine oder andere Kleriker damit liebäugelt – die Zeiten sind schließlich hart, und auch im Westen würde eine solche „politische Lösung" genügend Bewunderer finden.

Insgesamt kommt es mir dennoch ganz unwahrscheinlich vor, daß die Kirche sich gerade jetzt auf die andere Seite der Barrikade stellen würde. Sie würde ihren Einfluß unter den Massen aufs Spiel setzen, der direkt daran gebunden ist, daß sie den legalen Gegenpol zum herrschenden Staatsmonopol bildet. Im jetzigen System in Polen kann sie nur National- und Volkskirche sein, oder sie wird (im Verhältnis zu ihrem jetzigen Einfluß) nichts mehr sein. Was sollte sie dazu bringen, ihr Schicksal an ein Vabanque spielendes, in seinen Grundfesten erschüttertes Regime zu binden – in einer Situation, wo die ihr eng verbundene Gewerkschaft zwar in den Untergrund gedrängt, aber keineswegs vernichtet ist.

Daß die Kirche jetzt die Rolle eines Unterhändlers einnimmt, entspricht im großen und ganzen auch den Interessen der sich im Untergrund reorganisierenden Gewerkschaft, die momentan in einer schwierigen Lage ist und sich z.B. vordringlich um Haftbedingungen der Internierten, Namenslisten etc. kümmern muß. Sie braucht auch die Verbindungen der Kirche nach außen. Es ist linkes Wunschdenken, sich eine aus dem Untergrund kämpfende „Solidarität" als Organisation zu denken, die die schwarze Madonna aus ihren Reihen ausschließt und sich zu den reinen Prinzipien der Arbeiterbewegung bekehrt. Dazu ist sie viel zu sehr Nationalbewegung – und jetzt erst recht.

Welche Perspektiven hat der Widerstandskampf?

Eine Sache ist, daß das Regime unter einem enormen Erfolgszwang steht.

zu ihrem jetzigen Einfluß) nichts mehr sein. Was sollte sie dazu bringen, ihr Schicksal an ein Vabanque spielendes, in seinen Grundfesten erschüttertes Regime zu binden – in einer Situation, wo die ihr eng verbundene Gewerkschaft zwar in den Untergrund gedrängt, aber keineswegs vernichtet ist.

Daß die Kirche jetzt die Rolle eines Unterhändlers einnimmt, entspricht im großen und ganzen auch den Interessen der sich im Untergrund reorganisierenden Gewerkschaft, die momentan in einer schwierigen Lage ist und sich z.B. vordringlich um Haftbedingungen der Internierten, Namenslisten etc. kümmern muß. Sie braucht auch die Verbindungen der Kirche nach außen. Es ist linkes Wunschdenken, sich eine aus dem Untergrund kämpfende „Solidarität" als Organisation zu denken, die die schwarze Madonna aus ihren Reihen ausschließt und sich zu den reinen Prinzipien der Arbeiterbewegung bekehrt. Dazu ist sie viel zu sehr Nationalbewegung – und jetzt erst recht.

Welche Perspektiven hat der Widerstandskampf?

Eine Sache ist, daß das Regime unter einem enormen Erfolgszwang steht.

Gelingt es ihm nicht, binnen ein, zwei Jahren eine wirkliche Wendung der Gesellschaftskrise herbeizuführen, wird die Lage unhaltbar. Und kein inneres politisches Manöver ist dann noch absehbar, das sie retten könnte; kein noch so windiger „nationaler Kompromiß", keine noch so inbrünstige Reformbeteuerung. Für den Erfolg der „nationalen Errettung" des jetzigen Militärrats spielt aber die stille Unterstützung durch einige westeuropäische Regierungen und Finanziers, vor allem die der BRD, eine Schlüsselrolle. Das macht die Frage eines gezielten Boykotts des Regimes zu einer vorrangig zu klärenden innerhalb der Solidaritätsbewegung hier.

Verspricht ein wirksamer passiver Widerstand auf längere Sicht durchaus Erfolg, so dürften die Strukturen, die im Untergrund entstehen, deutlicher den Charakter politischer Gegenmachtorgane annehmen, als das die „Solidarität" in der Zeit ihres legalen Wirkens konnte. Wirklich siegen kann eine revolutionäre Bewegung in Polen allerdings erst, wenn die Lage in Europa ein ganzes Stück weit geändert, die geopolitische Isolation Polens durchbrochen, die von Schmidt beschworene Einteilung Europas in zwei unverrückbare Einflußzonen der Großmächte seit Jalta ins Wanken gerät. Mit dem Unabhängigkeitskampf der Polen – um den es sich jetzt mehr als je handelt – hat diese Entwicklung aber sowieso begonnen. Die Arbeiter, die als letzte die Lenin-Werft hielten, trugen dem Rechnung, als sie auf ihr Transparent schrieben: „Kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen".

Die Linke zum Putsch in Polen

Frankfurter Stadtmagazin „Pflasterstand"

Dany Cohn-Bendit:
Der Traum ist aus

Nachdem der Traum von einer Front der nationalen Verständigung, ein Triumvirat aus Regierung, Kirche und der Gewerkschaft Solidanośċ, zerbrochen war, machte sich Ratlosigkeit breit. Das „polnische Wunder", eine evolutionäre Revolution, die eine frontale Konfrontation mit vielen Toten zu vermeiden versuchte, stieß an seine politischen Grenzen. Die Kunst, durch Kompromisse kompromißlose Veränderungen durchzusetzen, verlor sich in den immer inhaltsloser werdenden politischen Kalauern des Arbeiterführers Walesa. Er verlor immer mehr von seiner genialen Integrationsfähigkeit, weil es in der polnischen Gesellschaft nichts mehr zu integrieren gab ...

Wenn eine Gesellschaft nicht mehr regierbar ist – so lehren uns westliche Gesellschaften – dann putschen die Militärs und setzen ihre Ordnung durch. Dies könnte man verkürzt das Türkei-Syndrom nennen ... Die Sowjetunion wird ihre letzten Reserven an Lebensmitteln mobilisieren, um Sattheit mit der „Ordnung" zu assoziieren ...

Und wir? Wir Friedenstauben, die Millionen gegen die Intervention der Amis in Mittelamerika spenden konnten, die den CIA hinter jedem Militärputsch in Lateinamerika mit Recht wittern, was werden wir machen? Ich fürchte, zu wenig. Der Friede, den wir in Bonn so eindrucksvoll einklagen konnten, wird auch und vor allem in Polen entschieden. Oder war unsere Forderung nach einem neutralen Europa von Danzig bis Lissabon nur ein Wortspiel?

Ich für meinen Teil meine, daß eine breite Mobilisierung der gesamten Friedensbewegung im Westen dazu beitragen könnte, das drohende Gemetzel in Polen zu verhindern. Gut wäre das, wenn wir den Rechten zuvorkämen ...

die Tageszeitung, 16.12.81

... ist in Deutschland Angst die Grundlage politischen Handelns. Und die Linke? ...

Wo sind die 300000 von der Bonner Friedensdemo, diese deutsche Friedensbewegung? Keine Presseerklärung, keine Protestdemo, Schweigen. Diese Friedenstauben lassen sich einlullen, sich von den Weltuntergangsaposteln im Bündnis mit der DKP und Schmidt/Honecker völlig entpolitisieren. Ihr Entspannungsdenken unterscheidet sich in nichts von dem der Technokraten der Macht. Entspannungs- und Friedenspolitik heißt für sie: die Hegemonie der beiden „Supermächte" über ihren jeweils klar abge-

tern, was werden wir machen? Ich fürchte, zu wenig. Der Friede, den wir in Bonn so eindrucksvoll einklagen konnten, wird auch und vor allem in Polen entschieden. Oder war unsere Forderung nach einem neutralen Europa von Danzig bis Lissabon nur ein Wortspiel?

Ich für meinen Teil meine, daß eine breite Mobilisierung der gesamten Friedensbewegung im Westen dazu beitragen könnte, das drohende Gemetzel in Polen zu verhindern. Gut wäre das, wenn wir den Rechten zuvorkämen ...

die Tageszeitung, 16.12.81

... ist in Deutschland Angst die Grundlage politischen Handelns. Und die Linke? ...

Wo sind die 300000 von der Bonner Friedensdemo, diese deutsche Friedensbewegung? Keine Presseerklärung, keine Protestdemo, Schweigen. Diese Friedenstauben lassen sich einlullen, sich von den Weltuntergangsaposteln im Bündnis mit der DKP und Schmidt/Honecker völlig entpolitisieren. Ihr Entspannungsdenken unterscheidet sich in nichts von dem der Technokraten der Macht. Entspannungs- und Friedenspolitik heißt für sie: die Hegemonie der beiden „Supermächte" über ihren jeweils klar abge-

steckten politischen Block muß erhalten bleiben, auch wenn zur Aufrechterhaltung jede emanzipatorische Bewegung, wie die polnische Gewerkschaft Solidarnośċ zerschlagen werden muß ...

Max Thomas Mehr

Arbeiterkampf, 21.12.1981

„Noch ist Polen nicht verloren ..."

... Die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk befindet sich in einem doppelten Zugriff: Auf der einen Seite ist es nach wie vor die Sowjetunion (assistiert von der DDR und CSSR), die die Entwicklung der „sozialistischen Erneuerung" vom ersten Moment an mit unverschämten Drohungen und Einmischungen begleitet hat und die seit Monaten Polens Politiker und Militärs dazu gedrängt hat, endlich die Solidarnośċ zu zerschlagen und die ganzen ärgerlichen Demokratie-Ansprüche aus der Welt zu schaffen. Auf der anderen Seite ist es, siehe oben, das westliche Finanzkapital, das in Polen nach bekannten Rezepten Ordnung schaffen und auf diesem Wege zugleich stärkeren Einfluß gewinnen will. Dieses solide Eigeninteresse an einer Zähmung der polnischen Arbeiterbewegung wird die Politiker und Propagandisten des Westens nicht davon abhalten, von den Vorgängen in Polen Gebrauch zu machen, um uns wieder einmal vor Augen zu führen, wieviel Grund zu Zufriedenheit und Dankbarkeit *wir* doch haben können ...

Dieser Kampf verdient die Unterstützung aller Sozialisten. Der *einzige* Weg zum Sozialismus führt über die volle Entfaltung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts.

Kommunistischer Bund, 16.12.81

„Was tun", 17.12.1981

Solidarität, damit Solidarnośċ lebt

... Der Militärputsch der Bürokratie unterstreicht ein weiteres Mal die alte Lehre der Geschichte, daß ein solcher Zustand der Doppelherrschaft nicht unbegrenzt lange aufrechterhalten werden kann, daß die objektive Dynamik des eingeleiteten revolutionären Prozesses der politischen Revolution nicht ‚eingefroren' werden kann, daß eine Koexistenz von genuiner Arbeitermacht und Herrschaft der Bürokratie nicht möglich und eine Reform der Bürokratie ausgeschlossen ist ...

Die Führung von Solidarnośċ führte bisher eine Revolution an – ohne über eine revolutionäre Theorie und die Kenntnis der Lehren der Arbeiterbewegung zu verfügen. Es ist das Erbe des Stalinismus und das Resultat der niedergeschlagenen polnischen Arbeiterrevolten 1956, 1970 und 1976, daß heute in Polen keine bedeutende revolutionär-marxistische oder auch nur eine sich allgemein auf den Sozialismus berufende Strömung existiert ...

In Polen und auch in linken Kreisen im Westen entstand die Legende von einer „immer an der Seite des Volkes" stehenden polnischen Kirche. Gleich die erste Predigt von Erzbischof Glemp fiel jedoch so aus, daß sie am 13. und 14. Dezember viele Male in Fernsehen und Rundfunk der KP-Putschisten ausgestrahlt wurde: Glemp ruft zur Ruhe auf, verweist darauf, daß die Regierung über „Machtmittel verfügt, um ihre Beschlüsse durchzuführen" und nennt als Priorität, „Blutvergießen zu vermeiden". De facto nimmt er damit jenseits der Barrikade, auf seiten der Bürokratie Stellung ...

An die Unterzeichner und Initiatoren des „Ärzte-Aufrufs" zur Polen Sammlung

Verehrte Weißkittel,

euren von Sorge getragenen selbstlosen Hilfeschrei haben wir verspätet in der KVZ vom 4.12.81 gefunden. Eingeordnet ist euer Aufruf dort durch einen Herrn Koenen, den bekannten Polen-Experten (wann schreibt er endlich wie Horlemann auch in der „Zeit"?), der zuerst einmal klarstellt, was mit eurem Aufruf alles bezweckt ist, nämlich „nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter" im DGB die Päckchen-Verschickerei anzukurbeln. Dabei übersehr ihr interessiert, daß der DGB doch längst im Geschäft ist mit der Polen-Solidarität ...

die erste Predigt von Erzbischof Glemp fiel jedoch so aus, daß sie am 13. und 14. Dezember viele Male in Fernsehen und Rundfunk der KP-Putschisten ausgestrahlt wurde: Glemp ruft zur Ruhe auf, verweist darauf, daß die Regierung über „Machtmittel verfügt, um ihre Beschlüsse durchzuführen" und nennt als Priorität, „Blutvergießen zu vermeiden". De facto nimmt er damit jenseits der Barrikade, auf seiten der Bürokratie Stellung ...

An die Unterzeichner und Initiatoren des „Ärzte-Aufrufs" zur Polen Sammlung

Verehrte Weißkittel,

euren von Sorge getragenen selbstlosen Hilfeschrei haben wir verspätet in der KVZ vom 4.12.81 gefunden. Eingeordnet ist euer Aufruf dort durch einen Herrn Koenen, den bekannten Polen-Experten (wann schreibt er endlich wie Horlemann auch in der „Zeit"?), der zuerst einmal klarstellt, was mit eurem Aufruf alles bezweckt ist, nämlich „nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter" im DGB die Päckchen-Verschickerei anzukurbeln. Dabei übersehr ihr interessiert, daß der DGB doch längst im Geschäft ist mit der Polen-Solidarität ...

Für unsere ärztlichen Päckchen-Versender hat das sicher nichts mit Erpressung zu tun. Die Verpfändung eines ganzen Volkes mitsamt der Naturreichtümer an den Westen ist als gelungene *vorkriegsmäßige Annexion* Polens zu verstehen, die mit ständigen *Nichteinmischungsdrohungen* des Westens *abgesichert* wird und der SU gegenüber klarstellt, daß sie den Verfall ihres Herrschaftsbereiches hinzunehmen hat ...

Wen das Elend der polnischen Arbeiter wirklich schmerzt, der muß sich halt auch kritisch zu ihrem Nationalismus äußern, der sie nicht satt macht. Es ist ganz schön schlimm, wo ihr gelandet seid! ... In der Hoffnung auf Mißerfolg bei eurer Sammlung und mit dem Wunsch, daß die polnischen Arbeiter dem Hunger z.B. durch Exportverhinderung erfolgreich ein Ende setzen:

G. Jacob, M. Strohm und weitere 9 Unterschriften

Aus: Arbeiterkampf, 21.12.81 (Auszüge)

Politische Berichte, 19.12.1981

Staatsrat verhängt Kriegszustand, katholische Kirche gibt den Segen

...Die politischen, organisatorischen, publizistischen und sonstigen Betätigungen von Pfaffen mit Rückendeckung Wojtylas und der westlichen Imperialisten und in der Ausführung guter Werke der imperialistischen Hilfsorganisationen sind geschützt und gefördert, während die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter aufgehoben sind. Der Kriegszustand ist ein Bündnis von Bischöfen und Generälen gegen die polnische Arbeiterbewegung ...

Zuerst hat die katholische Kirche versucht, sich der Führung der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen. Die kirchliche „Führungstätigkeit" in den Gewerkschaften hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsbewegung kein ausreichendes positives Programm für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau entwickelt hat, sondern oft durch perspektivlose Aktionen und Auseinandersetzungen den Rückhalt der Solidarnośċ in der Bevölkerung untergraben hat, wie Umfragen zeigen ...

Wojtyla und Erzbischof Glemp geben den Segen zum gegenwärtigen Kriegszustand, nachdem sie vorher durch provokatorische Richtungsbeeinflussung in den Gewerkschaften maßgebliche Verantwortung für die Krise der Gewerkschaftsbewegung und für die wachsende wirtschaftliche Krise hatten.

Ohne sich von der christlichen Vorherrschaft zu befreien, kann die polnische Arbeiterbewegung weder ein positives Programm des wirtschaftlichen

chen und politischen Rechte der Arbeiter aufgehoben sind. Der Kriegszustand ist ein Bündnis von Bischöfen und Generälen gegen die polnische Arbeiterbewegung ...

Zuerst hat die katholische Kirche versucht, sich der Führung der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen. Die kirchliche „Führungstätigkeit" in den Gewerkschaften hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsbewegung kein ausreichendes positives Programm für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau entwickelt hat, sondern oft durch perspektivlose Aktionen und Auseinandersetzungen den Rückhalt der Solidarnośċ in der Bevölkerung untergraben hat, wie Umfragen zeigen ...

Wojtyla und Erzbischof Glemp geben den Segen zum gegenwärtigen Kriegszustand, nachdem sie vorher durch provokatorische Richtungsbeeinflussung in den Gewerkschaften maßgebliche Verantwortung für die Krise der Gewerkschaftsbewegung und für die wachsende wirtschaftliche Krise hatten.

Ohne sich von der christlichen Vorherrschaft zu befreien, kann die polnische Arbeiterbewegung weder ein positives Programm des wirtschaftlichen

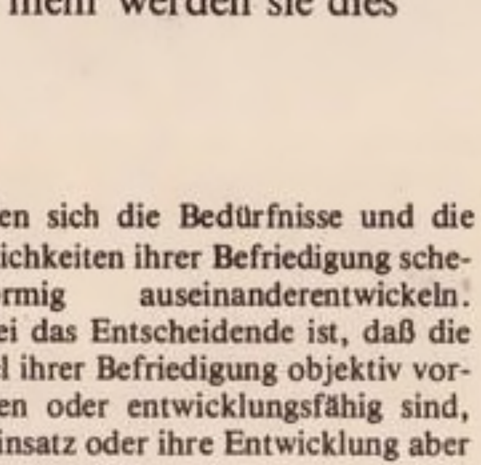
und gesellschaftlichen Aufbaus Polens entwickeln, noch ihre gewerkschaftlichen Rechte zurückgewinnen.



Zur wirtschaftlichen Lage im Winter 1981/82

Zwei Millionen Arbeitslose und stillstehende Maschinen

Während Politiker in Sonntagsreden Betroffenheit heucheln, kalkulieren sie den Druck des Arbeitslosenheeres längst ein, um die Unterwerfung der Bedürfnisse der Massen unter die Bedürfnisse der Kapitalverwertung zu erzwingen. Je weiter sich die Lage verschlechtert, um so mehr werden sie dies versuchen.



Von Friedemann Bleicher

Wenn Westdeutschlands Politiker, Verbandspräsidenten und Bankensprecher, nach den USA und Großbritannien schielend, Kurskorrekturen und ähnliches fordern, und dies nicht nur in Neujahrsansprachen, so wissen sie den stummen Zwang der Verhältnisse hinter sich, sonst aber auch nichts. Sie vollziehen politisch nach, was die ökonomische Realität bereits mit der Krise 1974/75 vollzogen hat und was sich nun immer deutlicher herausschält. Diese Krise war nicht bloß einer der notwendigen Durchgangspunkte im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, eine der gewaltsamen Eruptionen, die die widerstreitenden Seiten dieses Prozesses für den Augenblick wieder zum Ausgleich bringen, sondern der Wendepunkt einer langfristigen Entwicklung. Die Zuwachsraten der materiellen Reichtumsproduktion werden nicht wieder die Höhe früherer Jahre annehmen, das Kapital wird sich nicht mehr eine zusätzliche Bevölkerung aus anderen Ländern heranführen, sondern auf eine überschüssige Bevölkerung in seinen eigenen nationalen Grenzen zurückgreifen können und diese überschüssige Bevölkerung als ständiges Druckmittel zur Hand haben. Insofern hat in der wirtschaftlichen Entwicklung die Wende schon stattgefunden, der die bürgerliche Politik hechelnd hinterherrennt.

Dabei geht es wahrlich um mehr als um die vorübergehende Stagnation oder geringfügige Senkung eines über Jahre gestiegenen Realeinkommens. Seit Helmut Schmidt es von einem Schlaumeier aufgeschnappt hat, wird es allerorten nachgeplappert, es ginge uns jetzt wieder so gut wie 1979, und das sei ja auch schon was, was für Leute mit Kanzlereinkommen bestimmt zutrifft.

Der Kapitalismus kennt den Menschen nur als ausbeutbare Arbeitskraft, und die höchste Gerechtigkeit des Arbeitsmarktes ist es – selten erreicht –, wenn der Arbeiter eine Lohnhöhe durchsetzen kann, die es ihm gestattet, seine Arbeitskraft zu erhalten, auf daß er sie aufs neue zu Markt tragen könne. Solchermaßen waren die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung auch die letzten Jahre beschnitten – und oft noch mehr. Damit einher aber ging eine Reihe von Zugeständnissen, die zu machen den Kapitalbesitzern nicht weh getan hat, den Volksmassen aber eine Reihe von Erleichterungen brachte. Die Hoffnung wurde genährt, die Lücke zwischen Bedürfnissen und ihrer Befriedigung ließe sich nach und nach verringern.

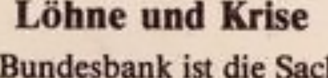
Damit aber ist es nun grundlegend vorbei. In einer Gesellschaft, die sich entwickelt, entwickeln sich auch neue Bedürfnisse, nie im luftleeren Raum wie zu unterstellen es dem bürgerlichen Ideologen beliebt, sondern immer auf dem Boden der sich ändernden Wirklichkeit. Zahlreiche neue Bedürfnisse haben sich so in den letzten Jahren entwickelt, deren Befriedigung die Entwicklung der Produktivkraft der Gesellschaft verlangt. Auch jene, die nur durch gesellschaftliche Einrichtungen zu befriedigen sind, unter gegenwärtigen Bedingungen daher oftmals per staatlicher Tätigkeit oder unter staatlicher Fuchtel, gehören hierzu. Künftig werden sich die Bedürfnisse und die Möglichkeiten ihrer Befriedigung scherenförmig auseinanderentwickeln. Wobei das Entscheidende ist, daß die Mittel ihrer Befriedigung objektiv vorhanden oder entwicklungsfähig sind, ihr Einsatz oder ihre Entwicklung aber verhindert wird.

Die Propagandisten, die natürlich im Vorfeld des Tarifkampfes besonders reichlich zu Wort kommen, verhehlen nicht, daß sie im Auftrag einer geänderten Entwicklung zu Wort kommen, wenngleich die Konsequenzen stark verniedlicht und die Trendumkehr vernebelt werden. Die Suppe aber wird serviert, ohne daß das Geheimnis gelüftet würde, wie sie ihren jetzigen Zustand gefunden hat. Was verschwiegen wird, ist, daß die neuen wirtschaftlichen Realitäten nur *aufgrund ihrer kapitalistischen Basis* produzierte sind. Und die ganze Argumentationskunst beruht auf der Verdrehung, die ökonomischen Gesetze der kapitalistisch verfaßten Gesellschaft zum Naturgesetz alles Wirtschaftens umzudichten.

Ein Kinderspiel der statistisch untermauerte Nachweis, daß Jahre hoher Akkumulationsraten geringe Arbeitslosigkeit und eine Steigerung des Reallohns nach sich ziehen. Auch die Arbeitslosigkeit läßt sich damit als Folge von Investitionsmangel erklären. Nicht aber läßt sich erklären, weshalb einerseits die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit beschnitten, gleichzeitig zwei Millionen Arbeiter von der produktiven Tätigkeit abgeschnitten werden.

Diese Widersprüche viel mehr als die reine Beschneidung des Lebensunterhaltes, die bloß die eine Seite des Prozesses darstellt, sind die Ansatzpunkte, an denen der kapitalistische Schwindel aufzufliegen beginnt. Daher die herausgekehrte Sorgenmiene über die Arbeitslosigkeit, die ja durch und durch geheuchelt ist, weil gleichzeitig das Opfer Arbeitslosigkeit zum behaupteten Nutzen des Gesamten verlangt wird. Insbesondere die Verfehlung des Beschäftigungszieles bringe das System der Sozialen Marktwirtschaft mehr denn je in eine ordnungspolitische Diskussion, mahnt etwa der Vorstandssprecher der Deutschen Bank die Leser des Handelsblatts. Und der Sachverständigenrat schreibt in seinem Jahresgutachten, aus der gegenwärtigen Situation heraus einen beschäftigungspolitischen Neubeginn zu finden, sei eine schwierige Führungsaufgabe. Überall müsse Spielraum erst gewonnen werden. Und dies möge ,,um so eher gelingen, je unmittelbarer alle Maßnahmen darauf ausgerichtet sind, daß Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Das würde Mißtrauen auf seiten der Arbeitnehmer den Boden entziehen".

Reaktionär sind diese Theorien, weil sie eine Renaissance und Befreiung gerade jener Kräfte fordern, die in die Krise geführt haben. Unterwerfung unter die geschaffenen Realitäten, Tanz um die heilige Kapital-Kuh ist ihr Rezept. In Wahrheit hat die wirtschaftliche Wende gezeigt, daß die kapitalistische Ordnung in eine Sackgasse geführt hat. Die Mittel zur Lösung der wichtigen gesellschaftlichen Probleme sind herangereift, aber sie müssen von ihren kapitalistischen Fesseln befreit werden.



Löhne und Krise

Für die Bundesbank ist die Sache klar, ursächlich für die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland ist der ,,Ertragsverfall" der Unternehmen infolge in den letzten Monaten weiter zunehmender ,,Verwerfungen in der Einkommensverteilung", worunter das Zurückbleiben der Gewinnentwicklung hinter der Entwicklung der Lohnsumme verstanden wird. Dies habe schließlich – entgegen den früheren Prognosen der Bank – die Investitionsneigungen der Unternehmen im ganzen spürbar gedämpft. So die Bank in ihrem Bericht im Dezember.

In den ersten Monaten des letzten Jahres seien die Erträge bei vielen Unternehmen stärker abgesackt, was erst in jüngster Zeit gestoppt werden konnte. ,,Für 1981 muß für die Unternehmen in ihrer Gesamtheit mit durchschnittlichen Einkommensrückgängen um über 10% gerechnet werden. Einschließlich des Jahres 1980 ergibt sich ein Minus von 15%; unter Berücksichtigung der Teuerung beträgt damit der reale Einkommensverlust innerhalb von zwei Jahren etwa 25%, mehr als jemals zuvor in der Nachkriegszeit."

Demgegenüber hätten die Bezieher von Arbeitseinkommen und auch viele Bezieher von Übertragungseinkommen 1980 und 1981 ihre Realeinkommen behaupten können oder mußten nur geringfügige Einbußen hinnehmen. Ein wirklich netter Vergleich, der sofort den völlig unterschiedlichen Charakter von Lohn und Profit deutlich macht, denn in den Haushaltskassen der Lohnabhängigen hat es keinen Spielraum von 25%, während der beschriebene Gewinneinbruch, wie man gleich sehen wird, dem Konsum der besitzenden Klasse keinen Abbruch getan hat.

Dennoch ist der Gewinneinbruch erheblich, und es wundert eher, daß die Produktion dadurch noch nicht weiter eingebrochen ist. Verantwortlich für den schrumpfenden Unternehmensprofit sind für die Bundesbank vor allem höhere Rohstoffkosten und höhere Lohnkosten. Der Anstieg der Energiekosten wird angeführt, für Ende 1980 und Anfang 1981 dann beträchtliche Kostensteigerungen durch die abwertungsbedingte Verteuerung auch der sonstigen eingeführten Rohstoffe und anderer Vorprodukte. ,,Angesichts dieser Kostenschübe, die schon für sich genommen von den Unternehmen kaum zu bewältigen waren, ging die Kostenbelastung aus der Lohnrunde 1981 über das Maß hinaus, das ohne Beeinträchtigung der Gewinne hätte verkraftet werden können", zumal die höheren Kosten nicht hätten auf die Preise überwälzt werden können.

Gegen diese Angaben müssen zunächst statistische Einwände geltend gemacht werden. Das Ausmaß des Gewinneinbruchs ist sicherlich übertrieben. Denn einmal wird ein Teil des Gewinneinkommens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Restgröße ermittelt, so daß sich alle Fehler bei der Ermittlung der anderen Größen hier niederschlagen. Zum anderen, und dies fällt mehr ins Gewicht, wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei den Abschreibungen von der Substanzerhaltung des Anlagevermögens ausgegangen; infolgedessen werden die im Berichtszeitraum geltenden Wiederbeschaffungspreise zugrundegelegt. Dagegen wird im Handels- und Steuerrecht nach den Anschaffungspreisen abgeschrieben. Somit sind die Abschreibungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung höher als in den Unternehmensbilanzen üblich. Da bei gegebenen Erlösen der rechnerisch ausgewiesene Gewinn um so niedriger ist, je höher die Abschreibungen angesetzt sind, sind die in der Statistik ausgewiesenen Gewinne niedriger als die Bilanzgewinne der Unternehmen.

Ob dem Gejammer wegen sinkender Gewinne und dem Lohnkostendruck ist auch unbedingt der Hinweis notwendig, daß die entnommenen Gewinne (also jener Gewinnteil, den der Kapitalist seiner persönlichen Haushaltskasse zuführt) und die Vermögenseinkommen durch den Gewinneinbruch keinesfalls berührt wurden.

Nettolohn- und gehaltssumme sowie entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen
Veränderung gegen Vorjahr in %

	1977	1978	1979	1980	1.Hj.81
Lohns.	+5,9	+7,5	+ 7,9	+ 6,4	+4,3
Gewinne	+4,9	+5,5	+11,6	+10,9	+7,2

Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/1981

Doch dies mehr nebenbei. Die Ursachenanalyse der Bundesbank ist auch der Sache nach oberflächlich und im Kern falsch. Zunächst kann die ,,Kostenbelastung aus der Lohnrunde 1981" beim besten Willen nicht als ausschlaggebend für die Gewinnschrumpfung hingestellt werden. Verantwortlich hierfür sind vielmehr der Rückgang der Produktion und die in der Folge leerstehenden Produktionskapazitäten, wobei denn freilich die Löhne die Gewinne ,,beeinträchtigen". Der Rückgang der Produktion hat aber bereits im Frühjahr 1980 eingesetzt, womit die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt waren.

Im nachhinein läßt sich immer leicht feststellen, daß die Löhne die Gewinne beschneiden, insofern sich das jährliche Wertprodukt (oder das ,,Volkseinkommen") in Lohn und Profit teilen. Damit aber ist noch nichts darüber ausgesagt, weshalb das Volkseinkommen, das sich in Lohn und Profit teilt (oder auch das Sozialprodukt, in dem außerdem die Abschreibungen eingerechnet sind), mit geringerer Geschwindigkeit entwickelt als zuvor.

Wohl ist es der Profit, der den Gang der Produktion steuert. Aber nicht der gegenüber dem Lohn sinkende Profit führt zur Einschränkung der Produktion, sondern der gegenüber dem eingesetzten Gesamtkapital sinkende Profit, die Profitrate, wozu manche Kapitalisten auch Kapitalrendite sagen, führt hierzu. Ursächlich hierfür ist die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, die Hand in Hand geht mit der Steigerung der Produktivkraft unter kapitalistischen Bedingungen.

Die Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung
Ein Durchschnitt der wichtigsten Prognosen – Veränderung in % gg. Vorjahr

	Reales Sozialprodukt 1981	Reales Sozialprodukt 1982	Industrieproduktion 1981	Industrieproduktion 1982	Anlageinvestitionen 1981	Anlageinvestitionen 1982	Inflationsrate 1981	Inflationsrate 1982	Arbeitslose in % 1981	Arbeitslose in % 1982
OECD	1,2	1,9	0,8	1,9	−0,6	−1,5	10,1	8,6	7,2	8,0
USA	1,8	0,5	3,4	0,1	1,3	−3,1	10,4	8,1	7,5	8,7
Japan	3,9	4,5	2,8	6,1	2,3	1,2	5,1	3,7	2,2	2,3
EG	−0,6	2,0	−2,4	3,3	−3,6	−0,8	11,6	10,8	7,8	8,5
Großbrit.	−2,6	0,9	−5,9	2,1	−6,4	−1,2	12,0	11,0	10,8	12,8
BRD	−1,0	1,3	−0,8	1,7	−4,1	−1,5	5,9	4,8	5,1	6,8
Frankreich	0,4	2,6	−4,8	3,7	−1,7	−0,2	13,4	13,9	7,7	8,5
Italien	−0,5	2,1	−1,7	2,5	−1,4	−1,2	9,9	10,9	5,6	5,3

Quelle: Financial Times, 4.1.1982

BRUTTOSOZIALPRODUKT
ZU PREISEN VON 1970
Entwicklung der Ursprungswerte gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal
1970 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81
//// Phasen konjunktureller Abschwächung, gemessen an dem saison- und arbeitstäglich bereinigten Auslastungskoeffizienten der verarbeitenden Industrie. Die Abschwächungsphase reicht vom Beginn bis zum Ende des Rückgangs der Kapazitätsauslastung 1)
1) Ausschaltung von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten nach dem Berliner Verfahren
DIW 81

Rekord an Arbeitslosen

		Nov. 81	Nov. 80
Frankreich	Tsd.	2016	1613
	%	*8,9*	*7,1*
Italien	Tsd.	2112	1816
	%	*9,5*	*8,2*
Niederlande	Tsd.	443	297
	%	*8,5*	*5,7*
Belgien	Tsd.	518	425
	%	*12,8*	*10,5*
USA	Tsd.	9400	7946
	%	*8,4*	*7,5*
		Okt. 81	**Okt. 80**
Japan	Tsd.	1220	1130
	%	*2,1*	*2,0*
		Dez. 81	**Dez. 80**
Großbrit.	Tsd.	2941	2244
	%	*12,2*	*9,3*
BRD	Tsd.	1700	1118
	%	*7,3*	*4,8*

Quelle: Eurostat, Financial Times 4.1.82, Angaben für BRD geschätzt

wird serviert, ohne daß das Geheimnis gelüftet würde, wie sie ihren jetzigen Zustand gefunden hat. Was verschwiegen wird, ist, daß die neuen wirtschaftlichen Realitäten nur *aufgrund ihrer kapitalistischen Basis* produzierte sind.
denn je in eine ordnungspolitische Diskussion, mahnt etwa der Vorstandssprecher der Deutschen Bank die Leser des Handelsblatts. Und der Sachverständigenrat schreibt in seinem Jahresgutachten, aus der gegenwärtigen Si-
Demgegenüber hätten die Bezieher von Arbeitseinkommen und auch viele Bezieher von Übertragungseinkommen 1980 und 1981 ihre Realeinkommen behaupten können oder mußten nur geringfügige Einbußen hinnehmen.
Doch dies mehr nebenbei. Die Ursa-
Verhältnisse hinter sich, sonst aber auch nichts. Sie vollziehen politisch nach, was die ökonomische Realität bereits mit der Krise 1974/75 vollzogen hat und was sich nun immer deutlicher herausschält. Diese Krise war nicht bloß einer der notwendigen Durchgangspunkte im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, eine der gewaltsamen Eruptionen, die die widerstreitenden Seiten dieses Prozesses für den Augenblick wieder zum Ausgleich bringen, sondern der Wendepunkt einer langfristigen Entwicklung. Die Zuwachsraten der materiellen Reichtumsproduktion werden nicht wieder die Höhe früherer Jahre annehmen, das Kapital wird sich nicht mehr eine zusätzliche Bevölkerung aus anderen Ländern heranführen, sondern auf eine überschüssige Bevölkerung in seinen eigenen nationalen Grenzen zurückgreifen können und diese überschüssige Bevölkerung als ständiges Druckmittel zur Hand haben. Insofern hat in der wirtschaftlichen Entwicklung die Wende schon stattgefunden, der die bürgerliche Politik hechelnd hinterherrennt.
Dabei geht es wahrlich um mehr als um die vorübergehende Stagnation oder geringfügige Senkung eines über Jahre gestiegenen Realeinkommens. Seit Helmut Schmidt es von einem Schlaumeier aufgeschnappt hat, wird es allerorten nachgeplappert, es ginge
verhindert wird.
Die Propagandisten, die natürlich im Vorfeld des Tarifkampfes besonders reichlich zu Wort kommen, verhehlen nicht, daß sie im Auftrag einer geänderten Entwicklung zu Wort kommen, wenngleich die Konsequenzen stark verniedlicht und die Trendumkehr vernebelt werden. Die Suppe aber
aufzufliegen beginnt. Daher die herausgekehrte Sorgenmiene über die Arbeitslosigkeit, die ja durch und durch geheuchelt ist, weil gleichzeitig das Opfer Arbeitslosigkeit zum behaupteten Nutzen des Gesamten verlangt wird. Insbesondere die Verfehlung des Beschäftigungszieles bringe das System der Sozialen Marktwirtschaft mehr
men in ihrer Gesamtheit mit durchschnittlichen Einkommensrückgängen um über 10% gerechnet werden. Einschließlich des Jahres 1980 ergibt sich ein Minus von 15%; unter Berücksichtigung der Teuerung beträgt damit der reale Einkommensverlust innerhalb von zwei Jahren etwa 25%, mehr als jemals zuvor in der Nachkriegszeit."
geltenden Wiederbeschaffungspreise zugrundegelegt. Dagegen wird im Handels- und Steuerrecht nach den Anschaffungspreisen abgeschrieben. Somit sind die Abschreibungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung höher als in den Unternehmensbilanzen üblich. Da bei gegebenen Erlösen der rechnerisch ausgewiesene Gewinn um so niedriger ist, je höher die Abschreibungen angesetzt sind, sind die in der Statistik ausgewiesenen Gewinne niedriger als die Bilanzgewinne der Unternehmen.
Ob dem Gejammer wegen sinkender Gewinne und dem Lohnkostendruck ist auch unbedingt der Hinweis notwendig, daß die entnommenen Gewinne (also jener Gewinnteil, den der Kapitalist seiner persönlichen Haushaltskasse zuführt) und die Vermögenseinkommen durch den Gewinneinbruch keinesfalls berührt wurden.
Nettolohn- und gehaltssumme sowie entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen
Veränderung gegen Vorjahr in %
1977 1978 1979 1980 1.Hj.81
Lohns. +5,9 +7,5 + 7,9 + 6,4 +4,3
Gewinne +4,9 +5,5 +11,6 +10,9 +7,2
Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/1981
Die Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung
Ein Durchschnitt der wichtigsten Prognosen – Veränderung in % gg. Vorjahr
Reales Sozialprodukt 1981 1982 | Industrieproduktion 1981 1982 | Anlageinvestitionen 1981 1982 | Inflationsrate 1981 1982 | Arbeitslose in % 1981 1982
OECD 1,2 1,9 0,8 1,9 −0,6 −1,5 10,1 8,6 7,2 8,0
USA 1,8 0,5 3,4 0,1 1,3 −3,1 10,4 8,1 7,5 8,7
Japan 3,9 4,5 2,8 6,1 2,3 1,2 5,1 3,7 2,2 2,3
EG −0,6 2,0 −2,4 3,3 −3,6 −0,8 11,6 10,8 7,8 8,5
Großbrit. −2,6 0,9 −5,9 2,1 −6,4 −1,2 12,0 11,0 10,8 12,8
BRD −1,0 1,3 −0,8 1,7 −4,1 −1,5 5,9 4,8 5,1 6,8
Frankreich 0,4 2,6 −4,8 3,7 −1,7 −0,2 13,4 13,9 7,7 8,5
Italien −0,5 2,1 −1,7 2,5 −1,4 −1,2 9,9 10,9 5,6 5,3
Quelle: Financial Times, 4.1.1982
BRUTTOSOZIALPRODUKT ZU PREISEN VON 1970
Entwicklung der Ursprungswerte gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal
DIW 81

Der Ausgangspunkt, der die gesetzmäßige Tendenz sinkender Profitraten nach sich zieht, ist gerade umgekehrt als in der Lohnkostentheorie behauptet. Die Steigerung der Produktivkraft, wozu die Konkurrenz jeden einzelnen Kapitalisten zwingt, führt im Ergebnis gerade dazu, daß die Ausbeutungsrate steigt. Denn je kürzer die zur Produktion der Lebensmittel des Arbeiters notwendige Arbeitszeit, einen um so größeren Teil des Arbeitstages kann sich der Kapitalist als Mehrarbeit aneignen.

Daß mit der Steigerung der Produktivkraft Umfang und Wert der von je einem Arbeiter in Bewegung gesetzten Produktionsmittel steigen, drängt sich jedem Kapitalisten auf. So hat sich in Westdeutschland der Kapitalstock je Beschäftigtem in den letzten zehn Jahren um mehr als die Hälfte erhöht.

Doch den Kapitalisten fehlt der Begriff davon, daß die Masse des von ihnen angeeigneten Profits (oder Mehrwerts) nicht abhängt von der Masse des eingesetzten Kapitals, sondern allein von der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeit einerseits, der Ausbeutungsrate andererseits. Steigt also mit gesteigerter Produktivität der Umfang des Gesamtkapitals gegenüber der Arbeiterzahl, so sinkt die Profitmasse im Verhältnis zum Kapitalwert, d.h. die Profitrate. Damit aber erlahmt der Stachel der kapitalistischen Produktion, nicht, weil die Löhne den Profit beschneiden, sondern weil die Jagd nach Steigerung des Profits in der Folge den Anteil des Kapitals senkt, der sich in Lohn umsetzt und allein für die angeeignete Profitmasse bestimmend ist.

Die gängige Argumentationskette geht dahin, florierende Investitionen zum Angelpunkt einer Besserung der Lage zu erklären, wozu dann wieder höhere Profite Voraussetzung wären. Dafür hätten die Löhne Raum zu geben. Schon angesichts massenhaft unbenutzter Produktionsmittel ist diese Argumentation befremdlich. Offensichtlich werden diese nicht in Bewegung gesetzt, nicht weil es an Arbeitern hierfür mangelt, auch nicht, weil es für die Produkte keine Verwendung gäbe, sondern weil diese Produktionsmittel nur als Kapitalwert zählen und es an ausreichender Verwertung dieses Wertes mangelt.

Mit jeder Investition, selbst wenn sie Ersatzinvestition ist, geht steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, also Zunahme des konstanten Kapitalteils gegenüber dem variablen Kapitalteil, also Zunahme des Kapitals pro Arbeiter einher. Handelt es sich um Erweiterungsinvestitionen, so mag damit zunächst eine Zunahme der Beschäftigung verbunden sein. Gleichzeitig aber werden die zu ersetzenden Produktionsanlagen durch solche mit höherer Produktivkraft, so daß

nach Steigerung des Profits in der Folge den Anteil des Kapitals senkt, der sich in Lohn umsetzt und allein für die angeeignete Profitmasse bestimmend ist.

Die gängige Argumentationskette geht dahin, florierende Investitionen zum Angelpunkt einer Besserung der Lage zu erklären, wozu dann wieder höhere Profite Voraussetzung wären. Dafür hätten die Löhne Raum zu geben. Schon angesichts massenhaft unbenutzter Produktionsmittel ist diese Argumentation befremdlich. Offensichtlich werden diese nicht in Bewegung gesetzt, nicht weil es an Arbeitern hierfür mangelt, auch nicht, weil es für die Produkte keine Verwendung gäbe, sondern weil diese Produktionsmittel nur als Kapitalwert zählen und es an ausreichender Verwertung dieses Wertes mangelt.

Mit jeder Investition, selbst wenn sie Ersatzinvestition ist, geht steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, also Zunahme des konstanten Kapitalteils gegenüber dem variablen Kapitalteil, also Zunahme des Kapitals pro Arbeiter einher. Handelt es sich um Erweiterungsinvestitionen, so mag damit zunächst eine Zunahme der Beschäftigung verbunden sein. Gleichzeitig aber werden die zu ersetzenden Produktionsanlagen durch solche mit höherer Produktivkraft, so daß

sich nach und nach das Gesamtkapital umwälzt und seine Zusammensetzung ändert. Jedes dieser neuen Kapitale beschäftigt weniger Arbeiter. Einerseits werden wieder Arbeiter freigesetzt, andererseits sinkt wieder die Profitrate und die nächste Krise kündigt sich an. So leitet das Rezept Investitionsförderung stets nur einen neuen Teufelskreis ein.

In den jüngsten Krisen wird gerade offenbar, wie das Kapital zur Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte wird. Einerseits fordert die kapitalistische Produktionsweise die unbedingte Entwicklung der Produktivkräfte, andererseits gerät sie dabei in Konflikt mit dem beschränkten Zweck, zu dem sie diese Entwicklung fordert. Die Steigerung der Produktivkraft zieht eine sinkende Verwertung des existierenden Kapitals nach sich, während gerade die Verwertung des existierenden Kapitalwerts der einzige Zweck und das alles regulierende Motiv der kapitalistischen Produktion ist:

Darauf bestehen gerade die Ritter der „politischen Wende". Ihnen sind die Produktionsmittel nicht Mittel der Vermehrung der Gebrauchswerte, sondern nur Mittel der Verwertung des Kapitalwerts, das sie repräsentieren.

Von Zeit zu Zeit kann die Profitrate nur dadurch gerettet werden, daß ein Teil des existierenden Kapitalwerts vernichtet wird. Und dies schließt die Brachlegung und Vernichtung von Produktionsmitteln und Arbeitskraft ein. Diese Widersprüche und Tendenzen, die in den vergangenen Jahren aufgrund der stürmischen Entwicklung weitgehend verdeckt waren, treten nun offen hervor.

Kein Zeichen von Aufschwung

Die Trendwende und die düsteren Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung, die neue Aufgaben stellen und der politischen Auseinandersetzung neue Daten setzen, stellen sich anschaulich in den Schaubildern der auf dieser Seite zusammengestellten Entwicklungsreihen dar. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts – um die Schwankungen der Inflation bereinigt – nehmen in der Tendenz deutlich ab, weil die Ausweitung der Produktionsanlagen mit steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals und sinkender Profitrate immer langsamer vor sich geht und die Krisen immer tiefer werden. Dabei handelt es sich um eine langfristige Tendenz, die nicht durch kurzfristige Einflüsse umgekehrt werden kann.

Die Produktivkraft einer Gesellschaft drückt sich unter anderem im Umfang der bereits aufgehäuften Produktionsmittel aus. Zwar hat sich der Bestand an Produktionsmitteln in der BRD auch in den tiefen Krisen noch erweitert, aber diese Erweiterung wird sowohl der Masse wie der Rate nach immer geringer.

Am deutlichsten zeigt sich die Entwicklung der sachlichen Bedingungen der Produktion an den Investitionen. Sie reagieren am empfindlichsten auf die Wirtschaftsentwicklung, weil sie anzeigen, ob die Kapitalisten den Stand ihrer Profite für ausreichend halten, um Kapital zu akkumulieren, was in kapitalistischen Rahmen der einzige Weg zur Ausweitung der Produktionsanlagen ist.

Im langfristigen Trend allerdings überzeichnet die Betrachtung der Investitionen die Entwicklung, denn ein immer größerer Teil der (Brutto-)Investitionen ersetzt in Wirklichkeit bloß die abgenutzte Maschinerie. Immer mehr haben die Erweiterungsinvestitionen gegenüber den bereits vorhandenen Anlagen abgenommen, das heißt die Produktionsanlagen wachsen mit immer kleinerer Rate. Letzteres zeigt – dem Wert des fixen Kapitals nach betrachtet – das unterste Schaubild.

Bei diesen Betrachtungen muß unterschieden werden zwischen dem Kapitalwert, den die Anlagen darstellen, und ihrem stofflichen Umfang. Die Maschine gibt ihren Wert im Verlauf ihres Gebrauchs nach und nach ab, fungiert aber mit voller Gestalt weiter. Eine Maschine kann bereits zur Hälfte oder mehr abgeschrieben sein und steht deshalb dennoch ganz in der Fabrikhalle.

Der Umfang der in der Produktion fungierenden Produktionsmittel läßt sich erfassen durch die Summe ihrer ursprünglichen Werte, während ihr Kapitalwert immer niedriger liegt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird ersteres als Bruttoanlagevermögen bezeichnet, letzteres als Nettoanlagevermögen.

Aus diesem Unterschied folgt, daß dem Kapitalisten bei kontinuierlicher Produktion der Wertersatz für das verbrauchte fixe Kapital laufend zufließt, daß aber die stoffliche Erneuerung der Produktionsanlagen damit nicht auch laufend erfolgen muß, sondern schubweise erfolgen kann. Das Auf und Ab der Geschwindigkeit, mit der diese Abgänge vor sich gehen, scheint auf solche Zusammenballungen hinzuweisen. Allerdings ist durch die Darstellung noch nicht geklärt, inwieweit diese Wellen nicht damit begründet sind, daß in der Krise noch funktionsfähige Produktionsmittel vorzeitig verschrottet werden.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß die wertmäßige Entwicklung immer der stofflichen vorauseilt. Je weiter Kapitalwert der Anlagen und ihr mit dem Anschaffungspreis gemessener stofflicher Umfang sich auseinanderentwickeln, um so größer der Anteil jenes Teils der Maschinerie, der seinen Wert bereits abgegeben hat, um so höher also das Durchschnittsalter des Maschinenparks. Und eben diese Entwicklung läßt sich aus den statistischen Unterlagen ebenfalls ablesen. Ihren Ausdruck findet sie auch in der ständig abnehmenden Akkumulationsrate des fixen Kapitals

Im langfristigen Vergleich läßt sich auch die jetzige Krise besser beurteilen. Viel spricht dafür, daß sich nach 1966/67 und 1974/75 wieder ein tiefer Einbruch abzeichnet, der auch in den bereits nach unten korrigierten jüngsten Vorhersagen nicht enthalten ist. Dazu gibt auch der Verlauf der letzten Monate einige Anhaltspunkte.

Zweierlei ist da besonders erwähnenswert. Einmal befindet sich die US-Wirtschaft neuerlich in einer Krise, nachdem zu Beginn des letzten Jahres noch ein Aufschwung und ein Ende der Krise wahrscheinlich schien. Seit Mitte 1981 folgt eine Krisenmeldung der anderen, so daß mittlerweile die amerikanische Regierung von Rezession redet und Schatzsekretär Stockmann Zweifel an der Wirksamkeit der neuen Politik angemeldet hat. Die Industrieproduktion hat im November den schärfsten Einbruch seit Mai 1980 erlebt, die Kapazitätsausnutzung ist von August bis November von 79,3 auf 74,9% gefallen und liegt damit weit unter dem Durchschnitt des Krisenjahres 1980. Gleichzeitig steigen die Defizite im amerikanischen Haushalt und zwingen Reagan zu weiterer Verschärfung seiner Gangart einerseits, zu höherer Kreditaufnahme, die die Zinsen noch mehr nach oben treibt, andererseits.

Hält diese Entwicklung in den USA an, so wird sie auch wieder auf den Rest der westlichen Industrieländer zurückschlagen. Hat doch z.B. die BRD einen ihrer größten Exportzuwächse im Handel mit den USA erzielt.

In Westdeutschland selbst zeichnet sich immer deutlicher ab, daß auch im kommenden Jahr nicht mit einer Zunahme der Investitionen zu rechnen ist, also weiterhin Kapazitäten leerste-

nenswert. Einmal befindet sich die US-Wirtschaft neuerlich in einer Krise, nachdem zu Beginn des letzten Jahres noch ein Aufschwung und ein Ende der Krise wahrscheinlich schien. Seit Mitte 1981 folgt eine Krisenmeldung der anderen, so daß mittlerweile die amerikanische Regierung von Rezession redet und Schatzsekretär Stockmann Zweifel an der Wirksamkeit der neuen Politik angemeldet hat. Die Industrieproduktion hat im November den schärfsten Einbruch seit Mai 1980 erlebt, die Kapazitätsausnutzung ist von August bis November von 79,3 auf 74,9% gefallen und liegt damit weit unter dem Durchschnitt des Krisenjahres 1980. Gleichzeitig steigen die Defizite im amerikanischen Haushalt und zwingen Reagan zu weiterer Verschärfung seiner Gangart einerseits, zu höherer Kreditaufnahme, die die Zinsen noch mehr nach oben treibt, andererseits.

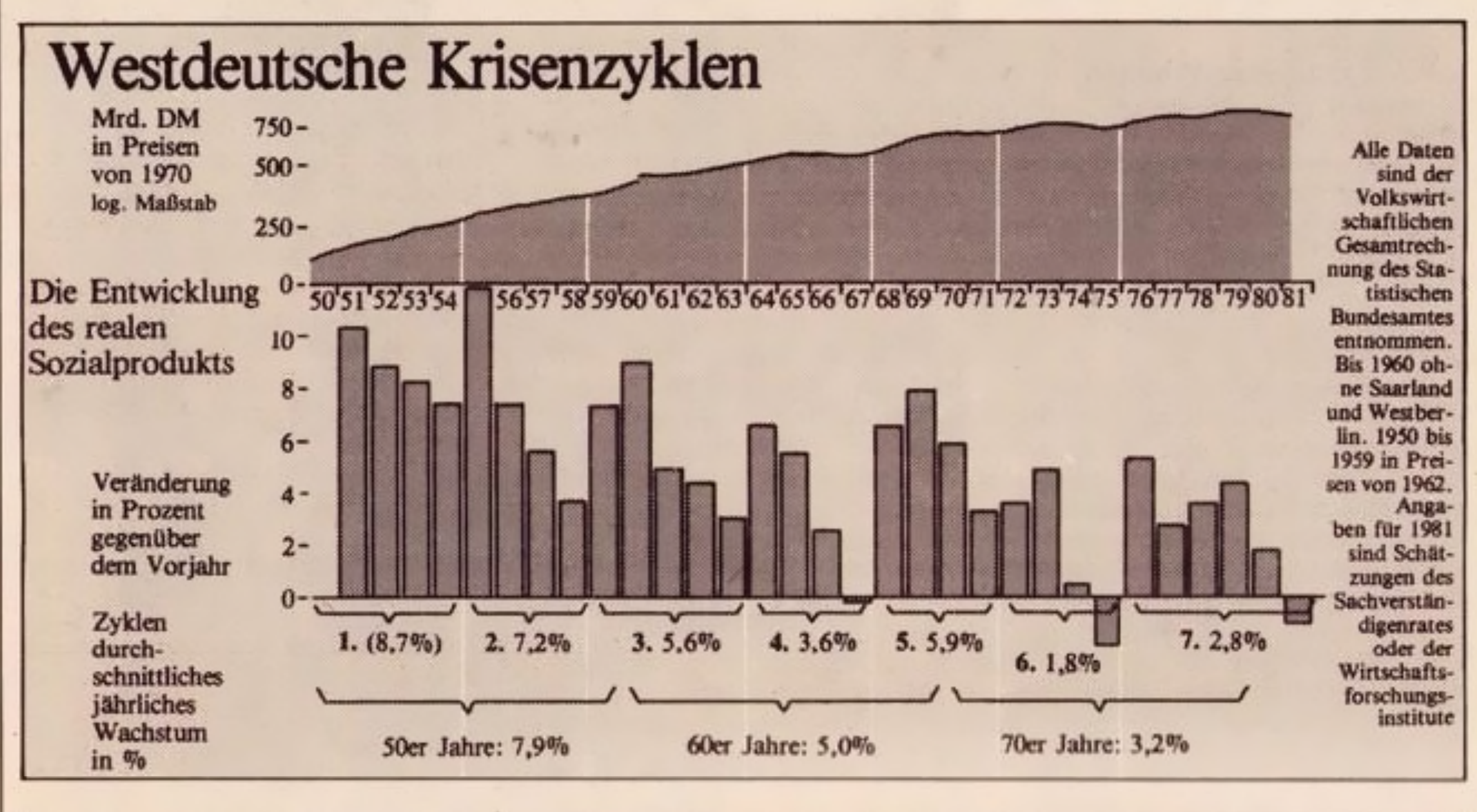
Hält diese Entwicklung in den USA an, so wird sie auch wieder auf den Rest der westlichen Industrieländer zurückschlagen. Hat doch z.B. die BRD einen ihrer größten Exportzuwächse im Handel mit den USA erzielt.

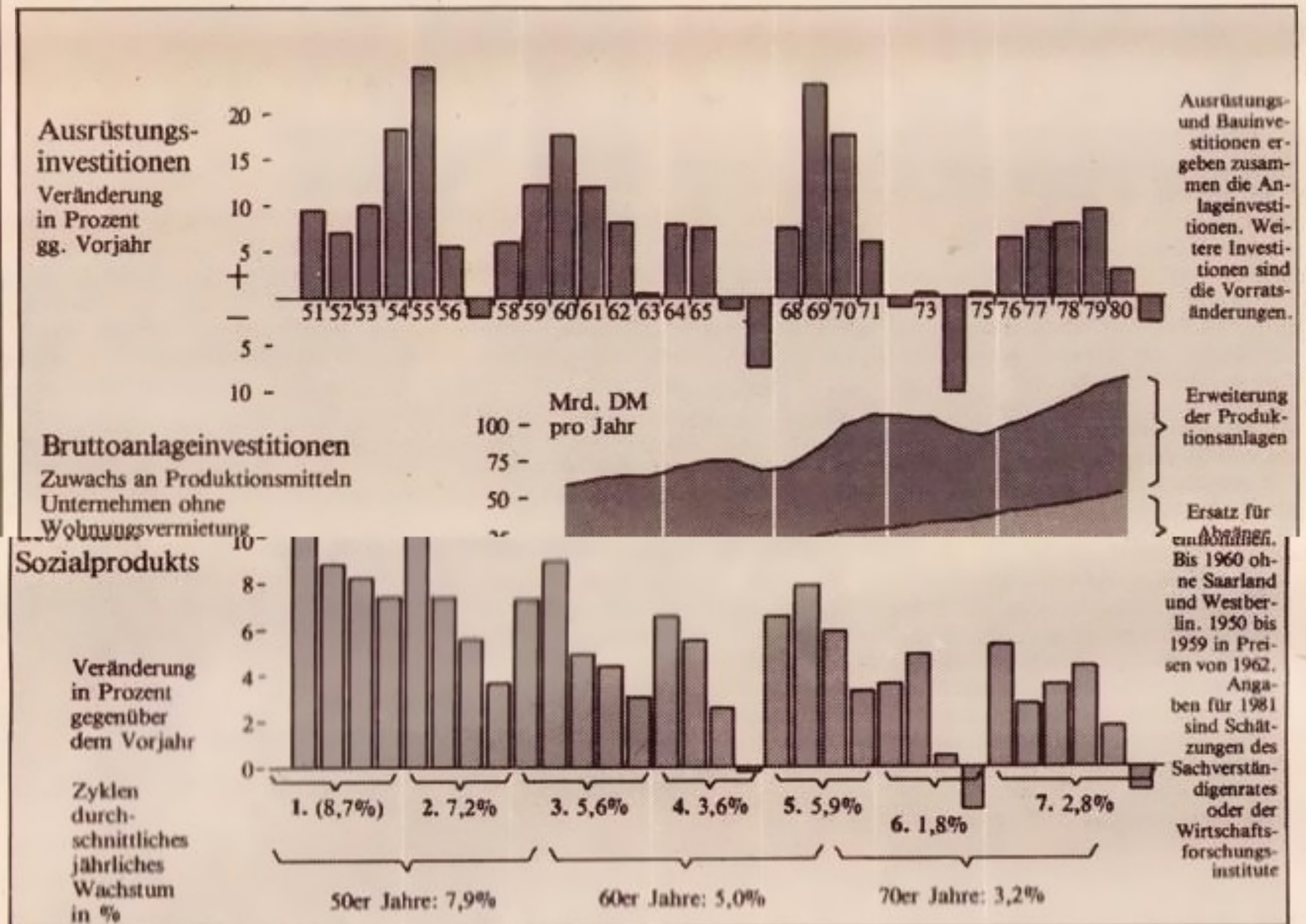
In Westdeutschland selbst zeichnet sich immer deutlicher ab, daß auch im kommenden Jahr nicht mit einer Zunahme der Investitionen zu rechnen ist, also weiterhin Kapazitäten leerste-

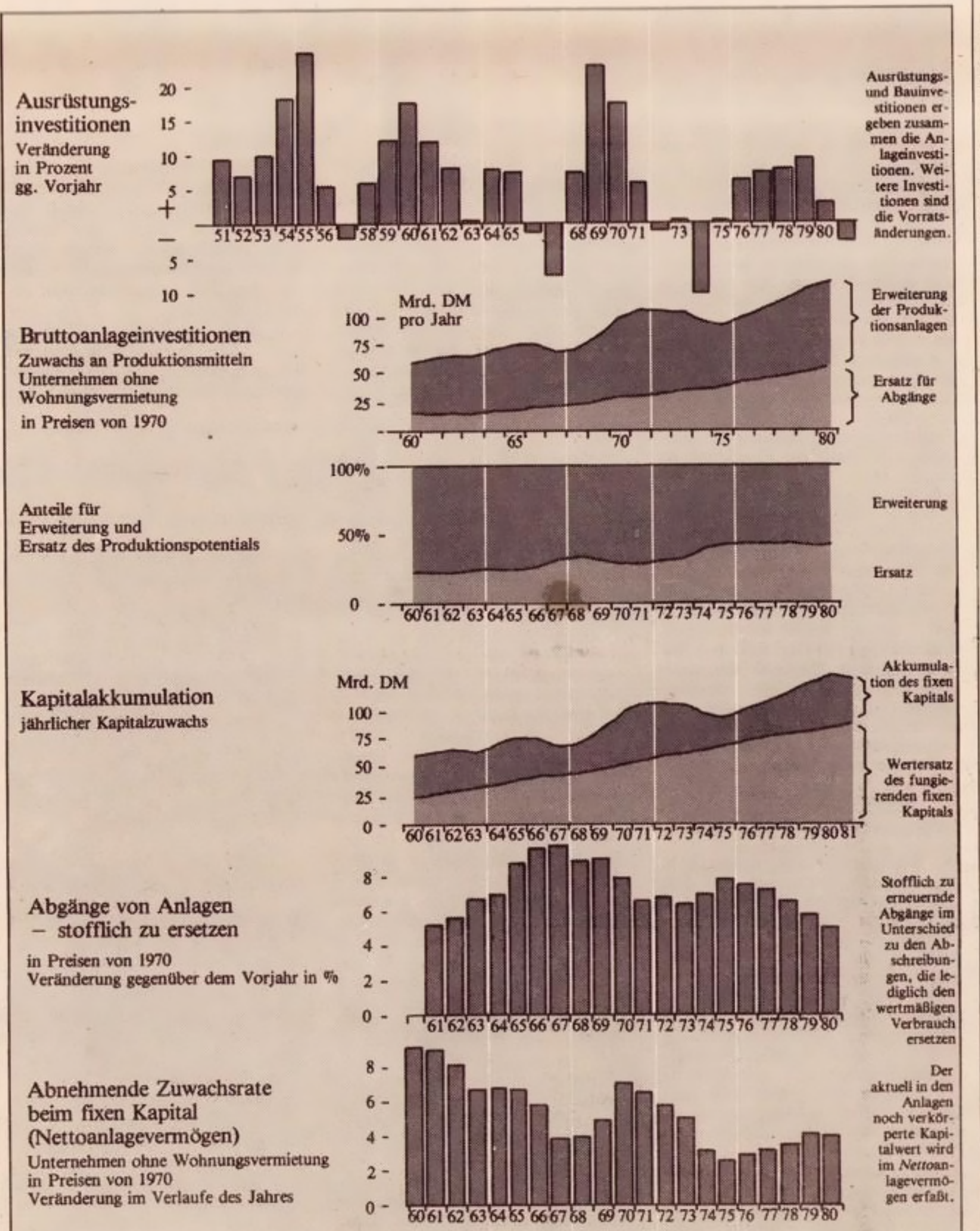
hen, während andererseits die Arbeitslosigkeit zunimmt. Für 1981 geht das Ifo-Institut mittlerweile von einem Rückgang der realen Investitionen in der Größenordnung von etwa 5% aus. Der Auslastungsgrad der Anlagen ist übers Jahr um weitere 2% gesunken und für 1982 rechnet das Institut mit real um 4% niedrigeren Investitionen als bereits 1981. Dabei sind dies ja immer Bruttoinvestitionen, von denen ein immer größerer Teil lediglich Ersatzinvestition ist. Daß diese Prognose eher zu optimistisch ist, zeigt die Tatsache, daß bei den Herstellern von Investitionsgütern im vergangenen Jahr immerhin 10% weniger Bestellungen eingegangen sind als 1980.

Positiv entwickelt hat sich lediglich weiterhin der Export, begünstigt durch einen unterbewerteten Kurs der Mark. 51% mehr wurde in OPEC-Länder geliefert und 22% mehr in die übrigen außereuropäischen Entwicklungsländer. 45% des Exportzuwachses ging in diese Länder, obwohl sie am Gesamtexport lediglich einen Anteil von etwa 18% haben. Doch daß diese Exporterfolge durchschlagen ist unwahrscheinlich. So schreibt der Sachverständigenrat: „Selbst im verarbeitenden Gewerbe, das wegen des hohen Exportanteils an einer Produktion die meisten Vorteile aus der Wechselkursentwicklung hatte, kürzten die meisten Unternehmen ihre Investitionen."

Schwach begründet sind daher die Prognosen, die für 1982 eine Wende erwarten. Es ist eher wahrscheinlich, daß ein Aufschwung, auf den etwa große Teile der SPD immer noch setzen, in immer weitere Ferne rückt.







Ausschlüsse und Funktionsverbot für „Aktive Metaller"

kvz. Der Vorstand der IGM hat 6 Mitglieder der Liste „Aktive Metaller", die bei den Betriebsratswahlen auf der HDW in Hamburg im letzten Jahr die absolute Mehrheit der Mandate erhielt, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Weitere 31 Mitglieder der Liste erhielten ein auf zwei Jahre befristetes Funktionsverbot. Die jetzt Ausgeschlossenen waren zum Teil Mitglieder der Vertrauenskörperleitung bei HDW und der Vertreterversammlung der IGM in Hamburg.

Betriebsrat fristlos entlassen

cw.Frankfurt. Dem Betriebsrat H.W. Kraus, im März 1981 als Kandidat der Liste „Kollegen für durchschaubare Betriebsratsarbeit" in den Betriebsrat gewählt, wirft die Hoechst AG Berufsschädigung der Firma und ihrer Beschäftigten und nachhaltige Störung des Betriebsfriedens vor. Anlaß war ein Redebeitrag auf einer Veranstaltung seines SPD-Ortsvereins im Zusammenhang mit der Startbahn West, die Hoechst AG wie andere Großunternehmen seien in der Lage, die Landesregierung mit dem „Arbeitsplatzargument" unter Druck zu setzen, um umweltverseuchende Produktionen aufrechtzuerhalten. In einem Zeitungsbericht war Kraus fälschlich das Wort „erpressen" in den Mund gelegt worden. Die Betriebsratsmehrheit übernahm die Argumentation der Hoechst AG und wertete Kraus' Aussage außerdem als Angriff auf den Betriebsrat. In dem Kündigungsantrag der Firma werden außerdem Abmahnungen wegen „mehrmaligen unbefugten Verlassens des Arbeitsplatzes und unbefugten Aufsuchens anderer Betriebe" herangezogen. Der fristlosen Kündigung von Kraus, der bereits 1976 aus der IG Chemie ausgeschlossen wurde und nach einem Unfall schwerbehindert ist, stimmte der Betriebsrat mit 35 zu 7 Stimmen zu, d.h. alle Betriebsräte der IG Chemie, DAG und VUA stimmten dafür.

DAG kündigt Schlichtungsabkommen für Metall

kvz. Nachdem für die Metallindustrie zwischen der IG Metall und den Metallindustriellen ein Schlichtungsabkommen mit einer verkürzten Friedenspflicht besteht, hat nun auch die DAG für diesen Bereich die bestehende Schlichtungsordnung, die eine Friedenspflicht während der gesamten Verhandlungsdauer vorsah, gekündigt.

Erste Lohnabschlüsse für das Jahr 1982

kvz. Eine Lohnerhöhung von 4,8% erhalten die rund 16000 Beschäftigten in den deutschen Seehäfen vom 1.1.82 an. Wie ein ÖTV-Sprecher bestätigte, wurde weiter eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 DM vereinbart. Das Gesamtvolumen dürfte damit bei rund 5,6% liegen. – Die GHK hat im Möbelhandel Bayern eine Tariferhö-

Kündigungsantrag der Firma werden außerdem Abmahnungen wegen „mehrmaligen unbefugten Verlassens des Arbeitsplatzes und unbefugten Aufsuchens anderer Betriebe" herangezogen. Der fristlosen Kündigung von Kraus, der bereits 1976 aus der IG Chemie ausgeschlossen wurde und nach einem Unfall schwerbehindert ist, stimmte der Betriebsrat mit 35 zu 7 Stimmen zu, d.h. alle Betriebsräte der IG Chemie, DAG und VUA stimmten dafür.

DAG kündigt Schlichtungsabkommen für Metall

kvz. Nachdem für die Metallindustrie zwischen der IG Metall und den Metallindustriellen ein Schlichtungsabkommen mit einer verkürzten Friedenspflicht besteht, hat nun auch die DAG für diesen Bereich die bestehende Schlichtungsordnung, die eine Friedenspflicht während der gesamten Verhandlungsdauer vorsah, gekündigt.

Erste Lohnabschlüsse für das Jahr 1982

kvz. Eine Lohnerhöhung von 4,8% erhalten die rund 16000 Beschäftigten in den deutschen Seehäfen vom 1.1.82 an. Wie ein ÖTV-Sprecher bestätigte, wurde weiter eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 200 DM vereinbart. Das Gesamtvolumen dürfte damit bei rund 5,6% liegen. – Die GHK hat im Möbelhandel Bayern eine Tariferhö-hung von 4,5% ab 1.1.82 durchgesetzt. Der Facharbeiterecklohn steigt auf 12,52 DM. Bei den Schlichtungsverhandlungen im Tischlerhandwerk NRW wurden Lohnerhöhungen von 3,2% ab 1.10.81 und 1,5% ab 1.4.82 vereinbart.

„Auf der Fragatte arbeiten wir nicht"

hek.Bremen. Insgesamt 23 Auszubildende der Bremer Vulkan Werft haben seit Mitte November 1981 die Arbeit an Fregatten der Klasse F 122 verweigert. Ihren Ausgangspunkt hatte die Aktion in der Anweisung des Ausbildungsleiters an einen Auszubildenden, Tätigkeiten auf der Fregatte zu verrichten. Dieser lehnte die Arbeit aus Gründen seiner politischen Auffassung ab. Flugs zitierte der Ausbildungsleiter ihn zu sich, um ihn in einem eindringlichen Gespräch für die Arbeit zu gewinnen. Als alles nichts fruchtete, wurde den Eltern des Auszubildenden in einem Schreiben mitgeteilt, daß ihr Sohn gegen den Ausbildungsvertrag verstoße, nach dem er sich den Weisungen des Lehrherrn unterzuordnen hätte. Gegen diesen massiven Einschüchterungsversuch setzte sich der Auszubildende zur Wehr. Er informierte Jugendvertretung und Betriebsrat und setzte in einem Schreiben die Ausbildungsleitung sowie den Personaldirektor davon in Kenntnis, daß er sich weiterhin weigere, einer Tätigkeit im Kriegsschiffbau nachzukommen, da eine Ausbildung zum Schiffbauer sehr wohl auch im Handelsschiffbau durchgeführt werden kann. Jugendvertretung und Betriebsrat unterstützten ihn in einem Schreiben. Sie verwiesen darauf, daß Ausbildungs- und Geschäftsleitung gegen die Artikel 2, 3, 4 und 12 Grundgesetz (Freizügigkeit und Verbot des Zwangs zu einer bestimmten Arbeit), sowie gegen den §75 des BVG verstoßen. – Auf der Betriebsversammlung im Dezember wurde das Verhalten der Ausbildungs- und Geschäftsleitung nochmals scharf angegriffen. Mehrere Lehrlinge bekundeten ihre Sympathie mit der Arbeitsverweigerung. Die Jugendvertretung und der Betriebsrat verlangten die Rücknahme der Abmahnungen. – Mittlerweile, unter dem Eindruck weiterer 22 Arbeitsverweigerungen, hat die Geschäftsleitung einen Rückzieher gemacht.

Ab Februar nur noch 39-Std.-Woche in Frankreich

kvz. Eine Regierungsverordnung, die noch zum 1. Februar in Kraft treten soll, sieht die sofortige Einführung der 39-Stunden-Woche, die Begrenzung der Überstundenzahl und die Einführung der generellen fünften Urlaubswoche vor. Vorher hatten sich Kapitalisten und Gewerkschaften in seit dem 17. Juli geführten Verhandlungen nur in 28 von 60 Branchen auf die Verkürzung der Arbeitszeit einigen können.

39-Stunden-Woche bei Ford-England

kvz. 10000 Arbeiter aus Karosseriebau und Endmontage des Fordwerks in Halewood bei Liverpool sind Anfang der Woche in einen vorher beschlossenen Streik getreten, obwohl die offiziellen Gewerkschaftsvertreter zur Arbeitsaufnahme aufgefordert hatten. Die Verhandlungskommission der 13 bei Ford vertretenen Gewerkschaften hatte die Annahme eines Angebots der Geschäftsleitung und eine Suspendierung des Streiks empfohlen. Das Angebot sieht neben Lohnerhöhungen von durchschnittlich ca. 6–7% eine Angleichung der Altersgelder an die der Büroangestellten und die Einführung der 39-Stunden-Woche ab Juni vor. Über das Angebot muß auf Belegschaftsversammlungen abgestimmt werden. Während die Belegschaften der anderen Werke der Empfehlung der Gewerkschaftskommission folgten, den Streik bis dahin auszusetzen, hielten die Shop Stewards in Halewood am geplanten Streikbeginn fest.

Prozesse und Urteile gegen türkische Gewerkschafter

kvz. Ende des vergangenen Jahres begann der Prozeß gegen 52 führende Mitglieder des Revolutionären Gewerkschaftsbundes (DISK). Der Ankläger bezeichnete die Organisation als „einen Arm der (verbotenen) Kommunistischen Partei der Türkei, der direkt von Moskau und anderen Ostblockländern geführt" werde. Den Angeklagten droht möglicherweise das Todesurteil. Der Prozeß begann mit dem Protest von 70 Verteidigern, weil der Vorsitzende einen Verteidiger wegen dessen Kritik an einer Entscheidung des Gerichts von der Verhandlung ausge-

beitsaufnahme aufgefordert hatten. Die Verhandlungskommission der 13 bei Ford vertretenen Gewerkschaften hatte die Annahme eines Angebots der Geschäftsleitung und eine Suspendierung des Streiks empfohlen. Das Angebot sieht neben Lohnerhöhungen von durchschnittlich ca. 6–7% eine Angleichung der Altersgelder an die der Büroangestellten und die Einführung der 39-Stunden-Woche ab Juni vor. Über das Angebot muß auf Belegschaftsversammlungen abgestimmt werden. Während die Belegschaften der anderen Werke der Empfehlung der Gewerkschaftskommission folgten, den Streik bis dahin auszusetzen, hielten die Shop Stewards in Halewood am geplanten Streikbeginn fest.

Prozesse und Urteile gegen türkische Gewerkschafter

kvz. Ende des vergangenen Jahres begann der Prozeß gegen 52 führende Mitglieder des Revolutionären Gewerkschaftsbundes (DISK). Der Ankläger bezeichnete die Organisation als „einen Arm der (verbotenen) Kommunistischen Partei der Türkei, der direkt von Moskau und anderen Ostblockländern geführt" werde. Den Angeklagten droht möglicherweise das Todesurteil. Der Prozeß begann mit dem Protest von 70 Verteidigern, weil der Vorsitzende einen Verteidiger wegen dessen Kritik an einer Entscheidung des Gerichts von der Verhandlung ausge-schlossen hat. Apaydin, der ebenfalls Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer ist, hatte die Einschränkung der Verteidigeranzahl angegriffen. An dem Prozeß nehmen auch drei Abgesandte des IBFG als Beobachter teil. Der IBFG hat den türkischen Militärbehörden in einer Erklärung vorgeworfen, inhaftierte Gewerkschafter mißhandelt und gefoltert zu haben. Die Verteidiger haben die Berichte bestätigt. – Zu zum Teil hohen Gefängnisstrafen hat ein Militärgericht in Ankara 50 führende Mitglieder der türkischen Lehrergewerkschaft „Tob-Der" verurteilt, die 50000 Mitglieder vertrete. Gleichzeitig sprach das Gericht ein Verbot der Gewerkschaft und aller ihrer Zweigorganisationen aus.

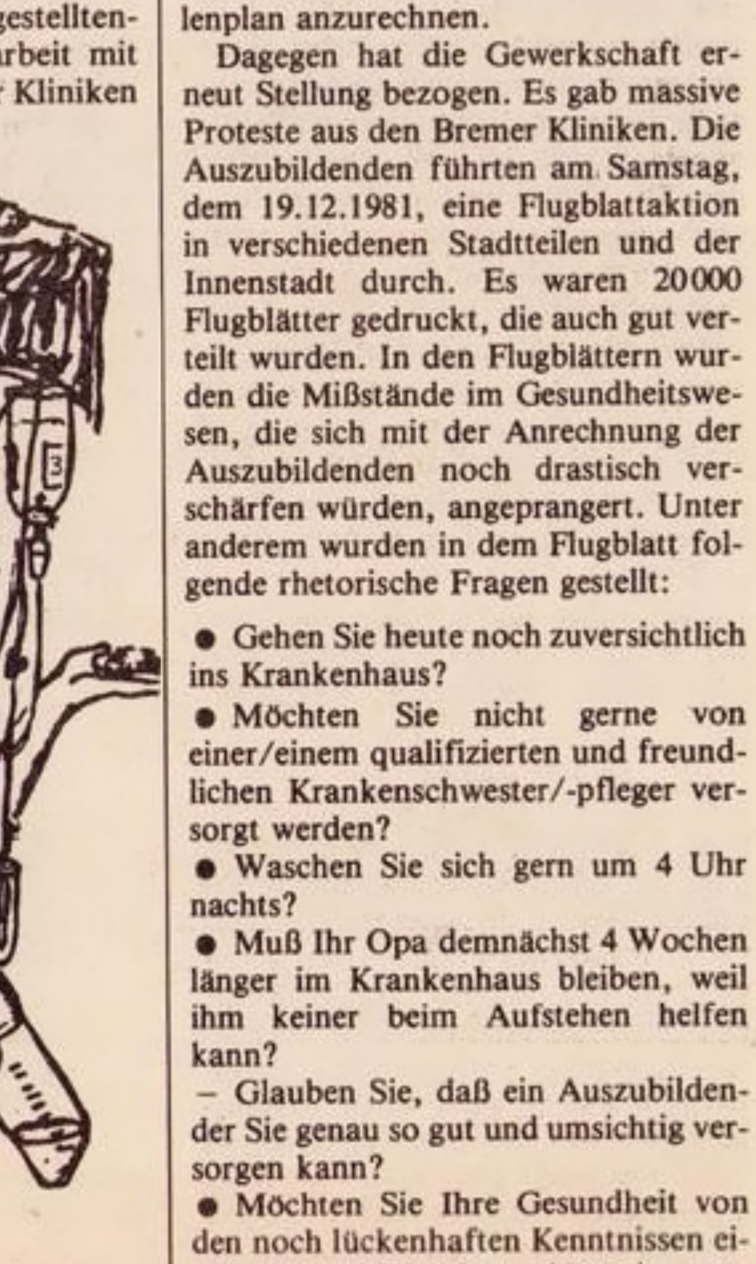
Neues Gewerkschaftsknebelgesetz in Uruguay

kvz. Die Regierung von Uruguay hat in Ausführungsbestimmungen zu dem Gewerkschaftsgesetz versucht, die Gewerkschaften von vorneherein ihrer Führung zu berauben. Ursprünglich wollte sie von den Gewerkschaftsführern ein Treuegelöbnis auf die Verfassung verlangen, was sie gegen den Protest der Arbeiter in Uruguay und der Internationalen Arbeiter-Organisation nicht durchsetzen konnten. Jetzt dürfen sich diejenigen nicht gewerkschaftlich betätigen, die in früher verbotenen Gewerkschaften Leitungsfunktionen innehatten. Neben den Mitgliedern des 1973 verbotenen CNT, des Gewerkschaftsdachverbandes, betrifft dies fast alle Führer der früheren Industriegewerkschaften. Ebenfalls dem Verbot der gewerkschaftlichen Arbeit unterliegen die Mitglieder der christdemokratischen und kommunistischen Partei.

Maßnahmen gegen die Anrechnung der Auszubildenden auf die Krankenpflegestellen

b.Bremen. Im Jahre 1971 beschloß der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation der Bremer Bürgerschaft, die Auszubildenden in der Krankenpflege und Kinderkrankenpflege nicht mehr auf den Stellenplan der Bremer Krankenhäuser anzurechnen. Diese Regelung trat am 1.4.1973 in Kraft. Da die Krankenkassen nicht verpflichtet sind, die Ausbildungskosten zu tragen, hat das Land Bremen den Krankenhausträgern seit dieser Zeit entsprechende Zuschüsse gewährt.

Seit diesem Beschluß hat es immer wieder Bestrebungen gegeben, die Nichtanrechnung rückgängig zu machen. 1975 war eine Anrechnung im Verhältnis 3:1 im Gespräch, d.h. drei Auszubildende sollten eine examinierte Kraft ersetzen. Das konnte durch den Widerstand der Gewerkschaft ÖTV verhindert werden.



Im Oktober 1977 wurde dieses Problem noch einmal in der Bremer Bürgerschaft behandelt. Sowohl Abgeordnete der SPD als auch der CDU sprachen sich gegen eine Anrechnung aus. Tepperwien (SPD): „Zunächst darf ich feststellen, daß die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Auffassung ist, daß eine Anrechnung der Lernschwestern und Lernpfleger auf den Bettenschlüssel aus gesundheits- und bildungspolitischen Gründen möglichst nicht vorgenommen werden sollte. Es entspricht grundsätzlich nicht den Vorstellungen der SPD-Bürgerschaftsfraktion, daß Auszubildende sich durch einen verhältnismäßig starken Arbeitseinsatz ihre Ausbildung selbst verdienen sollten."

Anfang 1981 war dann im Zuge einer neuen Welle von Sparbeschlüssen eine Anrechnung im Verhältnis von 5:1 im Gespräch. Bei 600 Auszubildenden hätte das eine Einsparung von 120 Planstellen im Pflegebereich in den Bremer Kommunalen Kliniken zur Folge gehabt. Ebenfalls Anfang 1981 veröffentlichte die Bremer Angestelltenkammer eine in Zusammenarbeit mit den Personalräten der Bremer Kliniken erstellte Untersuchung, in der nachgewiesen wurde, daß in den Bremer Kliniken 600 Pflegekräfte fehlen. Auch dieser erneute Versuch, eine Anrechnung durchzusetzen, konnte durch Proteste der Gewerkschaft ÖTV, Personalräte und der Öffentlichkeit verhindert werden.

In einem Flugblatt der ÖTV heißt es dazu: „Die Bremische Bürgerschaft hat am 6. Oktober 1977 den Senat aufgefordert, eine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan nicht vorzunehmen. Dieses gilt heute um so mehr, da eine rasante Verkürzung der Verweildauer im Krankenhaus, erhöhte Bettenausnutzung und veraltete Anhaltszahlen für die Besetzung der Krankenhäuser mit Personal den Beschäftigten das Äußerste abverlangen." Trotz dieser erfolgreichen Abwehrkämpfe wurde im November 1981 auf einer sozialpolitischen Konferenz, auf der Vertreter der Krankenkassen, der Stadt, der Gewerkschaften, der Parteien und von Personalräten aus den Kliniken anwesend waren, erneut der Plan erläutert, die Auszubildenden im Verhältnis von 4,5:1 auf den Stellenplan anzurechnen.

Dagegen hat die Gewerkschaft erneut Stellung bezogen. Es gab massive Proteste aus den Bremer Kliniken. Die Auszubildenden führten am Samstag, dem 19.12.1981, eine Flugblattaktion in verschiedenen Stadtteilen und der Innenstadt durch. Es waren 20000 Flugblätter gedruckt, die auch gut verteilt wurden. In den Flugblättern wurden die Mißstände im Gesundheitswesen, die sich mit der Anrechnung der Auszubildenden noch drastisch verschärfen würden, angeprangert. Unter anderem wurden in dem Flugblatt folgende rhetorische Fragen gestellt:

- Gehen Sie heute noch zuversichtlich ins Krankenhaus?
- Möchten Sie nicht gerne von einer/einem qualifizierten und freundlichen Krankenschwester/-pfleger versorgt werden?
- Waschen Sie sich gern um 4 Uhr nachts?
- Muß Ihr Opa demnächst 4 Wochen länger im Krankenhaus bleiben, weil ihm keiner beim Aufstehen helfen kann?
- Glauben Sie, daß ein Auszubildender Sie genau so gut und umsichtig versorgen kann?
- Möchten Sie Ihre Gesundheit von den noch lückenhaften Kenntnissen eines Auszubildenden abhängig machen?
- Ist unter diesen Umständen eine qualifizierte Ausbildung noch möglich?"

Im Zusammenhang mit diesem Flugblatt wurden unter folgende Forderungen Unterschriften gesammelt: „Keine Anrechnung der Auszubildenden! Keine Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen auf Kosten des Personals und der Patientenversorgung!"

Es unterschrieben ca. 3000 Leute. Die Flugblattaktion geht weiter. Die Durchführung einer Demonstration wird jetzt diskutiert.



gende rhetorische Fragen gestellt:

- Gehen Sie heute noch zuversichtlich ins Krankenhaus?
- Möchten Sie nicht gerne von einer/einem qualifizierten und freundlichen Krankenschwester/-pfleger versorgt werden?
- Waschen Sie sich gern um 4 Uhr nachts?
- Muß Ihr Opa demnächst 4 Wochen länger im Krankenhaus bleiben, weil ihm keiner beim Aufstehen helfen kann?
- Glauben Sie, daß ein Auszubildender Sie genau so gut und umsichtig versorgen kann?
- Möchten Sie Ihre Gesundheit von den noch lückenhaften Kenntnissen eines Auszubildenden abhängig machen?
- Ist unter diesen Umständen eine qualifizierte Ausbildung noch möglich?"

Im Zusammenhang mit diesem Flugblatt wurden unter folgende Forderungen Unterschriften gesammelt: „Keine Anrechnung der Auszubildenden! Keine Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen auf Kosten des Personals und der Patientenversorgung!"

Es unterschrieben ca. 3000 Leute. Die Flugblattaktion geht weiter. Die Durchführung einer Demonstration wird jetzt diskutiert.

Widerstand der Gewerkschaft ÖTV verhindert werden.

Im Oktober 1977 wurde dieses Problem noch einmal in der Bremer Bürgerschaft behandelt. Sowohl Abgeordnete der SPD als auch der CDU sprachen sich gegen eine Anrechnung aus. Tepperwien (SPD): „Zunächst darf ich feststellen, daß die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Auffassung ist, daß eine Anrechnung der Lernschwestern und Lernpfleger auf den Betten-

erstellte Untersuchung, in der nachgewiesen wurde, daß in den Bremer Kliniken 600 Pflegekräfte fehlen. Auch dieser erneute Versuch, eine Anrechnung durchzusetzen, konnte durch Proteste der Gewerkschaft ÖTV, Personalräte und der Öffentlichkeit verhindert werden.

In einem Flugblatt der ÖTV heißt es dazu: „Die Bremische Bürgerschaft hat am 6. Oktober 1977 den Senat aufgefordert, eine Anrechnung der Aus-

„Alles aus einer Hand"

Philips gründet Kommunikations Industrie Aktiengesellschaft

fug.Köln. Das Kölner Unternehmen Felten & Guilleaume Carlswerk AG heißt seit dem 1.1.1982 Philips Kommunikations Industrie AG (PKI). Hinter diesem Namenswechsel steht eine tiefgreifende Änderung in der Struktur dieser Firma durch den niederländischen Elektro-Konzern Philips, der seit 1979 70% der F & G-Aktien besaß.

Bei Felten & Guilleaume wurden in der Hauptsache seit über 100 Jahren Nachrichtenkabel (Hauptkunde: Post) und Energiekabel (Hauptkunde: Energieversorgungsunternehmen) von „internationalem Ruf" hergestellt. Seit Ende der 60er Jahre ging es allerdings bergab. In der Presse häuften sich in den letzten Jahren die Krisen- und Skandalmeldungen: Stagnation des Inlandmarktes, von 1974 bis 1979 keine Dividende mehr an die Aktionäre gezahlt, 1977 900 Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt, Machtkämpfe im Vorstand; 1981 wird der Betriebsratsvorsitzende Feckler entlassen wegen Verwicklung in Bestechungsaffären bei Grundstücksverkäufen und Ausbau seiner Villa mit Firmenmaterial und F & G-Arbeitern. „Gesundschrumpfen" war das Krisenkonzept; seit 1979 enge Anbindung der Nachrichtentechnik an Philips. Dabei spezialisierte sich Felten & Guilleaume auf die Herstellung von Lichtwellenleiter-Kabeln.

Folgende Untergliederungen hat jetzt die Philips Kommunikations Industrie AG (mit Hauptsitz in Nürnberg):

- Unternehmensbereich F & G Nachrichtenkabel und -anlagen mit Schwerpunkt in Köln, ca. 1800 Beschäftigte;
- Unternehmensbereich TEKADE Fernmeldegeräte und -systeme in Nürnberg, war bisher zu je 50% im Besitz von F & G und Philips Deutschland, ca. 2500 Beschäftigte;
- Unternehmensbereich Philips Data Systems in Siegen, ca. 2400 Beschäftigte, Büro- und Datentechnik.

Damit wird Philips in Deutschland wie bereits sein schärfster Konkurrent Siemens zum „Systemanbieter": Ein geschlossenes Programm vom Kabel bis zum Endgerät soll den Kunden „alles aus einer Hand" liefern. Außerdem spekuliert man auf Aufträge der Bundespost, die die Glasfaserverkabelung („Bigfon") des gesamten Fernmelde-Ortsnetzes plant und dafür allein für die nächsten 10 Jahre Investitionen in Höhe von 74 Mrd. DM vorgesehen hat.

Was den früheren Energiekabel-Bereich angeht, so soll der möglichst bald abgestoßen werden. Seit Monaten suchte Philips angeblich einen „Partner". Aber es geht wohl eher um einen Käufer, ähnlich wie für das unrentabel arbeitende holländische Kabelwerk NKF von Philips.

Von den Umstrukturierungen bei F & G Köln sind 50–70 Beschäftigte unmittelbar betroffen, die entweder entlassen, frühzeitig verrentet oder nach Nürnberg umgesetzt werden. Völlig unsicher bleibt die Zukunft bei der Energietechnik GmbH, während die Beschäftigten der PKI sich wohl darauf einstellen können, daß mittels der modernen Philips-Büro- und Datentechnik die größtmögliche Vernutzung ihrer Arbeitskraft bei ihnen erzielt werden soll.

Dual will 700 Arbeiter und Angestellte entlassen

kvz. Die Mitteilung über die Entlassungen wurde vom Konkursverwalter auf der Betriebsversammlung in dieser Woche gemacht. Für die Weiterbeschäftigten soll es im Verwaltungsbereich zu verschlechterten Arbeitsverträgen kommen. – Das Dual-Zweigwerk in Meßkirch (Kreis Sigmaringen) mit 260 Beschäftigten wird ganz geschlossen und es gibt Verhandlungen mit Kapitalisten um die Übernahme. Das Dual-Zweigwerk Hornberg wird innerhalb der nächsten drei, vier Monate geschlossen. Von 200 werden 80 entlassen, über 100 sollen vom Stammwerk in St. Georgen übernommen werden. In St. Georgen selbst werden 350 entlassen, davon mehr als die Hälfte aus dem Verwaltungs- und Entwicklungsbereich.

„Wir sind keine Maschinen“

MTM, MTM bei Daimler-Benz und der Kampf dagegen

Vor rund einem Jahrzehnt wurde in Westdeutschland eine neue Form der Akkordbestimmung und -entlohnung vor allem in Großbetrieben eingeführt. Das MTM schien auch vielen in den Gewerkschaften die Antwort auf das als unzulänglich erkannte herkömmliche Refa-System der Zeitnahme bei der Akkordarbeit zu sein. MTM schien eine objektivere Grundlage für die Lohnfindung zu bieten. Bei Daimler-Benz kam es im letzten Herbst zum Krach: nach einer Umstellung des Produktionsganges wurden gleichzeitig die Zeiten gekürzt.

row.Stuttgart. MTM oder auch von Arbeitern mit „Mach Tausend mehr“, „Mit Teuflischen Mitteln“ oder „Maschinen-Teil-Mensch“ gekennzeichnet ist *ein* System vorbestimmter Arbeitszeiten. (MTM: „Methods-Time Measurement“) MTM ist eine Weiterentwicklung der Methoden von *Taylor* und *Gilbreth*. *Taylor*, „der Vater der Zeitstudie“, war bereits Ende des 19. Jahrhunderts davon ausgegangen, „daß es zur Ermittlung der vorzuschreibenden Arbeitsmethode notwendig wäre, den Arbeitsgang in Teilvorgänge aufzuteilen, eine Beschreibung jedes Teilvorgangs zu geben, mit der Stoppuhr eine Aufnahme von jedem Teilvorgang zu machen und gewisse Zuschläge hinzuzufügen, um unvermeidliche Zeitverluste und Ermüdung auszugleichen“. MTM als „Weiterentwicklung“ entfernt sich vom konkreten Arbeitsablauf des Arbeiters und des Arbeitsvorganges. Am „Reißbrett“ wurden alle körperlichen Bewegungen in 19 Grundbewegungen eingeteilt. Jeder wurde ein Zeitwert (TMU) zugeteilt, der kleinste TMU = 0,03 sec. Die Zeit, die der Arbeiter brauchen darf, ergibt sich somit aus der Summe der Teilbewegungen, abgelesen aus der Tabelle.

Wurden bzw. werden Arbeitszeiten vom Stopper aufgenommen, so spielt der konkrete Arbeitsablauf eine gewisse Rolle, wie auch die Zeitgradschätzung des Stoppers, d.h. was er als „Normalleistung“ beurteilt. So problematisch diese Zeitaufnahmen mit dem Stopper im Kreuz – man kann das Arbeitstempo nur schwer drosseln – auch sind, jedenfalls sprechen viele Erfahrungen der Arbeiter dafür, daß man hier und da noch etwas „Luft“ herausholen kann. Mit MTM ist das erledigt. Kurz: „MTM ist die Reduzierung des Menschen auf seine mechanischen Eigenschaften“ (*Mendner*, zit. n. *H. Sackstetter*, Rationalisierung, Stuttgart 1979) oder ein Vergewaltigungs-System erster Ordnung. Werden mit neuen Maschinen oder mit Hilfsmitteln die Arbeitsabläufe vereinfacht, wird dies unter MTM für den Arbeiter immer höllischer. Ein einfaches Beispiel aus dem MTM-Grundlehrgang.

Daß in (II) eine Schaumstoffunterlage die feste Unterlage (I) ersetzt, bedeutet: Die vorgegebene Zeit von 3,5 TMU (0,105 sec.) sinkt auf 2 TMU (0,06 sec.), eine Verkürzung um 43%. Das ermöglicht, den Arbeiter mehr Platinen aufnehmen zu lassen. Obwohl der einzelne Arbeitsablauf leichter wird, werden durch die immer dichtere Aneinanderreihung derselben Handgriffe die Muskeln, die Nerven wie die gesamte Lebenskraft des Arbeiters zunehmend kaputt gemacht.

I – Platine (20 mm Ø) flach auf Ebene liegend greifen			II – Platine von Schaumstoffunterlage greifen		
Beschreibung	Symbol	TMU	Beschreibung	Symbol	TMU
	G1B	3,5		G1A	2,0

Seit drei Jahren gelten MTM-Vorgabezeiten laut Betriebsvereinbarung für die süddeutschen Daimler-Werke Sindelfingen, Untertürkheim, Gaggenau und Mannheim. Zum aktiven Widerstand kam es z.B. in der Schräglenkerfertigung in Mettingen (Esslingen), als veränderte Schweißautomaten die „unproduktiven“ Zeiten – also Warte- und Erholzeiten für den Arbeiter – kürzten und die Stückzahlen nach oben trieben (im Prinzip dasselbe wie im abgebildeten Beispiel). „Wir sind keine Maschinen“, stellten die Arbeiter klar und arbeiteten trotz ständiger Einschüchterungsmaßnahmen durch die Werksleitung nach den alten Stückzahlen weiter. Die Firma kürzte den Lohn. Unterstützung hatte die Abteilung vor allem von den Betriebsräten der „plakat“-Gruppe (*Hoss/Mühleisen*), die auch als einzige 1977 gegen die MTM-Vereinbarungen gestimmt hatten. Grundlage in dieser langandauernden Auseinandersetzung blieb die Einheit der Abteilung selbst; auf Flugblättern und auf Betriebsversammlungen wurde ständig darüber informiert. Der Betriebsratsvorsitzende *Funk* mußte selbst zugeben, daß solche Arbeitsmethoden auf Dauer nur die Gesundheit ruinieren können. Der gesamte Betriebsrat einigte sich darauf, der Werksleitung einseitige Akkordfestsetzung vorzuhalten. Danach übernahm die IGM-Verwaltungsstelle Klage auf Weiterbezahlung des bisherigen Lohns, solange die Reklamation nicht entschieden ist, laut Tarifvertrag. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Werksleitung im Rahmen einer außerbetrieblichen Einigungsstelle neu mit dem Betriebsrat verhandeln muß.

Inzwischen gelten in allen Daimler Werken mit Ausnahme von Harburg und Düsseldorf MTM-Vereinbarungen. Daimler hat dabei eine Lohnangleichung an das Niveau der süddeutschen Werke und 5% Erholzeit zugestanden. Wie realitätsfremd die MTM-Vorgabezeiten häufig sind, berichteten mehrere Betriebsräte im Gesamtbetriebsrat und forderten Zeitzuschläge, wie z.B. bei Überschneidungen am Fließband. MTM berücksichtigt auch nicht, ob ein Teil kurz hintereinander oder in längeren Abständen in die Maschine gelegt wird, wie schwer das Teil ist, unter welcher Temperatur das gemacht wird. MTM kennt kein Fallenlassen und Wiederaufheben von Schrauben.

Es sieht danach aus, als könnte sich die Mehrheit im Gesamtbetriebsrat auf Forderungen nach Zeitzuschlägen bei diesen krassen Fällen einigen. Der Vorschlag der „plakat“-Gruppe in Untertürkheim, die gesamte MTM-Vereinbarung auf Ende 1981 zu kündigen, ist abgelehnt worden. Begründung der IGM-Betriebsräte: Es liegt nicht am MTM, sondern an der konkreten Arbeitsgestaltung (z.B. Verbesserung durch Einsatz von Kränen bei schweren Teilen).

Nach meiner Meinung fehlen für eine bessere Argumentation gegen MTM wie auch andere Zeitstudien einige allgemein verständliche medizinische Fakten, die belegen den direkten Zusammenhang von Arbeitssteigerung, Monotonie und dem physischen und psychischen Verschleiß des Arbeiters. Es fehlt so etwas wie ein „medizinischer Wallraff“. Außerdem sollte man über alternative Arbeitsabläufe wie Arbeitsplatzwechsel, Mindesttaktzeiten, Doppelbesetzung usw. als Schutz gegen die immer schnellere Ruinierung der Gesundheit nachdenken, gerade in den Gewerkschaften.

Immer mehr Jugendliche bleiben auf der Krisenstrecke

Ausbildungsbilanz 1981 wurde negativ, 130000 Jugendliche sind arbeitslos und eine Wende kommt nicht von selbst

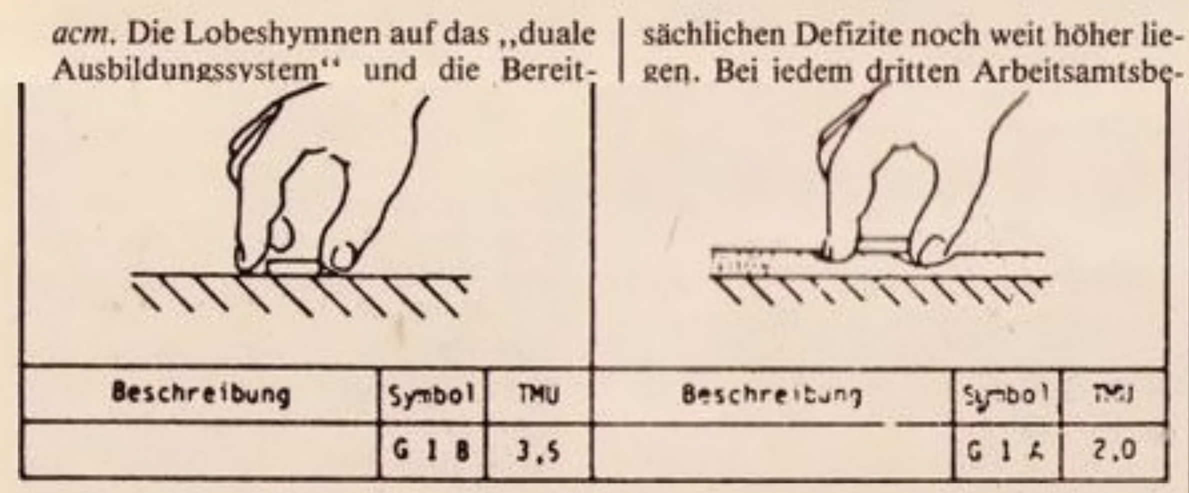
acm. Die Lobeshymnen auf das „duale Ausbildungssystem“ und die Bereit- sächlichen Defizite noch weit höher liegen. Bei jedem dritten Arbeitsamtsbe-



Arbeitslosen (siehe dazu Schaubild und Tabelle) verdeutlichen die eingetretene Entwicklung: Der Krisenverlauf in der BRD hat seit den 60er Jahren im Rhythmus der Zyklen zu einer immer höheren Zahl arbeitsloser Jugendlicher geführt. Das Argument, mit der sinkenden Zahl Jugendlicher ab 1985 (wegen der geburtenschwachen Jahrgänge) werde sich die Lage entspannen, ist nur bedingt zulässig. Denn es ist nicht nur die Zahl der Ausbil-

auch Engholm voraus, als er mahnend in Richtung „Arbeitgeber“ formulierte: „Wird diese Aufgabe nicht bewältigt, darf sich niemand wundern, wenn die betroffenen Jugendlichen, die Gewerkschaften und andere neuerlich die Debatte eröffnen, ob das gegebene Instrumentarium ausreicht, um genügend Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.“

Eine solche Debatte kann aber in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung



Beschreibung	Symbol	TMU	Beschreibung	Symbol	TMU
	G1B	3,5		G1A	2,0

der konkrete Arbeitsablauf eine gewisse Rolle, wie auch die Zeitgradschätzung des Stoppers, d.h. was er als „Normalleistung“ beurteilt. So problematisch diese Zeitaufnahmen mit dem Stopper im Kreuz – man kann das Arbeitstempo nur schwer drosseln – auch sind, jedenfalls sprechen viele Erfahrungen der Arbeiter dafür, daß man hier und da noch etwas „Luft“

wird, werden durch die immer dichtere Aneinanderreihung derselben Handgriffe die Muskeln, die Nerven wie die gesamte Lebenskraft des Arbeiters zunehmend kaputt gemacht.

Seit drei Jahren gelten MTM-Vorgabezeiten laut Betriebsvereinbarung für die süddeutschen Daimler-Werke Sindelfingen, Untertürkheim, Gaggenau und Mannheim. Zum akti-

Gesundheit ruinieren können. Der gesamte Betriebsrat einigte sich darauf, der Werksleitung einseitige Akkordfestsetzung vorzuhalten. Danach übernahm die IGM-Verwaltungsstelle Klage auf Weiterbezahlung des bisherigen Lohns, solange die Reklamation nicht entschieden ist, laut Tarifvertrag. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Werksleitung im Rahmen einer außerbetrieblichen Einigungsstelle neu mit dem Betriebsrat verhandeln muß.

Inzwischen gelten in allen Daimler Werken mit Ausnahme von Harburg und Düsseldorf MTM-Vereinbarungen. Daimler hat dabei eine Lohnangleichung an das Niveau der süddeutschen Werke und 5% Erholzeit zugestanden. Wie realitätsfremd die MTM-Vorgabezeiten häufig sind, berichteten mehrere Betriebsräte im Gesamtbetriebsrat und forderten Zeitzuschläge,

wie z.B. bei Überschneidungen am Fließband. MTM berücksichtigt auch nicht, ob ein Teil kurz hintereinander oder in längeren Abständen in die Maschine gelegt wird, wie schwer das Teil ist, unter welcher Temperatur das gemacht wird. MTM kennt kein Fallenlassen und Wiederaufheben von Schrauben.

Es sieht danach aus, als könnte sich die Mehrheit im Gesamtbetriebsrat auf Forderungen nach Zeitzuschlägen bei diesen krassen Fällen einigen. Der Vorschlag der „plakat“-Gruppe in Untertürkheim, die gesamte MTM-Vereinbarung auf Ende 1981 zu kündigen, ist abgelehnt worden. Begründung der IGM-Betriebsräte: Es liegt nicht am MTM, sondern an der konkreten Ar-

beitsgestaltung (z.B. Verbesserung durch Einsatz von Kränen bei schweren Teilen).

Nach meiner Meinung fehlen für eine bessere Argumentation gegen MTM wie auch andere Zeitstudien einige allgemein verständliche medizinische Fakten, die belegen den direkten Zusammenhang von Arbeitssteigerung, Monotonie und dem physischen und psychischen Verschleiß des Arbeiters. Es fehlt so etwas wie ein „medizinischer Wallraff“. Außerdem sollte man über alternative Arbeitsabläufe wie Arbeitsplatzwechsel, Mindesttaktzeiten, Doppelbesetzung usw. als Schutz gegen die immer schnellere Ruinierung der Gesundheit nachdenken, gerade in den Gewerkschaften.

Immer mehr Jugendliche bleiben auf der Krisenstrecke

Ausbildungsbilanz 1981 wurde negativ, 130000 Jugendliche sind arbeitslos und eine Wende kommt nicht von selbst

acm. Die Lobeshymnen auf das „duale Ausbildungssystem“ und die Bereitschaft der Kapitalisten zur beruflichen Ausbildung wollten im letzten Jahr überhaupt nicht abreißen. Seine Grundlage fand dies alles in dem gefeierten Angebotsüberschuß an Ausbildungsplätzen gegenüber der Nachfrage durch die Jugend, der sich nach 1980 auch in 1981 fortsetzen sollte.

Aber die euphorische und trügerische Stimmung wurde zum Jahresende mit den Tatsachen konfrontiert. Zum einen ließen die Zahlen über die abgeschlossenen Ausbildungsverträge für das Jahr 1981 Minister Engholm von einer „bedrohlichen Entwicklung“ sprechen, denn um rund 60000 sank die Zahl der Ausbildungsverträge von 1980 669000 auf 1981 605000 (jeweils Dezember). Das Bildungsministerium war in seiner Schätzung von 638000 Ausbildungsverträgen ausgegangen, und der Rückgang übersteigt bei weitem den Rückgang der Ausbildung suchenden Jugendlichen. Insgesamt beträgt der Rückgang an Ausbildungsverträgen nun fast 10% und ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß im Bereich Industrie und Handel die Zahl der Verträge um 8,3% ins Minus ging, während Handwerk und Öffentlicher Dienst in etwa gleiche Raten wie im Vorjahr aufzuweisen hatten.

Mittlerweile ist in den Bundesländern Bremen, Berlin, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ein absoluter Mangel an Lehrstellen zu verzeichnen. Tausende von Jugendlichen suchen aber eine Ausbildungsstelle, ohne sich beim Arbeitsamt zu melden, und daher werden die tatsächlichen Defizite noch weit höher liegen. Bei jedem dritten Arbeitsamtsbezirk liegt das Angebot an Lehrstellen jetzt niedriger als die Nachfrage. Zwar besteht nominell in der BRD immer noch ein Angebotsüberschuß von 2,5%, aber selbst das Bundesministerium ging in den letzten Jahren immer aus von einem nötigen Angebotsüberhang von 12,5%, um überhaupt insgesamt eine Deckung der Ausbildungsnachfrage zu erreichen. Genau damit war ja auch die Fondsbildung zur Finanzierung von beruflicher Ausbildung per Umlage der Kapitalisten begründet worden, die allerdings sang- und klanglos aus dem Gesetz zur Ausbildungsförderung gestrichen wurde, nachdem das Bundesverfassungsgericht das erste Gesetz hatte hochgehen lassen.

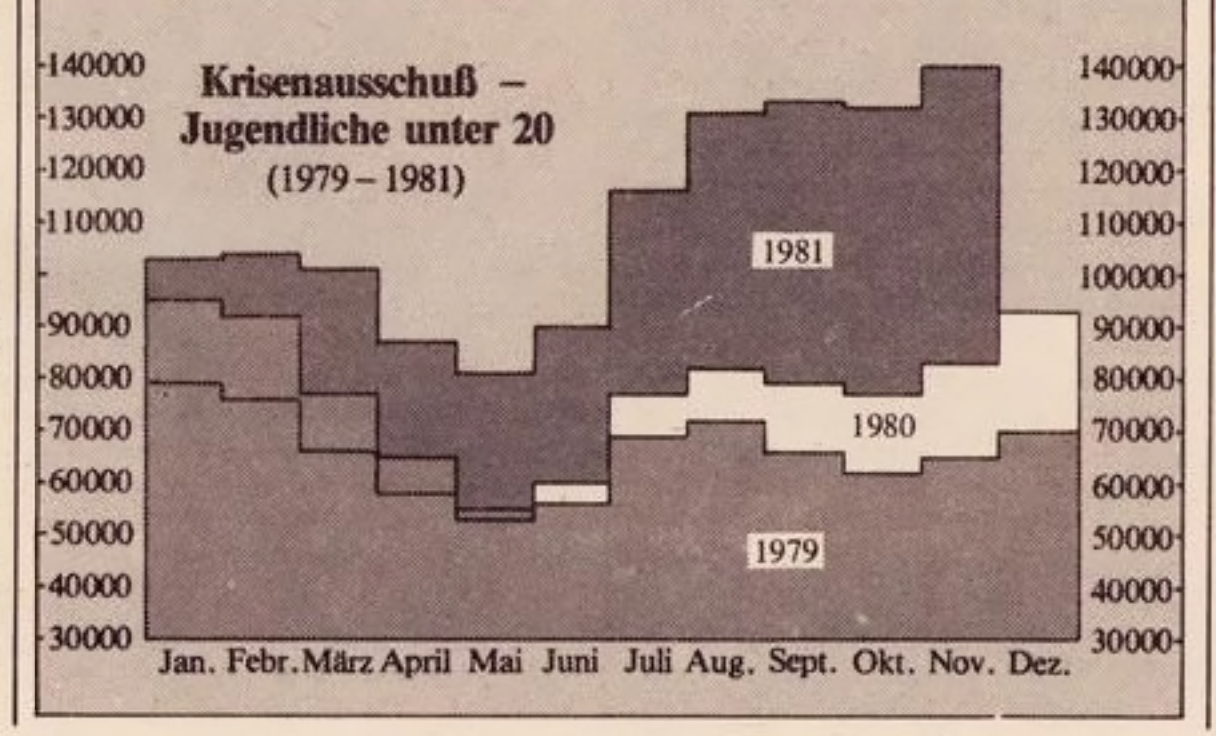
Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat denn auch nach dem Ausstoß der Schulabgänger im Sommer zu einer absoluten Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit geführt. Seit August sind über 130000 Jugendliche bis zu 20 Jahren arbeitslos. Die Zahlen der jugendlichen und jungen Arbeitslosen (siehe dazu Schaubild und Tabelle) verdeutlichen die eingetretene Entwicklung: Der Krisenverlauf in der BRD hat seit den 60er Jahren im Rhythmus der Zyklen zu einer immer höheren Zahl arbeitsloser Jugendlicher geführt. Das Argument, mit der sinkenden Zahl Jugendlicher ab 1985 (wegen der geburtenschwachen Jahrgänge) werde sich die Lage entspannen, ist nur bedingt zulässig. Denn es ist nicht nur die Zahl der Ausbildungssuchenden, die hochgeht, sondern überhaupt die Zahl junger Arbeitsloser im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, die deutlich macht, daß der kapitalistische Krisenverlauf gerade auch diese Seite der kapitalistischen Reservearmee anschwellen läßt – heute auf 30% des Heeres der Arbeitslosen.



Für die Kapitalisten schafft dies weithin günstige Bedingungen: Zu der schon bestehenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die sie nutzen können, kommt die bestehende Möglichkeit hinzu, junge, unverbrauchte Arbeitskraft unter für die Arbeiter schlechtesten Bedingungen in den Produktionsprozeß einzusaugen. Der Zwang, auch in die noch so schlechten Ausbildungsberufe zu gehen, verschärft sich weiter. Zusätzlich werden die Bedingungen für die Kapitalisten erleichtert, die Kämpfe der Betriebsräte und Jugendvertretungen für die Übernahme nach der Ausbildung zu unterlaufen und gegeneinander auszuspielen. Genau in diese Richtung geht auch die jüngste Erklärung der Kapitalistenverbände, und auch Schnittker vom Handwerk hat schon die Bereitschaft zur Steigerung von Ausbildungsplätzen im Handwerk hervorgehoben.

Im Laufe des Jahres wird sich die Situation weiter verschärfen. Die Jugendarbeitslosigkeit wird hoch bleiben, die nächste Generation Schulabgänger im Sommer wird noch schlechtere Bedingungen vorfinden. Diesen Gang der Dinge bezüglich Berufsausbildung und Konjunkturentwicklung sah natürlich auch Engholm voraus, als er mahnend in Richtung „Arbeitgeber“ formulierte: „Wird diese Aufgabe nicht bewältigt, darf sich niemand wundern, wenn die betroffenen Jugendlichen, die Gewerkschaften und andere neuerlich die Debatte eröffnen, ob das gegebene Instrumentarium ausreicht, um genügend Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.“

Eine solche Debatte kann aber in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nur bedeuten: Bruch mit den Appellen und Hoffnungen an und auf Regierung, SPD und Kapitalisten. Einleitung eines Kurses, der auf Umwälzung des Bildungssystems geht. Die Einschränkung des bisherigen Kampfspielraums in der Praxis von Betrieb und Branche zeigt die Überfälligkeit dieses Bruches schon deutlich. Jetzt aber wird die Sache zwingend – allerdings unter erschwerten Bedingungen für die Arbeiterbewegung – um tiefgreifende Niederlagen zu verhindern.



Anteil der Arbeitslosen bis 25 Jahre
von 1967 bis 1981 (jeweils September)

Jahr	Jugendliche unter 20 J. Anzahl	%	Jugendliche 20–25 J. Anzahl	%	Spalte 1+2 zusammen Anzahl	%
1967	19212	5,6	24322	7,1	43534	12,7
1968	8318	4,8	12334	7,1	20652	11,9
1969	5791	5,7	8700	8,7	14491	14,4
1970	7522	7,7	10653	10,9	18175	18,6
1971	11729	8,0	17272	11,8	29001	19,8
1972	15501	8,0	23072	11,9	38573	19,9
1973	20960	9,6	30041	13,7	51001	23,3
1974	69793	12,5	88258	15,9	158051	28,4
1975	115753	11,5	171620	17,1	287373	28,6
1976	102649	11,4	154456	17,2	257105	28,6
1977	105949	11,6	161873	17,8	267822	29,4
1978	92030	10,6	153931	17,8	245961	28,4
1979	68593	9,3	123709	16,8	192302	26,1
1980	81055	9,9	143526	17,4	224581	27,3
1981*	132811	11,0	229290	19,0	362101	30,0

Alle Angaben und Berechnungen nach „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit“, versch. Monate und Jahrgänge und für 1981 „Pressemitteilung“ vom 22.12.1981 – * Die Zahlen für September 1981 beruhen auf eigener Berechnung nach Ausgangsdaten der Bundesanstalt für Arbeit.

Solidarność braucht jetzt unsere Solidarität

aus: „Deutsche Post", Nr. 1

„Ich habe am ersten Tag gesagt: Erinnert euch, wir werden siegen", so hatte der polnische Gewerkschaftsführer Lech Walesa im Gespräch mit der Journalistin Gatter-Klenk vor knapp einem Jahr seine tiefe Zuversicht und Hoffnung ausgedrückt, nachzulesen in ihrem Buch „Gespräche mit Lech Walesa". Der Solidarność-Vorsitzende ergänzte: „Was wir hier machen, kann etwas Großes werden, was die Welt verändert ... Wir sind dazu da, mehr Menschlichkeit zu erreichen, und Solidarność ist ein Schritt in diese Richtung ... Ich habe keine andere Stärke als die des Herzens und meines Glaubens ... Ohne tiefen Glauben würde mein Kopf davongeblasen ..."

Während diese Zeilen kurz vor Weihnachten geschrieben werden, wissen wir nicht, ob Walesa tatsächlich mit dem Militärregime in Warschau verhandelt (was gibt es mit Mördern zu verhandeln?) oder ob er wie alle anderen 107 Mitglieder der Solidarność-Landeskommission und mit Tausenden anderer in einem „Internierungslager" schmachtet. Sicher ist nur, daß es wieder einmal nichts damit geworden ist, einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz zu erreichen. Ein weiteres Mal hat sich die Hoffnung auf einen „demokratischen Kommunismus" als „der alchimistische Traum vom trockenen Wasser" (Leszek Kolakowski) erwiesen.

Und trotzdem darf dieses Bemühen nicht aufgegeben werden. Die gewerkschaftliche Erneuerungsbewegung in Polen war kein schlechter Weg, weil sie sich auf eine Massenbasis stützen konnte. Um so wichtiger ist es, daß diese Anstrengungen nicht umsonst gewesen sein dürfen. Es fällt zwar schwer im Moment, der Ankündigung Jaruzelskis zu trauen, daß man nach Wiederherstellung der Ordnung wieder zu dem Reformkurs in Partei und Gesellschaft zurückkehren wolle. Aber es muß alles Geeignete getan und alles Ungeeignete unterlassen werden, was diese Rückkehr beschleunigen bzw. erschweren könnte. Dazu gehört sowohl der scharfe Protest gegen die Verletzung der Freiheitsrechte und Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte, die Forderung nach sofortiger Freilassung aller politischen Gefangenen wie auch die Fortführung der humanitären Hilfe für die Bevölkerung Polens. Es wäre absurd die Nahrungsmittellieferungen einzustellen oder jetzt den sozialistischen Bruderländern zu überlassen, weil sie zur Überwindung der Krise und damit zur Stabilisierung des Systems beitragen würden. Jedermann weiß, daß das kommunistische Regime in Polen sich nur mit nackter Gewalt an der Macht hält. Also gilt es den Menschen zu helfen. Sie brauchen unsere Hilfe, nicht nur in Form von Lebensmitteln, sondern auch in moralischer Unterstützung. Solidarność braucht jetzt erst recht unsere Solidarität. I. Sch.

DGB-Aufruf zur

praktischen Solidarität für Polen

In Erfüllung der Erklärung vom 14. Dezember 1981 zu den Ereignissen in Polen (siehe Seite 15) verabschiedete der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand am 21. Dezember einen Aufruf zur praktischen Solidarität. Nach einer Bekräftigung politischer Forderungen appelliert der DGB an alle Arbeitnehmer:

„Gleichzeitig gilt es auch, praktisch zu helfen. Darum ruft der DGB auf zur Aktion

Solidarität für Polen,

um den arbeitenden Menschen bei der Beseitigung ihrer Versorgungsprobleme in diesem Winter zu helfen. Dazu wollen wir frei zusammenarbeiten mit ihren gewählten gewerkschaftlichen Vertretern der ‚Solidarität'.

Wir rufen die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland auf, durch ihre Spende zu helfen, den Menschen in Polen Lebensmittel und Medikamente zu bringen. Zu diesem Zweck hat der DGB den gemeinnützigen Verein ‚Solidarität für Polen, Deutscher Gewerkschaftsbund' gegründet.

Zeigt Solidarität für Polen. Zahlt Eure Spenden ein auf das Konto Nr. 99999 bei der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Düsseldorf (BLZ 300 101 11) oder das Postscheckkonto Nr. 43-431 beim Postscheckamt Essen (BLZ 360 100 43)."

„Seit dem 13. Dezember 1981 herrscht in Polen das Kriegsrecht. Die in einem Jahr mühsam errungenen ersten Ansätze zu mehr gewerkschaftlichen und bürgerlichen Freiheiten wurden so in einer Nacht zerstört.

Tausende von Gewerkschaftern sind inhaftiert. Demonstranten gegen dieses Unrecht werden geschlagen und erschossen.

So wurden auch in einer Nacht die Hoffnungen der Polen und der Welt zerschlagen, daß der Reformwille eine freie Gesellschaft herbeiführen werde.

Der Ausnahmezustand in Polen erschüttert aber auch die Hoffnungen auf mehr Frieden und Entspannung, wie sie der DGB-Friedensappell ausdrückt. Polen ist in Not und das polnische Volk hat Anspruch auf unsere Hilfe. Wir haben die Pflicht zur

Solidarität für Polen.

Der DGB fordert in Übereinstimmung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund

- die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Polen,
- die sofortige Freilassung der inhaftierten und internierten Gewerkschafter,
- die Einhaltung der Abkommen von Danzig, Stettin und Kattowitz,
- die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den gewählten Sprechern der „Solidarität" mit der Regierung.

Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung durch den DGB ist unzureichend

Dialog oder Kampf / Blocklogik / gesellschaftliche Bewegung

geh. Viele sind unzufrieden über die bisherigen DGB-Aktivitäten gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zur Unterstützung der „Solidarität".

Der DGB hat zwei Protesterklärungen an die Adresse des polnischen Militärregimes gerichtet und eine Spendensammlung „Solidarität für Polen" eingerichtet. Die IG Metall hat ebenfalls früh eine Protesterklärung abgegeben und eine eigene Spendensammlung in Gang gesetzt. Die anderen Einzelgewerkschaften haben unterschiedlich reagiert. Die IG Bergbau und Energie hat in ihrer Zeitung den Militärputsch heftig kritisiert und die Sowjetunion auch als Drahtzieher benannt. Von Protesterklärungen der ÖTV, DPG und HBV über magere versteckte 20-Zeilen-Meldungen über die DGB-Stellungnahme in der Holzarbeiterzeitung bis hin zur schlichten Nichterwähnung der polnischen Ereignisse im ÖTV-Magazin reicht die Spannbreite der Stellungnahmen.

Viele hatten natürlich auch nicht erwartet, daß der DGB wie andere Gewerkschaften in Frankreich oder wie in Italien die zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbünde zu Demonstrationen gegen den Militärputsch und zur politischen Unterstützung der „Solidarität" aufgerufen hätte. Notwendig wäre eine schärfere Verurteilung dieser Maßnahmen und ihrer Hintermänner schon gewesen, vor allem aber eine wirksamere Unterstützung der „Solidarität".

Die Differenzen und Irritationen zwischen DGB, den westdeutschen Einzelgewerkschaften und der „Solidarität" rühren nicht aus der Verbindung der „Solidarität" mit der katholischen Kirche und den hiesigen rechten Gruppen wie der „Gesellschaft für Menschenrechte" oder dem CGB, dem christlichen Gewerkschaftsbund, her, obwohl das eine Rolle spielt. Aber vielleicht sind das eher Ergebnisse der Haltung des DGB. Sie haben auch nicht die Ursache, daß der DGB politisch den alten Gewerkschaften in Polen näher stünde. Dies mag wohl für einige Redakteure der „Welt der Arbeit" gelten, die sich bisher als Dreckschleuder gegen die „Solidarität" verhielten.

Die Differenzen bestehen einmal darin, daß die Gewerkschaften hier zwar Beziehungen zu Gewerkschaften in anderen Ländern aufnehmen wollen, aber keine Beziehungen wollen zu oppositionellen gesellschaftlichen Bewegungen, die die „Solidarität" notwendigerweise werden mußte. Das hat in der ohnehin schlechten Berichterstattung zur Folge gehabt, daß in der Gewerkschaftspresse über die Ziele der Solidarität kein Bild zu gewinnen war. Wenn etwas berichtet wurde, dann über die allgemein schlechte Versorgungslage und über die Arbeit der „Solidarität" im Betrieb.

Tatsächlich müssen die westdeutschen Gewerkschaften mehr und mehr selbst oppositionelle gesellschaftliche Bewegung werden. Schon heute kann man dies ja am alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden DGB-Programm sehen und daran, daß die überkommene Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und der SPD als deren politischer Arm nicht mehr funktioniert.

Diese Entwicklung trifft jedoch in den Gewerkschaften, insbesondere in den Führungsetagen, auf erheblichen Widerstand.

Dazu kommt, und das ist das Problem Nr. 2, daß diese polnische gesellschaftliche Bewegung erhebliche Unsicherheit und Auflösungserscheinungen in die Herrschaft der Sowjetunion über den von ihr beherrschten Block bringt. Die in den Gewerkschaften im wesentlichen ungebrochene SPD-Position, daß es die Friedenspolitik gefährde, wenn es in einem der Blöcke zu Erschütterungen komme, führt auf der einen Seite zur engen Verbindung mit der herrschenden SPD-Auffassung über die Notwendigkeit des Bündnisses mit den USA, andererseits folgt daraus, daß die Entwicklung der „Solidarität" in Polen als einer Kraft, die die Herrschaft der SU zumindest auf die Dauer in Frage stellt, mit gemischten Gefühlen betrachtet wird. Da die Erhaltung des Friedens als die wichtigste Aufgabe angesehen wird, kommt es dann zu keiner Unterstützung der „Solidarität" und es wird dannkein Wort gegen die Sowjetunion gesagt, gegen die Hintermänner des Militärputsches und warum dieser Putsch durchgeführt wurde.

Dies führt dann zur Differenz Nr. 3: der Fehlbeurteilung der Lage in Polen auch schon vor dem Putsch. In den Stellungnahmen wird viel von „Dialog" geredet. Oder auch, daß der „Dialog fortgesetzt werden soll". Abgesehen von der fragwürdigen Einschätzung der Form der Auseinandersetzung zwischen Volk und Regierung als Gespräch und „Dialog", wo ja in der Vergangenheit kein Gespräch stattfand, es kein Ergebnis gab, das nicht vorher erkämpft, erstreikt wurde oder dessen Ergebnisse hinterher nicht wieder nur durch Streik Wirklichkeit wurden, wo außerdem die Regierung die wesentlichen Zusagen eben nicht eingehalten hat, abgesehen hiervon werden vom DGB auch noch beide Seiten einfach als „Polen", als polnische Kräfte gehandelt. Die Seite des „Statthalters" der Jaruzelski-Siwicki-Junta kommt gar nicht zum Tragen. Darauf baut dann wieder die „Nicht-Einmischungs"-theorie der Gewerkschaften.

Diese Positionen prägen die Zurückhaltung der DGB-Führung und die der meisten Einzelgewerkschaften. Zu finden sind sie nicht nur dort. Kritik und Aufklärung zu diesen Punkten ist notwendig, um kurzfristig die Aktivitäten zu verstärken und um eine langfristige Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiterbewegung überhaupt zu ermöglichen.

Die Beispiele der Aktionen und Erklärungen auf den unteren Ebenen der Gewerkschaft zeigen, daß die westdeutschen Arbeiter den Wunsch haben, die polnischen Arbeiter zu unterstützen. Der Streikaufruf des bayrischen DGB-Landesverbands und die oft spontane Befolgung dieses Aufrufs zeigen, daß auch die Zurückhaltung des DGB mit solchen Aktionen nicht gerechtfertigt war. Die Sondierungsreise des polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zeigt überdies, daß die westdeutschen Reaktionen bedeutsam für die weiteren Aktionen der polnischen Regierung und deren Hintermänner gewesen sind und weiter sind. Eine andere Reaktion des DGB hätte über SPD und Bundesregierung auch so Druck auf das herrschende Militärregime nehmen können.

Oldenburg: Der DGB, SPD und Grüne hatten vor Weihnachten zu einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung gegen die Ausrufung des Kriegsrechts und des Ausnahmezustandes in Polen aufgerufen. 400 Teilneh-

„Solidarität mit Solidarność"

Aktionen, Sammlungen und Dokumente aus Gewerkschaften und Betrieben

ruf. In München, Augsburg und Nürnberg ruhte der öffentliche Nahverkehr. Nach Zeitungsmeldungen nahmen rd. 40000, insbesondere in den Großbetrieben bei BMW und Kraus-Maffei an dieser Aktion teil.

Politik der Militärregierung kein Weg zur Bewältigung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise ist. Derartige Probleme können vielmehr nur im Wege des Dialogs gelöst werden, der die Argumentations- und

gen appelliert der DGB an alle Arbeitnehmer: „Gleichzeitig gilt es auch, praktisch zu helfen. Darum ruft der DGB auf zur Aktion Solidarität für Polen, um den arbeitenden Menschen bei der Beseitigung ihrer Versorgungsprobleme in diesem Winter zu helfen. Dazu wollen wir frei zusammenarbeiten mit ihren gewählten gewerkschaftlichen Vertretern der ‚Solidarität'. Wir rufen die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland auf, durch ihre Spende zu helfen, den Menschen in Polen Lebensmittel und Medikamente zu bringen. Zu diesem Zweck hat der DGB den gemeinnützigen Verein ‚Solidarität für Polen, Deutscher Gewerkschaftsbund' gegründet. Zeigt Solidarität für Polen. Zahlt Eure Spenden ein auf das Konto Nr. 99999 bei der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Düsseldorf (BLZ 300 101 11) oder das Postscheckkonto Nr. 43-431 beim Postscheckamt Essen (BLZ 360 100 43)."

„Seit dem 13. Dezember 1981 herrscht in Polen das Kriegsrecht. Die in einem Jahr mühsam errungenen ersten Ansätze zu mehr gewerkschaftlichen und bürgerlichen Freiheiten wurden so in einer Nacht zerstört.
Tausende von Gewerkschaftern sind inhaftiert. Demonstranten gegen dieses Unrecht werden geschlagen und erschossen.
So wurden auch in einer Nacht die Hoffnungen der Polen und der Welt zerschlagen, daß der Reformwille eine freie Gesellschaft herbeiführen werde.
Der Ausnahmezustand in Polen erschüttert aber auch die Hoffnungen auf mehr Frieden und Entspannung, wie sie der DGB-Friedensappell ausdrückt. Polen ist in Not und das polnische Volk hat Anspruch auf unsere Hilfe. Wir haben die Pflicht zur Solidarität für Polen.
Der DGB fordert in Übereinstimmung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Europäischen Gewerkschaftsbund
● die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Polen,
● die sofortige Freilassung der inhaftierten und internierten Gewerkschafter,
● die Einhaltung der Abkommen von Danzig, Stettin und Kattowitz,
● die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den gewählten Sprechern der „Solidarität" mit der Regierung.

men.
Viele hatten natürlich auch nicht erwartet, daß der DGB wie andere Gewerkschaften in Frankreich oder wie in Italien die zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbünde zu Demonstrationen gegen den Militärputsch und zur politischen Unterstützung der „Solidarität" aufgerufen hätte. Notwendig wäre eine schärfere Verurteilung dieser Maßnahmen und ihrer Hintermänner schon gewesen, vor allem aber eine wirksamere Unterstützung der „Solidarität".
Die Differenzen und Irritationen zwischen DGB, den westdeutschen Einzelgewerkschaften und der „Solidarität" rühren nicht aus der Verbindung der „Solidarität" mit der katholischen Kirche und den hiesigen rechten Gruppen wie der „Gesellschaft für Menschenrechte" oder dem CGB, dem christlichen Gewerkschaftsbund, her, obwohl das eine Rolle spielt. Aber vielleicht sind das eher Ergebnisse der Haltung des DGB. Sie haben auch nicht die Ursache, daß der DGB politisch den alten Gewerkschaften in Polen näher stünde. Dies mag wohl für einige Redakteure der „Welt der Arbeit" gelten, die sich bisher als Dreckschleuder gegen die „Solidarität" verhielten.

SPD als deren politischer Arm nicht mehr funktioniert.
Diese Entwicklung trifft jedoch in den Gewerkschaften, insbesondere in den Führungsetagen, auf erheblichen Widerstand.
Dazu kommt, und das ist das Problem Nr. 2, daß diese polnische gesellschaftliche Bewegung erhebliche Unsicherheit und Auflösungserscheinungen in die Herrschaft der Sowjetunion über den von ihr beherrschten Block bringt. Die in den Gewerkschaften im wesentlichen ungebrochene SPD-Position, daß es die Friedenspolitik gefährde, wenn es in einem der Blöcke zu Erschütterungen komme, führt auf der einen Seite zur engen Verbindung mit der herrschenden SPD-Auffassung über die Notwendigkeit des Bündnisses mit den USA, andererseits folgt daraus, daß die Entwicklung der „Solidarität" in Polen als einer Kraft, die die Herrschaft der SU zumindest auf die Dauer in Frage stellt, mit gemischten Gefühlen betrachtet wird. Da die Erhaltung des Friedens als die wichtigste Aufgabe angesehen wird, kommt es dann zu keiner Unterstützung der „Solidarität" und es wird dannkein Wort gegen die Sowjetunion gesagt, gegen die Hintermänner des Militärputsches

schungs"-theorie der Gewerkschaften.
Diese Positionen prägen die Zurückhaltung der DGB-Führung und die der meisten Einzelgewerkschaften. Zu finden sind sie nicht nur dort. Kritik und Aufklärung zu diesen Punkten ist notwendig, um kurzfristig die Aktivitäten zu verstärken und um eine langfristige Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiterbewegung überhaupt zu ermöglichen.
Die Beispiele der Aktionen und Erklärungen auf den unteren Ebenen der Gewerkschaft zeigen, daß die westdeutschen Arbeiter den Wunsch haben, die polnischen Arbeiter zu unterstützen. Der Streikaufruf des bayrischen DGB-Landesverbands und die oft spontane Befolgung dieses Aufrufs zeigen, daß auch die Zurückhaltung des DGB mit solchen Aktionen nicht gerechtfertigt war. Die Sondierungsreise des polnischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zeigt überdies, daß die westdeutschen Reaktionen bedeutsam für die weiteren Aktionen der polnischen Regierung und deren Hintermänner gewesen sind und weiter sind. Eine andere Reaktion des DGB hätte über SPD und Bundesregierung auch so Druck auf das herrschende Militärregime nehmen können.

„Solidarität mit Solidarność"

Aktionen, Sammlungen und Dokumente aus Gewerkschaften und Betrieben

Oldenburg: Der DGB, SPD und Grüne hatten vor Weihnachten zu einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung gegen die Ausrufung des Kriegsrechts und des Ausnahmezustandes in Polen aufgerufen. 400 Teilnehmer folgten dem Aufruf. Auf der Abschlußkundgebung sprach einer Vertreter von Solidarität, der darauf hinwies, daß die Zerschlagung der Ansätze zu einem demokratischen Sozialismus in Polen nicht nur dem Konto der Vereinigten Arbeiterpartei zuzurechnen sei, sondern entscheidend auch auf die Rechnung des sowjetischen Imperialismus gehe. H. Bittner, DGB-Kreisvorsitzender, forderte auch zur Unterstützung der DGB-Spendensammlung Solidarität für Polen auf.

•

Bremen: Der Vertrauensleutekörper der Bremer Tageszeitungen hat beschlossen, eine Sammlung zur Unterstützung der Solidarität durchzuführen und die Patenschaft für gefangengenommene Gewerkschafter zu übernehmen. Die Deutsche Journalisten-Union, dju, hat eine Resolution beschlossen.

„Gerade als Gewerkschafter können wir nicht hinnehmen, daß mit dem Mittel der Gewalt ein Volk brutal unterdrückt wird. Aus diesem Grund fordern wir den DGB Bremen und seine Einzelgewerkschaften auf, *umgehend* zu einer Protestdemonstration gegen die menschenrechtsverletztenden Vorgänge in Polen aufzurufen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil Bremen seit Jahren enge Kontakte zu Polen unterhält und viele Polen gute Beziehungen zur bremischen Bevölkerung haben." (Auszug)

•

Dortmund: Die IG Bergbau und Energie Bezirk Ruhr-Ost hat entsprechend einem Beschluß des IG BE-Vorstandes begonnen, in den Betrieben und Verwaltungen eine Sammlung für das DGB-Spendenkonto durchzuführen. Nach Auskunft des Bezirksleiters habe die Sammlung bisher gute Ergebnisse, weil gerade die Bergarbeiter eine starke Verbindung zu der Speerspitze des Widerstands in Polen, den polnischen Bergarbeitern und der Bevölkerung Oberschlesiens hätten.

•

Solingen: Der Betriebsrat des Mannesmann Kronprinz AG hat auf der Betriebsversammlung von 1200 Beschäftigten folgende Erklärung abgestimmt und will nach Urlaubsende im Januar eine Spendensammlung im Betrieb für die Solidarität durchführen, die über den DGB abgeführt werden soll. Anschließend Auszüge aus der verabschiedeten Resolution.

„Im Namen der Belegschaft der Mannesmann Kronprinz AG erkläre ich, daß das Geschehen in Polen, wie jedermann bekannt, uns freien Gewerkschaftern große Sorge bereitet. Es war noch nie und wird nie zu begrüßen sein, wenn Militärs freie Gewerkschaften verbieten und ihre Funktionäre verhaften oder internieren lassen. Nach neuesten Meldungen sind mittlerweile 45000 polnische Gewerkschafter in Gefängnissen oder Internierungslagern einsitzend. Polen darf kein zweites Chile werden. Ob Rechts- oder Links-Diktatur, es geht nichts über demokratische Verhältnisse wie z.B. freie Gewerkschaften. Ich glaube, in unser aller Namen zu sprechen, wenn ich die Hoffnung zum Ausdruck bringe, daß es sehr schnell wieder aus unserer Sicht gesehen zu normalen Verhältnissen kommt. Wir fühlen uns mit der freien Gewerkschaft „Solidarität" verbunden und werden alles Machbare unternehmen, um ihren Freiheitskampf zu unterstützen. I.A. Betriebsratsvorsitzender der Mannesmann Kronprinz AG."

•

Köln: In den Kölner Universitätskliniken wird eine Medikamentensammlung durchgeführt für Polen. Jetzt soll die Sammlung auch offiziell durch den Personalrat und die Klinikleitung anerkannt und unterstützt werden. In den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken der Stadt Köln gibt es ein betriebliches Polenkomitee. Es hatte sich nach einer Polenreise von mehreren Betriebsangehörigen im letzten Sommer gebildet. Dieses Komitee führt eine Sammlung durch und hat eine Patenschaft zu einem polnischen Betrieb. Gegen die Ausrufung des Kriegszustandes hatten die Ortsvorstände der IG DruPa Köln und Bonn protestiert, ebenso die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV und der Stadtverband der GEW. Alle Aktivitäten zur Unterstützung der polnischen Arbeiter will die Jugendgruppe der IG DruPa unterstützen, die auch zu der Kölner Demonstration aufgerufen hatte.

•

München, Bayern: Für den 23.12.1981 hatte der DGB-Landesbezirk zu einem fünfminütigen Solidaritätsstreik aufgerufen (siehe Aufruf!). Viele Beschäftigte folgten oft spontan diesem Aufruf. In München, Augsburg und Nürnberg ruhte der öffentliche Nahverkehr. Nach Zeitungsmeldungen nahmen rd. 40000, insbesondere in den Großbetrieben bei BMW und Kraus-Maffei an dieser Aktion teil.

Aufruf des DGB-Landesbezirks Bayern – Solidarität mit Polen

„München. Der Vorstand des DGB-Landesbezirks Bayern hat in seiner Sitzung am 21.12.1981 mit aller Entschiedenheit die anhaltende Unterdrückung der polnischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaft Solidarität durch die polnische Militärregierung verurteilt.

Die Aufhebung der Gewerkschafts- und Bürgerrechte und die Internierung der Führung der Gewerkschaft Solidarität und die Verhaftung vieler Mitglieder der Solidarität an ihren Arbeitsplätzen stehen im absoluten Gegensatz zur Deklaration der Menschenrechte und zu den in der KSZE-Vereinbarungen niedergelegten Freiheitsrechten.

Ohne sich in die inneren polnischen Angelegenheiten einmischen zu wollen, stellt der DGB Bayern fest, daß die Politik der Militärregierung kein Weg zur Bewältigung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise ist. Derartige Probleme können vielmehr nur im Wege des Dialogs gelöst werden, der die Argumentations- und Handlungsfreiheit auf beiden Seiten des Verhandlungstisches voraussetzt. Im Namen der bayrischen Arbeitnehmer erklärt der Landesbezirksvorstand seine uneingeschränkte Solidarität mit den polnischen Arbeitnehmern, ihrer Gewerkschaft Solidarität und ihrer Führung. Der DGB in Bayern erwartet, daß alle Verhafteten und internierten Gewerkschafter unverzüglich freigelassen werden und die Gewerkschafts- und Bürgerrechte wieder uneingeschränkte Gültigkeit erhalten.



DGB-Kreisvorsitzender H. Bittner spricht in Oldenburg auf der Kundgebung

Zum Zeichen der Verbundenheit mit den unterdrückten polnischen Kollegen fordert der DGB alle Arbeitnehmer in Bayern auf, am 23.12.1981, um 14.00 Uhr, für fünf Minuten in den Betrieben und Verwaltungen die Arbeit ruhen zu lassen. Desgleichen soll in dieser Zeit der öffentliche Verkehr stillstehen."

Gesetzesänderungen im neuen Jahr

I. Sozialbereich

1. Krankenversicherung

(Die Änderungen ergeben sich im wesentlichen aus dem Kostendämpfungsergänzungsgesetz und dem Krankenhauskostendämpfungsgesetz)

● **Rezeptgebühr:** Die Rezeptgebühr für Arzneimittel von bisher einer Mark pro Medikament wird auf 1,50 DM pro Medikament erhöht. Keine Rezeptgebühr müssen Versicherte bis zu 16 Jahren zahlen. Gebührenfrei sind außerdem Rezepte für mitversicherte Kinder und Jugendliche.

● **Zahnersatz:** Während die Kassen bisher maximal 80 Prozent der Gesamtkosten für Zahnersatz – also für Zahnarzthonorar und zahntechnische Leistungen – zahlen, werden sie künftig das Zahnarzthonorar zu 100 Prozent erstatten, aber nur noch höchstens 60 Prozent der Kosten für die zahntechnischen Leistungen. Der Versicherte muß im Durchschnitt fast 11% mehr als bisher selbst bezahlen.

● **Brillen, Heil- und Hilfsmittel:** Für Brillen, Heil- und Hilfsmittel beträgt die Rezeptgebühr 4 DM pro Verordnung. Eine neue Brille mit unveränderter Gläserstärke zahlt die Kasse künftig nur noch alle drei Jahre (bisher nach einem Jahr), diese Dreijahresfrist gilt allerdings nicht für Kinder unter 14 Jahren. Vereinbarung von Heilmittel-Höchstbeträgen zwischen Krankenkassen und Kassenärzten, ähnlich wie bei Arzneimitteln.

● **Bagatellverordnungen:** Arzneien und Heilmittel, die bei sog. geringfügigen Gesundheitsstörungen angewendet werden, zahlen die Kassen nicht mehr.

● **Entbindung im Krankenhaus:** Die Kosten für Entbindungen im Krankenhaus zahlen die Krankenkassen nur bis zu einer Verweildauer bis zu 6 Tagen nach der Geburt (bisher 10 Tage), wenn nicht ein längerer Krankenhausaufenthalt aus medizinischen Gründen notwendig ist.

● **Sonstiges:** Leistungen der Krankenkassen im Rahmen der Familienhilfe erhalten mitversicherte arbeitslose Jugendliche künftig nur noch bis zum Alter von 19 Jahren (bisher 23 Jahre). Die Kassen übernehmen Fahrtkosten nur noch, soweit sie über 5 DM liegen. Bisher übernahmen sie die vollen Kosten, wenn sie mehr als 3,50 DM betrugen. Zuschüsse zu Vorbeugungs- und Genesungskuren zahlen die Kassen nur noch alle drei Jahre.

2. Rentenversicherung

(Die Änderungen ergeben sich im wesentlichen aus dem Rentenanpassungsgesetz sowie aus Verordnungen zu den Bezugsgrößen)

● Beitrag: Der Beitragssatz, der 1981

Arzneimitteln.

● **Bagatellverordnungen:** Arzneien und Heilmittel, die bei sog. geringfügigen Gesundheitsstörungen angewendet werden, zahlen die Kassen nicht mehr.

● **Entbindung im Krankenhaus:** Die Kosten für Entbindungen im Krankenhaus zahlen die Krankenkassen nur bis zu einer Verweildauer bis zu 6 Tagen nach der Geburt (bisher 10 Tage), wenn nicht ein längerer Krankenhausaufenthalt aus medizinischen Gründen notwendig ist.

● **Sonstiges:** Leistungen der Krankenkassen im Rahmen der Familienhilfe erhalten mitversicherte arbeitslose Jugendliche künftig nur noch bis zum Alter von 19 Jahren (bisher 23 Jahre). Die Kassen übernehmen Fahrtkosten nur noch, soweit sie über 5 DM liegen. Bisher übernahmen sie die vollen Kosten, wenn sie mehr als 3,50 DM betrugen. Zuschüsse zu Vorbeugungs- und Genesungskuren zahlen die Kassen nur noch alle drei Jahre.

2. Rentenversicherung

(Die Änderungen ergeben sich im wesentlichen aus dem Rentenanpassungsgesetz sowie aus Verordnungen zu den Bezugsgrößen)

● **Beitrag:** Der Beitragssatz, der 1981 auf 18,5% in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung erhöht worden war, wird für 1982 und 1983 auf 18% gesenkt. In der knappschaftlichen Rentenversicherung wird er ebenfalls um 0,5% auf 23,5% gesenkt. Das halbe Prozent wird der Arbeitslosenversicherung zugeschlagen, die insgesamt von 3 auf 4% erhöht wird.

● **Beiträge für Wehr- und Zivildienstpflichtige:** Die Rentenversicherungsbeiträge von Wehr- und Zivildienstleistenden werden nur nach 75% des Durchschnittseinkommens aller Versicherten bemessen (bisher nach 100%).

● **Beitragsbemessungsgrenzen:** In der Arbeiterrenten- und in der Angestelltenversicherung liegt die monatliche Beitragsbemessungsgrenze bei 4700 DM. Der Höchstbetrag für Arbeiter und Angestellte beträgt damit 423 DM, denselben Betrag muß der Arbeitgeber bezahlen. Die Bemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung liegt genauso hoch, in der Krankenversicherung beträgt sie 75% der genannten Grenze, also 3525 DM.

● **Rentenanpassung:** Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung wie der Kriegsopferrenten steigen um 5,76%. Betroffen sind davon ca. 13 Mio. Rentner plus 1,9 Mio. Versorgungsberechtigte (Kriegs- und Wehrdienstopfer, Impfgeschädigte und Opfer von Gewalttaten). Die Renten der gesetzlichen Unfallversicherung aus Versicherungsfällen des Jahres 1979 und früher steigen um 6,5%, entsprechend der Lohn- und Gehaltssteigerung 1979 auf 1980.

● **59er Regelung:** Der Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld wegen Arbeitslosigkeit wird begrenzt auf Personen, die eine Wartezeit von 180 Monaten in der Rentenversicherung erfüllt haben und darüber hinaus in den letzten zehn Jahren mindestens acht Jahre rentenversicherungspflichtig gearbeitet haben. Zeiten von Arbeitslosigkeit, die bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen sind, werden dabei angerechnet. Die neue Beschränkung gilt nicht für Versicherte, die am 2. September 1981 bereits arbeitslos und an diesem Tag schon 59 Jahre alt waren.

● **Kuren der Rentenversicherung:** Kuren gibt es nicht mehr für Versicherte, deren Erwerbsfähigkeit nicht erheblich gefährdet ist, bei denen es also lediglich um die Erhaltung und nicht um eine entscheidende Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit geht. Nach Vollendung des 59. Lebensjahres erhalten Versicherte nur noch dann eine Kur, wenn dadurch eine schon vorliegende oder bevorstehende Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit abgewendet werden kann. Der Zeitraum zwischen zwei Kuren wird von zwei auf mindestens drei Jahre verlängert.

3. Arbeitslosenversicherung

(Änderungen nach dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz)

● **Beiträge:** Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von bisher 3 auf 4% erhöht (diese Maßnahme soll vorübergehend sein).

● **Arbeitslosengeld:** Anspruch auf Arbeitslosengeld haben nur noch solche Lohnabhängige, die vorher innerhalb von drei Jahren mindestens 12 Monate (statt bisher 6 Monate) beitragspflichtig beschäftigt waren. Für Arbeiter, die allein wegen der Besonderheit ihres Arbeitsplatzes regelmäßig weniger arbeiten, kann das Bundesarbeitsministerium die erforderliche Beschäftigungszeit bis auf 240 Tage herabsetzen. Mehrarbeitszuschläge und „aufgelaufene Arbeitsentgelte" (z.B. Urlaubsgeld) werden bei der Bemessung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr berücksichtigt. Keine Zahlung von Arbeitslosengeld für die Zeit, die der Arbeitslose bei Ausscheiden aus dem Betrieb eine Urlaubsabgeltung erhalten hat. Bei Zahlung einer Abfindung, wenn der Betrieb ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist entlassen hat, ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld maximal 12 Monate

3. Arbeitslosenversicherung

(Änderungen nach dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz)

● **Beiträge:** Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von bisher 3 auf 4% erhöht (diese Maßnahme soll vorübergehend sein).

● **Arbeitslosengeld:** Anspruch auf Arbeitslosengeld haben nur noch solche Lohnabhängige, die vorher innerhalb von drei Jahren mindestens 12 Monate (statt bisher 6 Monate) beitragspflichtig beschäftigt waren. Für Arbeiter, die allein wegen der Besonderheit ihres Arbeitsplatzes regelmäßig weniger arbeiten, kann das Bundesarbeitsministerium die erforderliche Beschäftigungszeit bis auf 240 Tage herabsetzen. Mehrarbeitszuschläge und „aufgelaufene Arbeitsentgelte" (z.B. Urlaubsgeld) werden bei der Bemessung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr berücksichtigt. Keine Zahlung von Arbeitslosengeld für die Zeit, die der Arbeitslose bei Ausscheiden aus dem Betrieb eine Urlaubsabgeltung erhalten hat. Bei Zahlung einer Abfindung, wenn der Betrieb ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist entlassen hat, ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld maximal 12 Monate
(bisher 6 Monate).

● **Berücksichtigung bei Lohn- und Einkommensteuer:** Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld werden beim Lohnsteuerjahresausgleich berücksichtigt. Die Leistungen selbst sollen zwar nicht besteuert werden. Auf das zu versteuernde Einkommen ist jedoch der Steuersatz anzuwenden, der sich ergäbe, wenn neben dem steuerpflichtigen Arbeitslohn ein diesen Lohnersatzleistungen entsprechendes Bruttoarbeitsentgelt erzielt worden wäre.

● **Sperrzeiten:** Die Sperrzeiten bei eigener Kündigung „ohne wichtigen Grund" oder bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit werden von 4 auf 8 Wochen erhöht. Bei Verstoß gegen die Meldepflicht beim Arbeitsamt ohne wichtigen Grund und trotz Belehrung über die Folgen wird das Arbeitslosengeld für zwei Wochen gestrichen (bisher 1 Woche). Bei wiederholtem Verstoß innerhalb von 14 Tagen ruht das Arbeitslosengeld bis zur nächsten Arbeitslosmeldung, mindestens aber 4 Wochen.

● **Arbeitslosenhilfe:** Bezüglich der vorhergehenden Arbeitsdauer gelten dieselben Voraussetzungen wie für den Erhalt von Arbeitslosengeld. Originäre Arbeitslosenhilfe (erstmalig) wird nur noch an Personen gewährt, die mindestens 150 Kalendertage (bisher 70) beschäftigt waren.

● **Berufliche Bildung, Umschulung:** Das Unterhaltsgeld für Teilnehmer mit mindestens einem Kind oder einem pflegebedürftigen Ehegatten wird auf 75% des letzten Nettoeinkommens herabgesetzt (bisher 80%) und für Teilnehmer ohne Kind auf 68%. Für arbeitsmarktpolitisch nicht notwendige aber zweckmäßige Kurse (z.B. Meisterkurse) wird das Unterhaltsgeld von 58% nur als Darlehen gewährt.

● **Berufliche Rehabilitation:** Behinderte, die selbst oder deren Ehegatte pflegebedürftig ist oder die Unterhaltspflichten gegenüber Kindern haben, erhalten 90% des früheren Nettoentgelts, alle anderen Behinderten nur noch 75% als Übergangsgeld. Voraussetzung für den Anspruch auf Übergangsgeld ist, daß der Behinderte innerhalb der letzten 5 Jahre vor Beginn der Rehabilitationsmaßnahme mindestens zwei Jahre lang beitragspflichtig beschäftigt war.

● **Lohnkostenzuschüsse, ABM-Maßnahmen:** Die Altersgrenze für die Förderung mit Lohnkostenzuschüssen wird von 45 auf 55 Jahre erhöht. Voraussetzung ist eine Arbeitslosigkeit von mindestens 12 Monaten Dauer innerhalb der letzten 18 Monate. Der Höchstförderungssatz ist 70% (bisher 80%) und sinkt pro Jahr um 10%. Keine Förderung im öffentlichen Dienst. Dasselbe gilt für ABM-Maßnahmen. (Mit Ausnahme von Arbeitsamtsbezirken mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, s.h. mindestens 30% über dem Bundesdurchschnitt). Die Förderung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird grundsätzlich auf Arbeitslose beschränkt, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen und mindestens 6 Monate arbeitslos waren.

4. Illegale Beschäftigung

(Änderungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz)

● **Leiharbeit:** Erhöhung des Bußgeldes für Verleiher ohne Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung von 30000 DM auf 50000 DM, für Entleiher von ausländischen Arbeitern ohne Arbeitserlaubnis von 50000 DM auf 100000 DM. Einführung eines Bußgeldes (bis zu 50000 DM) künftig auch gegen Entleiher bei Arbeitnehmerüberlassung deutscher Arbeitnehmer ohne Erlaubnis (bisher nur für Verleiher und Entleiher von ausländischen Arbeitern ohne Arbeitserlaubnis). Einführung eines Bußgeldes (bis zu 50000 DM) für Verleiher, die die zulässige Überlassungsfrist von drei Monaten trotz Beanstandung überschreiten. Klarstellung der

Dasselbe gilt für ABM-Maßnahmen. (Mit Ausnahme von Arbeitsamtsbezirken mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, s.h. mindestens 30% über dem Bundesdurchschnitt). Die Förderung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird grundsätzlich auf Arbeitslose beschränkt, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen und mindestens 6 Monate arbeitslos waren.

4. Illegale Beschäftigung

(Änderungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz)

● **Leiharbeit:** Erhöhung des Bußgeldes für Verleiher ohne Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung von 30000 DM auf 50000 DM, für Entleiher von ausländischen Arbeitern ohne Arbeitserlaubnis von 50000 DM auf 100000 DM. Einführung eines Bußgeldes (bis zu 50000 DM) künftig auch gegen Entleiher bei Arbeitnehmerüberlassung deutscher Arbeitnehmer ohne Erlaubnis (bisher nur für Verleiher und Entleiher von ausländischen Arbeitern ohne Arbeitserlaubnis). Einführung eines Bußgeldes (bis zu 50000 DM) für Verleiher, die die zulässige Überlassungsfrist von drei Monaten trotz Beanstandung überschreiten. Klarstellung der
Rechte für Betriebs- und Personalräte der Entleiherbetriebe bei der Beschäftigung von Leiharbeitern.

● **Schwarzarbeit:** Auftraggeber und Schwarzarbeiter müssen nicht mehr „aus Gewinnsucht" handeln (subjektiv, schwer nachzuweisen) – es genügt künftig bereits, wenn durch Schwarzarbeit (objektiv) „wirtschaftliche Vorteile in erheblichem Umfang" erzielt werden. Der Bußgeldrahmen wird von bisher 30000 DM auf 50000 erhöht.

5. Sonstige Gesetze im Sozialbereich

● **Kindergeld:** Das Kindergeld für das zweite und dritte Kind wird um jeweils 20 DM monatlich gekürzt. Für das zweite Kind gibt es ab 1.1.1982 100 DM und für das dritte Kind 220 DM. Das Kindergeld von 240 DM für das vierte und jedes weitere Kind sinkt nicht.

● **Mutterschaftsurlaub, Mutterschaftsgeld:** Die Anspruchsvoraussetzungen werden verschärft. Künftig gibt es Mutterschaftsurlaub nur dann, wenn in den letzten 12 Monaten vor der Entbindung für mindestens neun Monate ein Arbeitsverhältnis oder ein Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe bestanden hat. Die verschärfte Regelung gilt erstmals für die Mütter, deren Schutzfrist vor der Entbindung am 1. Juli 1982 beginnt. Für Frauen, die nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung sind, wird das vom Bund zu zahlende Mutterschaftsgeld während der Mutterschutzfristen auf höchstens 400 DM begrenzt.

● **Sozialhilfe:** Für zwei Jahre werden die Regelsätze nur um 3% jährlich erhöht, statt entsprechend der Preissteigerungsrate. Der Mehrbedarfszuschlag z.B. für werdende Mütter wird von 30 auf 20% gesenkt. Das zusätzliche Taschengeld für Heimbewohner (bis zu 66 DM im Monat) wird gestrichen.

II. Öffentlicher Dienst

● **Zusammentreffen von Beamtenpension und Renten:** Erhält ein Beamter wegen früherer Beschäftigung als Angestellter oder Arbeiter sowohl Pension als auch Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, so gilt seit 1966 der Grundsatz, daß beide Versorgungsbezüge nicht höher sein dürfen als die Pension eines vergleichbaren Beamten, der Zeit seines Lebens nur Beamter war. Für Beamte, die am 1. Januar 1966 schon Beamte waren, galten bisher günstigere Anrechnungsvorschriften. Dies ist nun abgeschafft.

● **Anwärterbezüge:** Künftig in den öffentlichen Dienst eintretende Beamtenanwärter erhalten Bezüge, die gegenüber den bisherigen um 5 bis 15 % niedriger liegen.

● **Ein-Prozent-Kürzung:** Sie soll generell für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelten und zum 1. März 1982 in Kraft treten.

● **Sonderzuschlag Westberlin:** Für Angehörige des öffentlichen Dienstes in Westberlin, die einen örtlichen Sonderzuschlag erhalten, vermindert sich dieser Sonderzuschlag bei jeder allgemeinen Besoldungserhöhung um ein Drittel.

III. Steuern

(Die Änderungen ergeben sich aus dem Haushaltsstrukturgesetz und dem Begleitgesetz, zum Teil aus Gesetzen des Jahres 1980)

1. Lohn- und Einkommensteuer

Der **Haushaltsfreibetrag** von 864 DM jährlich für Alleinstehende über 49 Jahren fällt weg. Bei der Berechnung der **Ausbildungsfreibeträge** entfällt der anrechnungsfreie Betrag von 2400 DM im Jahr für Ausbildungshilfen aus öffentlichen Mitteln, z.B. für BAFöG-Leistungen. Die Einkünfte eines Kindes aus diesen Leistungen werden auf die Ausbildungsfreibeträge der Eltern angerechnet. Bei anderen Einnahmen des Kindes gilt weiterhin der Ausbildungsfreibetrag von 2400 DM jährlich.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern wird um 1212 DM erhöht (bisher 3000 DM). Die Sonderausgaben-Höchstbeträge werden um 240 DM für Ledige und 480 DM für Verheiratete auf 2340 DM (Ledige) und 4680 DM (Verheiratete) her-

Drittel.

III. Steuern

(Die Änderungen ergeben sich aus dem Haushaltsstrukturgesetz und dem Begleitgesetz, zum Teil aus Gesetzen des Jahres 1980)

1. Lohn- und Einkommensteuer

Der **Haushaltsfreibetrag** von 864 DM jährlich für Alleinstehende über 49 Jahren fällt weg. Bei der Berechnung der **Ausbildungsfreibeträge** entfällt der anrechnungsfreie Betrag von 2400 DM im Jahr für Ausbildungshilfen aus öffentlichen Mitteln, z.B. für BAFöG-Leistungen. Die Einkünfte eines Kindes aus diesen Leistungen werden auf die Ausbildungsfreibeträge der Eltern angerechnet. Bei anderen Einnahmen des Kindes gilt weiterhin der Ausbildungsfreibetrag von 2400 DM jährlich.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern wird um 1212 DM erhöht (bisher 3000 DM). Die Sonderausgaben-Höchstbeträge werden um 240 DM für Ledige und 480 DM für Verheiratete auf 2340 DM (Ledige) und 4680 DM (Verheiratete) her-
aufgesetzt. Der besondere Sonderausgaben-Höchstbetrag für Vorsorgeaufwendungen steigt um 500/1000 DM auf 3000 DM für Ledige und 6000 DM für Verheiratete.

Rentner mit einem Monatseinkommen von gut 4000 DM (bisher 5000 DM) müssen künftig Einkommensteuer bezahlen, da für die Ermittlung des einkommensteuerpflichtigen Ertragsanteils bei Renten eine neue Tabelle mit höheren Werten gilt. Zur Besteuerung von Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, -hilfe etc.) siehe unter 3. Arbeitslosenversicherung. Die Lohnsteuerpauschalierung für Teilzeitarbeit ist nur noch bei *einer* Teilzeitbeschäftigung möglich.

2. Sonstige Steuern

● **Abbau von Steuervergünstigungen für Kapitalisten:** Die Übertragung von Veräußerungsgewinnen auf volkswirtschaftlich wünschenswerte Neuinvestitionen wird eingeschränkt. Bisher blieben diese Gewinne nach §6b des Einkommensteuergesetzes in vollem Umfang steuerfrei. Künftig sollen in solchen Fällen 20% dieser Gewinne sofort versteuert werden. Die steuerlich begünstigten Pensionsrückstellungen werden stufenweise verringert, die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen eingeschränkt. Die Steuerermäßigung für Arbeitgeber, die vermögenswirksame Leistungen bezahlen, wird halbiert.

● **Investitionsanreize:** Die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter wird vom 2,5fachen auf das 3fache der linearen Abschreibung erhöht, für Gebäude von 3,5 auf 5% in den ersten 8 Jahren (ab 30. Juli 1981).

● **Erhöhung von Verbrauchsteuern:** Die Tabaksteuer erhöht sich zum 1. Juni 1982, für 1000 Zigaretten durchschnittlich um 27,23 DM, für Feinschnitt um durchschnittlich 18 DM je kg. Die Branntweinsteuer steigt zum 1. April um 300 Mark je Hektoliter Alkohol. Die Schaumweinsteuer steigt ebenfalls zu diesem Zeitpunkt um 33⅓%.

3. Vermögensbildung

Die Arbeitnehmer-Sparzulage ist von 30% (40% bei mehr als 2 Kindern) auf 23% (33%) für Kapitalanlagen und 16% (26%) für Geldanlagen, wie allgemein Sparverträge und Lebensversicherungen, herabgesetzt worden. Die Doppelbegünstigung für vermögenswirksame Leistungen (bisher gewährte Spar- und Wohnungsbauprämie neben der Arbeitnehmer-Sparzulage) entfällt.

Wohnungsbau

(Begleitgesetze zum Haushaltsstrukturgesetz)

Der Mieter kann künftig seinen Bausparvertrag steuer- und prämienunschädlich zur Modernisierung der gemieteten Wohnung verwenden. Für die vor dem 1. Januar 1960 bewilligten Darlehen dürfen die Zinsen auf 8%, für die zwischen dem 31. Dezember 1959 und dem 1. Januar 1970 bewilligten Darlehen auf 6% angehoben werden. Die Mieten pro Quadratmeter werden bei einer Anhebung auf 8% Darlehenszins um durchschnittlich 40 bis 50 Pfennig steigen. Die Mietpreissteigerung richtet sich nach der Höhe der noch nicht getilgten Zinsen. Über die Höhe der Zinsanhebung wie über die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe (möglich in Städten mit über 300000 Einwohnern) entscheiden die Länder. Die Fehlbelegungsabgabe beträgt bei einer Überschreitung der Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau um höchsten 35% 50 Pfennig pro Quadratmeter, bei einer Überschreitung von 35 bis 50% 1,25 DM und bei einer Überschreitung von über 50% 2,00 DM pro Quadratmeter.

Die Abschreibungshöchstgrenzen nach Paragraph 7b EStG für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen werden von 150000 auf 200000 DM und für Zweifamilienhäuser von 200000 DM auf 250000 DM heraufgesetzt. Bei Inanspruchnahme der erhöhten Abschreibung erhalten Eigenheimer zusätzlich acht Jahre lang eine Steuerermäßigung von 600 DM für das zweite und jedes weitere Kind, die von der Steuerschuld abgezogen wird.

V. Sonstige Gesetze

werden bei einer Anhebung auf 8% Darlehenszins um durchschnittlich 40 bis 50 Pfennig steigen. Die Mietpreissteigerung richtet sich nach der Höhe der noch nicht getilgten Zinsen. Über die Höhe der Zinsanhebung wie über die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe (möglich in Städten mit über 300000 Einwohnern) entscheiden die Länder. Die Fehlbelegungsabgabe beträgt bei einer Überschreitung der Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau um höchsten 35% 50 Pfennig pro Quadratmeter, bei einer Überschreitung von 35 bis 50% 1,25 DM und bei einer Überschreitung von über 50% 2,00 DM pro Quadratmeter.

Die Abschreibungshöchstgrenzen nach Paragraph 7b EStG für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen werden von 150000 auf 200000 DM und für Zweifamilienhäuser von 200000 DM auf 250000 DM heraufgesetzt. Bei Inanspruchnahme der erhöhten Abschreibung erhalten Eigenheimer zusätzlich acht Jahre lang eine Steuerermäßigung von 600 DM für das zweite und jedes weitere Kind, die von der Steuerschuld abgezogen wird.

V. Sonstige Gesetze

1. Staatshaftungsgesetz

Bund, Länder und Gemeinden und andere Träger der öffentlichen Gewalt haften künftig unmittelbar und ausschließlich für alle Schäden, die aus der pflichtwidrigen Ausübung der Staatsgewalt entstehen. Sie können diese Haftung nicht mehr, wie bisher, mit der Begründung ablehnen, der Geschädigte müsse sich zunächst an den Beamten halten und diesem schuldhafte Pflichtverletzung nachweisen. Sie können auch nicht mehr auf das Versagen technischer Anlagen verweisen.

2. Chemikaliengesetz

Es verpflichtet Hersteller und Verbreiter neuer Stoffe, diese vor der Vermarktung auf gefährliche Eigenschaften zu prüfen und bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung anzumelden. Schon im Verkehr befindliche Substanzen können bei einem Risikoverdacht in diese Prüfung einbezogen werden.

3. Betäubungsmittelrecht

Es beinhaltet schärfere Strafen für schwere Rauschgiftkriminalität und Erleichterung für die kleinen bis mittleren drogenabhängigen Straftäter. Die Strafandrohung für leichte bis mittlere Rauschgiftkriminalität wurde bis zu vier Jahren Freiheitsstrafe angehoben. Für nichtsüchtige Rauschgifthändler, die skrupellos und aus verbrecherischer Gewinnsucht handeln, hat der Bundestag die Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre, die längste überhaupt mögliche Zeitstrafe, heraufgesetzt.

Heinrich Böll zeigte Flagge, wenige folgten seinem Beispiel

Einige drückten ihre Unterstützung des polnischen Volkes aus, aber die meisten der deutschen Schriftsteller, Künstler und Intellektuellen schweigen.

acm. Schon das deutsch-deutsche Schriftstellertreffen in Ostberlin am 13./14. Dezember stand unter dem Zeichen der Machtergreifung Jaruzelskis und der Unterdrückung des polnischen Volkes. In einigen Redebeiträgen wurde der Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Polen und der Friedensbewegung hergestellt. Doch während Stefan Heym seine Befürchtungen, Polen könnte einen Weltkrieg auslösen, vortrug und Robert Jungk gegen rohe Gewalt und Androhung von Gewalt – jeweils bezogen auf die Reaktionen des ,,Westens" – sprach, kam der schweizerische Schriftsteller Adolf Muschg zur Sache:

,,... Mir geht das Wort Kampf durch den Kopf – auch die Erinnerung daran, was dieses Wort für die Arbeiterbewegung bedeutet hat, wie teuer zum Beispiel die Vereins- und Gewerkschaftsfreiheit erkämpft worden ist. Wenn sie in einem sozialistischen Land widerrufen wird, habe ich Mühe, hier sitzenzubleiben." Und an anderer Stelle führt er aus: ,,Für mich ist es schwer vorstellbar, als Sozialdemokrat, als möglicher Bürger Ihres Landes oder als Bürger Polens zum Frieden ein ungebrochenes Verhältnis unterhalten zu können, wenn ich sehe, wie im eigenen Haus der Frieden mit Macht – ich sage nicht Gewalt (er wußte da noch nicht von Arbeitermord und Verhaftungen, *acm*) – sichergestellt werden muß ... Wir können alle möglichen Resultate unserer Zusammenkunft vergessen, wenn in Polen interveniert wird. Dann ist die Friedensbewegung im Eimer, auch im Westen. Dann haben wir die Argumente nicht mehr." Zugespitzt macht er hier – wenn auch vielleicht unfreiwillig – die Unmöglichkeit einer rein gegen die USA gerichteten Friedensbewegung in der jetzigen Lage deutlich.

Ansonsten aber war man auf dem Treffen bemüht, das Thema Polen möglichst nicht auszuweiten. Die Zurückhaltung der westdeutschen Teilnehmer – denn von einem großen Teil der DDR-Schriftsteller konnte man anderes nicht erwarten, etweder aus Parteiraisongründen oder wegen Repressionsgründen – war auf dem Treffen vielleicht noch verständlich, aber die Grabesruhe, die in den nächsten Tagen und Wochen von einem Großteil westdeutscher Schriftsteller und Intellektueller ausging, läßt ein entsprechendes Licht auf diese fallen.

Nur wenige ergriffen spontan und

ist es schwer vorstellbar, als Sozialdemokrat, als möglicher Bürger Ihres Landes oder als Bürger Polens zum Frieden ein ungebrochenes Verhältnis unterhalten zu können, wenn ich sehe, wie im eigenen Haus der Frieden mit Macht – ich sage nicht Gewalt (er wußte da noch nicht von Arbeitermord und Verhaftungen, *acm*) – sichergestellt werden muß ... Wir können alle möglichen Resultate unserer Zusammenkunft vergessen, wenn in Polen interveniert wird. Dann ist die Friedensbewegung im Eimer, auch im Westen. Dann haben wir die Argumente nicht mehr." Zugespitzt macht er hier – wenn auch vielleicht unfreiwillig – die Unmöglichkeit einer rein gegen die USA gerichteten Friedensbewegung in der jetzigen Lage deutlich.

Ansonsten aber war man auf dem Treffen bemüht, das Thema Polen möglichst nicht auszuweiten. Die Zurückhaltung der westdeutschen Teilnehmer – denn von einem großen Teil der DDR-Schriftsteller konnte man anderes nicht erwarten, etweder aus Parteiraisongründen oder wegen Repressionsgründen – war auf dem Treffen vielleicht noch verständlich, aber die Grabesruhe, die in den nächsten Tagen und Wochen von einem Großteil westdeutscher Schriftsteller und Intellektueller ausging, läßt ein entsprechendes Licht auf diese fallen.

Nur wenige ergriffen spontan und
schnell die Initiative im Protest gegen die Unterdrückung der ,,Solidarność", des polnischen Volkes und der Intellektuellen in Polen. Unter ihnen Heinrich Böll, der in einer Pressekonferenz noch vor Weihnachten nicht nur zu Recht ,,die Angst des DGB vor Einmischung" angriff und aufrief ,,Einmischung zu praktizieren", sondern auch die Linke, der er Berührungsängste vor Emigranten aus Polen oder der Sowjetunion vorwarf, ihr vorwarf, sie habe den Emigrantenprozeß nicht verstanden und den Archipel Gulag nicht zur Kenntnis genommen, sondern sich in intellektuelle ,,Turnübungen" geflüchtet. Der sogenannten Linken hielt er entgegen, daß nicht die Kirche oder die ,Solidarität' in Polen auf seiten der Konterrevolution ständen, sondern der herrschende Militärrat.

Böll war es auch, der mit als erster Erklärungen und Resolutionen vorbereitete und mit anderen Schriftstellern zusammen unterzeichnete (auf dieser Seite dokumentiert). Aber nur wenige waren an seiner Seite, wie man sehen kann. Günter Grass war mit dabei. Grass, der in einem Interview in der Zeitschrift ,,tip" die Entwicklung in Polen verglich mit den Taten der USA ,,in Nicaragua und anderen Staaten Mittelamerikas" und feststellte: ,,Das

Wolf Biermann

13. Dezember

Es war der Schnee, der Schnee, der Schnee
In dieser Nacht fiel Schnee, General
daß einer den anderen töte
Im Neuschnee blüht das Blut so schön
in seiner lebendigen Röte

Wir hättens wissen müssen
In dieser Nacht fiel Schnee, General
Jaruzelski, mit all deiner List
Jetzt schreit der Schnee die Wahrheit aus
daß du ja der Bluthund bist.

Sechs Tage Arbeit
Sechs Tage Streik
Sechs Tage Krieg der Klassen
Am siebten Tage
Ruht Gott sich aus
Jetzt kommt die dunkle Schweigezeit
Und kommt das kalte Hassen
Jetzt kommt zum Hunger
Hilflose Wut
Schuld war
der Schnee, nein
Schuld war
die Nacht, nein
Schuld war
das schuldlose Blut

Und Gott schlief tief in' Sonntag rein
In dieser Nacht fiel Schnee, General
die Reißzähne starren im Rachen
Du machst für die Russen die Dreckarbeit
und *du* mußt den Bluthund machen

ist natürlich ein unbequemer Vergleich: die These der Konterrevolution hat bisher vielen Leute dazu gedient, die Erstickung notwendiger Reformen zu sanktionieren." Er versuchte auch die weitere Entwicklung und Bedeutung einzuschätzen: ,,Man wird mit

In dieser Nacht fiel Schnee, General
daß einer den anderen töte
Im Neuschnee blüht das Blut so schön
in seiner lebendigen Röte

Wir hättens wissen müssen
In dieser Nacht fiel Schnee, General
Jaruzelski, mit all deiner List
Jetzt schreit der Schnee die Wahrheit aus
daß du ja der Bluthund bist.

Sechs Tage Arbeit
Sechs Tage Streik
Sechs Tage Krieg der Klassen
Am siebten Tage
Ruht Gott sich aus
Jetzt kommt die dunkle Schweigezeit
Und kommt das kalte Hassen
Jetzt kommt zum Hunger
Hilflose Wut
Schuld war
der Schnee, nein
Schuld war
die Nacht, nein
Schuld war
das schuldlose Blut

Und Gott schlief tief in' Sonntag rein
In dieser Nacht fiel Schnee, General
die Reißzähne starren im Rachen
Du machst für die Russen die Dreckarbeit
und *du* mußt den Bluthund machen

ist natürlich ein unbequemer Vergleich: die These der Konterrevolution hat bisher vielen Leute dazu gedient, die Erstickung notwendiger Reformen zu sanktionieren." Er versuchte auch die weitere Entwicklung und Bedeutung einzuschätzen: ,,Man wird mit
Waffengewalt und mit der Macht des Hungers bestimmte Dinge zurückdrehen können, vielleicht den Widerstand in der äußeren Form brechen." Was die Militärregierung als Erfolg verbuche, ,,das wird auf der anderen Seite ein Verlust sein – eine Abkehr nicht korrigierbarer Art. Mit Walesa und der Mehrheit der Solidarność wäre eine Erneuerung Polens möglich gewesen, wäre es auch möglich gewesen, ein Modell zu schaffen ... obwohl bis jetzt alle Erfahrung dagegen gesprochen hat und, wie es jetzt ausschaut, abermals dagegenspricht. Eine solche Erneuerung hätte sich auszahlen können – nicht nur für Polen." Grass erwies sich hier also nicht als SPD-Lobbyist – und mit der Mahnung zur ,,Nichteinmischung" ist der Umkreis der SPD ja jetzt schnell zur Hand, um zur ,,Entspannung" beizutragen – sondern hat wohl auch aus den Ereignissen gelernt.

Das ist zur Zeit durchaus noch selten. Denn was da an Erklärungen vom Vorsitzenden des PEN-Club in der BRD, Walter Jens, kam, war Abwiegelei: ,,Möglichst wenig Resolutionen und Deklarationen und möglichst viel konkrete Hilfe." Nur, von der hört man nicht viel.

Oder auch die schon an Hohn grenzende Aufforderung des PEN-Generalsekretärs Gregor-Dellin an Stephan Hermlin in der DDR, sich bei Honecker für die Freilassung der Inhaftierten in Polen einzusetzen. Die Erklärung des Verbandes deutscher Schriftsteller blieb schlaff und von den linken Schriftstellern – auch die *nicht* zum Umkreis der DKP gehören – hörte man nichts. Schweigen auch bislang beim ,,Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", der wohl berufen wäre, sich zu melden. Allemal gäbe es auch einen Schwung von Hochschullehrern, die sich äußern könnten.

Auch zu den positiven Ereignissen gehört es, daß Wolf Biermann in Paris auf einer vom Kultusministerium durchgeführten Konzertveranstaltung an der Seite von Joan Baez und anderen gegen die Unterdrückung in Polen protestierte und auch ein Gedicht – ,,13. Dezember" – veröffentlichte.

Es bleibt also ruhig in deutschen Landen, was die Masse der Schriftsteller, Künstler und Intellektuellen angeht – ganz im Gegensatz zu den Kollegen in anderen Ländern. Nur, überraschen kann dies nicht unbedingt. Zu viele haben ,,sozialdemokratische Entspannungspolitik" und ,,deutsche Schuld aus der Geschichte" verinnerlicht als Blindheit gegenüber der Sowjetunion und ihren Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber jetzt schon vielen Ländern. Die Haltung der Regierung und vorsichtiges Tasten des DGB mögen da auch noch das Klima für solches Verhalten verbessern. Immer noch wird vor ,,kaltem Krieg" gewarnt, anstatt den Tatsachen ins Auge zu sehen, daß man es heute mit zwei aggressiven Supermächten zu tun hat und nun der Lack der ,,Friedensmacht" oftmals genug als durchsichtig sich gezeigt hat.

Aber, und das müßten diese Kräfte jetzt langsam lernen, zieht nicht die Propaganda der Supermacht USA in der jetzigen Lage um so mehr? Werden nicht die Reaktionäre, die mit den Ereignissen in Polen nur ihre Propaganda für das ,,freiheitlich-westliche Bündnis und System" machen, in die Offensive kommen, wenn die ,Linke' schweigt, duldet oder zur ,,Friedfertigkeit" auf-

durchgeführten Konzertveranstaltung an der Seite von Joan Baez und anderen gegen die Unterdrückung in Polen protestierte und auch ein Gedicht – ,,13. Dezember" – veröffentlichte.

Es bleibt also ruhig in deutschen Landen, was die Masse der Schriftsteller, Künstler und Intellektuellen angeht – ganz im Gegensatz zu den Kollegen in anderen Ländern. Nur, überraschen kann dies nicht unbedingt. Zu viele haben ,,sozialdemokratische Entspannungspolitik" und ,,deutsche Schuld aus der Geschichte" verinnerlicht als Blindheit gegenüber der Sowjetunion und ihren Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber jetzt schon vielen Ländern. Die Haltung der Regierung und vorsichtiges Tasten des DGB mögen da auch noch das Klima für solches Verhalten verbessern. Immer noch wird vor ,,kaltem Krieg" gewarnt, anstatt den Tatsachen ins Auge zu sehen, daß man es heute mit zwei aggressiven Supermächten zu tun hat und nun der Lack der ,,Friedensmacht" oftmals genug als durchsichtig sich gezeigt hat.

Aber, und das müßten diese Kräfte jetzt langsam lernen, zieht nicht die Propaganda der Supermacht USA in der jetzigen Lage um so mehr? Werden nicht die Reaktionäre, die mit den Ereignissen in Polen nur ihre Propaganda für das ,,freiheitlich-westliche Bündnis und System" machen, in die Offensive kommen, wenn die ,Linke' schweigt, duldet oder zur ,,Friedfertigkeit" auf-
ruft? Dann werden selbst die ,,humanen Sozialisten" koppdeister gehen, denn ihre Legimitation wird sowieso dahin sein. Es sollte gelernt werden, daß Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse und des Volkes kein Widerspruch ist zum Kampf gegen die Unterdrückung im eigenen Land oder gegen die Taten des US-Imperialismus. Daß eine ,,Entschärfung" der Lage in Polen keinesfalls eintritt, wenn man den Mund hält.

Aufrufe zur Solidarität

von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen

Brief von englischen Künstlern, Schriftstellern und Intellektuellen

,,Sir – Wir Unterzeichnenden fühlen uns genötigt, unsere Abscheu über die Einsetzung des Kriegsrechts in Polen und den ihm folgenden Gebrauch der Waffen gegen verteidigungslose Arbeiter einzusetzen. Wir fordern die Aufhebung des Kriegsrechts und des militärischen Terrors, die Entlassung der Verhafteten aus Gefängnis und Lager und die Wiedereinsetzung von ,Solidarität' als einem anerkannten Repräsentanten der Arbeiterschaft von Polen."

Arthur Rubinstein, Arthur Koestler, William Golding, Piers Paul Read, Iris Mordoch, Ian MacGwan, Raymond Williams, E.P. Thompson, Dorothy Thompson, Graham Greene, Beryl Bainbridge, Harold Pinter, Neal Ascherson.

***

Resolution vom Verband deutscher Historiker

,,Wir haben Informationen erhalten, wonach mehr als zehn unserer polnischen Kollegen in den letzten Tagen inhaftiert worden sind, u.a. Wladislas Bartoszewski, Bronislaw Geremek, Josef Gierowski, der Rektor der Universität Krakau, Jerzy Kloczowski, und Henryk Samsonowicz, der Rektor der Universität Warschau und langjähriger Vorsitzende des polnischen Historikerverbandes ...

Wir können nicht glauben, daß diese Kollegen Recht und Ordnung in Polen in irgendeiner Weise bedroht haben. Wir finden es im Gegenteil zutiefst beunruhigend zu sehen, wie dort anscheinend unter Schaffung von Recht und Ordnung die Erstickung freier wissenschaftlicher Forschung (um von anderem zu schweigen) verstanden wird. Aber vor allem sind wir entsetzt über die Freiheitsberaubung und die Leiden unschuldiger Menschen."

***

Protest der Schriftsteller

,,Die Nachricht von der Verhaftung unserer Schriftstellerkollegen, die sich an der Seite der Gewerkschafter der ,Solidarität' für die Demokratisierung in Polen eingesetzt haben, macht uns betroffen. Wir appellieren an die Re-

nach mehr als zehn unserer polnischen Kollegen in den letzten Tagen inhaftiert worden sind, u.a. Wladislas Bartoszewski, Bronislaw Geremek, Josef Gierowski, der Rektor der Universität Krakau, Jerzy Kloczowski, und Henryk Samsonowicz, der Rektor der Universität Warschau und langjähriger Vorsitzende des polnischen Historikerverbandes ...

Wir können nicht glauben, daß diese Kollegen Recht und Ordnung in Polen in irgendeiner Weise bedroht haben. Wir finden es im Gegenteil zutiefst beunruhigend zu sehen, wie dort anscheinend unter Schaffung von Recht und Ordnung die Erstickung freier wissenschaftlicher Forschung (um von anderem zu schweigen) verstanden wird. Aber vor allem sind wir entsetzt über die Freiheitsberaubung und die Leiden unschuldiger Menschen."

***

Protest der Schriftsteller

,,Die Nachricht von der Verhaftung unserer Schriftstellerkollegen, die sich an der Seite der Gewerkschafter der ,Solidarität' für die Demokratisierung in Polen eingesetzt haben, macht uns betroffen. Wir appellieren an die Re-
gierungsverantwortlichen in Warschau, die harten Maßnahmen aufzuheben, die Inhaftierten freizulassen, um den Prozeß der Demokratisierung, zu dem sie sich bekennen, glaubhaft zu machen."

Horst Bienek, Heinrich Böll, Günter Grass, Martin Gregor-Dellin, Ulla Hahn, Peter Härtling, Wolfgang Hildesheimer, Sarah Kirsch, Wolfgang Koeppen, Günter Kunert, Dieter Lattmann, Siegfried Lenz, Hans-Werner Richter, Wolfdietrich Schnurre, Martin Walser und Gabriele Wohmann.

Erklärung von Heinrich Böll

,,Wir fordern die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen in Genf auf, eine neutrale internationale Kommission nach Polen zu entsenden, um die Bedingungen zu untersuchen, unter denen die ,Internierten' und Inhaftierten leben oder sterben. Wir rufen gleichzeitig alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Organisationen auf, sich energisch dieser Aktion anzuschließen. Es geht nicht um Polen, es geht um die Freiheit und Würde des Menschen."



Europäische Intellektuelle protestieren gegen das Kriegsrecht in Polen

,,Zu Beginn des neuen Jahres hängen dunkle Wolken über Polen und damit über Europa. Tausende von Anhängern der demokratischen Erneuerung Polens sind in Haft, Angst und Ungewißheit beherrschen das Land. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Ereignisse treiben und welche Opfer noch gefordert werden.

Diese Lage kann Europa nicht gleichgültig lassen. Daher erklären wir uns solidarisch mit den Opfern der Repression und fordern die Freilassung der Inhaftierten. Wir erwarten eine baldige Aufhebung des Kriegsrechts und verlangen eine Respektierung der Menschenrechte. Wir bitten unsere Regierungen, von den Inhabern der staatlichen Gewalt in Polen, der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes die Achtung der Vereinbarungen von Helsinki zu ver-

Europäische Intellektuelle protestieren gegen das Kriegsrecht in Polen

,,Zu Beginn des neuen Jahres hängen dunkle Wolken über Polen und damit über Europa. Tausende von Anhängern der demokratischen Erneuerung Polens sind in Haft, Angst und Ungewißheit beherrschen das Land. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Ereignisse treiben und welche Opfer noch gefordert werden.

Diese Lage kann Europa nicht gleichgültig lassen. Daher erklären wir uns solidarisch mit den Opfern der Repression und fordern die Freilassung der Inhaftierten. Wir erwarten eine baldige Aufhebung des Kriegsrechts und verlangen eine Respektierung der Menschenrechte. Wir bitten unsere Regierungen, von den Inhabern der staatlichen Gewalt in Polen, der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes die Achtung der Vereinbarungen von Helsinki zu ver-
langen. Vor allem und zunächst aber drängen wir auf eine Prüfung der Haftbedingungen in den Internierungslagern durch Organe der internationalen Menschenrechtsvereinigung und der UNO; Europa hat Anspruch auf Information und Transparenz."

Über die Neujahrstage hatten hauptsächlich französische, englische und deutsche Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle unterschrieben. Der Aufruf wurde in Frankreich, Großbritannien und Italien in den Zeitungen publiziert.

Fernsehtip

Unter deutschen Dächern Beobachtungen im Nürnberger Jugendzentrum ,,Komm"

Drei Wochen drehte ein Fernsehteam von Radio Bremen in Nürnberg, im Jugendzentrum ,,Komm", in dem verschiedenartige Gruppen in weitgehender Selbstverwaltung unter einem Dach arbeiten oder ihre Konflikte im ,,Delegiertenrat" oder in der ,,Vollversammlung" regeln.
Sonntag, 10.1., 21.55 Uhr im ARD

Wir

Nach dem gleichnamigen Roman von Jewgenij Samjatin wurde dieses Fernsehspiel in Szene gesetzt. Samjatin, russischer Linksoppositioneller von 1921, breitet eine negative politische Utopie der Erde gegen Ende des dritten Jahrtausends aus. Seine Beschreibung vom total verwalteten Hyperstaat soll Orwell und Huxley als Vorlage für ,,1984" und ,,Schöne neue Welt" gedient haben. Das Fernsehspiel mag auch ein Beispiel sein, wie Opposition gegen bestimmte Maßnahmen im Aufbau des Sozialismus in monströse Urteile umschlagen kann. Interessant ist aber wohl vor allem, inwieweit tatsächlich Samjatins Roman Vorlagenmaterial bildete, worin Ähnlichkeiten und Unterschiede bestehen.
Montag, 11.1., 21.20 Uhr im ZDF

Lebenserfahrungen Fritz Teufel

In dem Dokumentarfilm soll vor allem Fritz Teufel selbst zu Wort kommen, um seine eigene Entwicklung zu schildern. In einem besetzten Haus in Westberlin-Wedding wurden im Herbst '81 Gespräche mit ihm geführt.
Mittwoch, 13.1., 22.10 Uhr im ZDF

•

Der Film von Udo Lindenberg ,,No future" – oder doch?" fiel am 29.12. aus. Wer noch Interesse hat, kann den Film am Dienstag, 12.1. um 21.20 Uhr im ZDF sehen.